



Plenarprotokoll

29. Sitzung

Freitag, 31. Mai 2013

**Zweite Lesung des Entwurfs eines
Gesetzes zur Änderung des Finanz-
ausgleichsgesetzes.....**

2326

Gesetzentwurf der Fraktionen von
CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der
Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/826 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung
des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/878

Barbara Ostmeier [CDU], Bericht-
erstatteerin.....

2326

Beschluss: Verabschiedung.....

2327

**Zweite Lesung des Entwurfs eines
Gesetzes zur Änderung des Lan-
desverfassungsgerichtsgesetzes.....**

2327

Gesetzentwurf der Fraktionen von
CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der
Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/848 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung
des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/879

Barbara Ostmeier [CDU], Bericht-
erstatteerin.....

2327

Beschluss: Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/848 (neu) in der Fassung der Drucksache 18/879.....	2327
Netzneutralität stärken	2327
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/852	
Uli König [PIRATEN].....	2327
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	2329
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	2330
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2332
Christopher Vogt [FDP].....	2333
Lars Harms [SSW].....	2335
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	2336
Uli König [PIRATEN], zur Geschäftsordnung.....	2338
Dr. Kai Dolgner [SPD], zur Geschäftsordnung.....	2338
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und den Wirtschaftsausschuss.....	2339
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Einrichtung eines Sondervermögens „Energetische Sanierung“	2339
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 18/861	
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/883	
Tobias Koch [CDU].....	2339, 2346
Lars Winter [SPD].....	2340
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2341
Christopher Vogt [FDP].....	2343
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	2344
Lars Harms [SSW].....	2345
Monika Heinold, Finanzministerin	2348

Beschluss: Überweisung der Gesetzentwürfe Drucksachen 18/861 und 18/883 an den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss.....	2352
Vorbild sein - Steueroasen bekämpfen!	2352
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/806	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	2352
Tobias Koch [CDU].....	2353
Beate Raudies [SPD].....	2355
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2356
Torge Schmidt [PIRATEN].....	2359
Lars Harms [SSW].....	2360
Dr. Heiner Garg [FDP], zur Geschäftsordnung.....	2361
Dr. Ralf Stegner [SPD], zur Geschäftsordnung.....	2362
Lars Harms [SSW], zur Geschäftsordnung.....	2362
Wolfgang Kubicki [FDP], zur Geschäftsordnung.....	2362
Monika Heinold, Finanzministerin	2363
Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss.....	2364
Gemeinsame Beratung	
a) Bericht über die Sicherung der schleswig-holsteinischen Theater und ihrer Standorte	2364
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/698	
b) Bericht über die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Kulturförderung	2365
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/794	
Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	2365, 2377
Peter Sönnichsen [CDU].....	2367, 2376, 2379
Beate Raudies [SPD].....	2368
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2370, 2377
Anita Klahn [FDP].....	2372

Sven Krumbek [PIRATEN].....	2373	Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses	
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	2374	Drucksache 18/841	
Birte Pauls [SPD].....	2376		
Johannes Callsen [CDU].....	2378	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	2389
Lars Harms [SSW].....	2379	Peter Eichstädt [SPD], zur Ge- schäftsordnung.....	2390
Beschluss: Überweisung der Berichte Drucksachen 18/698 und 18/794 an den Bildungsausschuss zur ab- schließenden Beratung.....	2380	Beschluss: 1. Überweisung des An- trags Drucksache 18/824 an den Innen- und Rechtsausschuss 2. Annahme der Be- schlussempfehlung Drucksache 18/841.....	2390
Notwendigen Ausbau der A 7 opti- mal vorbereiten.....	2380		
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/823		Charta für Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturvor- haben.....	2390
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/877		Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/825	
Volker Dornquast [CDU].....	2380	Uli König [PIRATEN].....	2390
Kai Vogel [SPD].....	2381	Beschluss: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.....	2392
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2382	Zielvereinbarungen mit den Hoch- schulen.....	2392
Christopher Vogt [FDP].....	2384	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/822	
Uli König [PIRATEN].....	2385	Beschluss: Annahme in geänderter Fassung.....	2392
Flemming Meyer [SSW].....	2386	Resolution zum Nord-Ostsee-Kanal	2392
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	2387	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/739	
Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/823 und des Ände- rungsantrags Drucksache 18/877 als selbstständigen Antrag an den Wirtschaftsausschuss.....	2388	Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 18/853	
Gemeinsame Beratung		Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 18/873	
a) Bezüge der Mitglieder der Ge- schäftsführungsorgane und Auf- sichtsgremien öffentlicher Un- ternehmen veröffentlichen.....	2388	Christopher Vogt [FDP], Bericht- ersteller.....	2392
Antrag der Fraktion der PIRA- TEN Drucksache 18/824		Dr. Patrick Breyer [PIRATEN], zur Geschäftsordnung.....	2392
b) Aktionärsrechte stärken - Vor- standsvergütungen durch Hauptversammlung festlegen.....	2389		
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/725			

Beschluss: 1. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/873
 2. Annahme des Antrags Drucksache 18/739 in der Fassung der Drucksache 18/853..... 2393

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags..... 2393

Drucksache 18/862

Beschluss: Annahme..... 2393

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:05 Uhr

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich wünsche den Abgeordneten und den Mitgliedern der Landesregierung einen wunderbaren guten Morgen.

Zunächst einmal komme ich zu den Krankmeldungen. Erkrankt ist der Abgeordnete Thomas Rother. - Wir wünschen ihm von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt ist die Abgeordnete Regina Poersch, die für den Landtag in Brüssel weilt.

Darüber hinaus ist anzumerken, dass der Tagesordnungspunkt 48, Diabetes in Schleswig-Holstein, und der Tagesordnungspunkt 49, Umsetzung und Zwischenbilanz des Bildungs- und Teilhabepakets, von der Tagesordnung abgesetzt wurden.

Ich bitte Sie, mit mir gemeinsam auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Altenholz zu begrüßen. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Vor dem ersten gesetzten Punkt rufe ich den Tagesordnungspunkt 11 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/826 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/878

Ich erteile das Wort der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

In Übereinstimmung mit dem beteiligten Finanzausschuss empfiehlt der federführende Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf Drucksache 18/826 unverändert anzunehmen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, zuzustimmen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/848 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/879

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Barbara Ostmeier. Bitte schön.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt - ebenfalls einstimmig - die Annahme des Gesetzentwurfs, aber mit rechtsförmlichen Änderungen. Bezüglich der Änderungen verweise ich auf die Vorlage.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Vielen Dank. - Wortmeldungen zu dem Bericht sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen. - Vielen Dank.

Wir kommen zum ersten gesetzten Punkt, zu Tagesordnungspunkt 37:

Netzneutralität stärken

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/852

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das sehe ich nicht.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Uli König.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie fänden Sie es, wenn das Vorfahrtsrecht im Straßenverkehr meistbietend verkauft würde, wenn die Premiumhersteller die Vorfahrt also gleich einbauen oder betuchte Kunden diese extra nachbestellen könnten?

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Zum Glück, Herr Vogt, ist das auf unseren Straßen nicht möglich.

Im Internet sieht die Sache anders aus. Dort werden Daten übertragen und keine Autos hin und her bewegt. Das Prinzip, das niemand sich die Vorfahrt kaufen kann, nennt man hier „Netzneutralität“. Das Telekommunikationsgesetz ermächtigt die **Bundesregierung**, eine Verordnung zu erlassen, die die **Netzneutralität** regelt. CDU und FDP im Bund haben das leider noch nicht gemacht. Dafür haben sie uns ein „tolles“ Leistungsschutzrecht hinterlassen.

Die neuen **Geschäftsbedingungen der Telekom**, nach denen bestimmten Datenpaketen ein Vorfahrtsrecht eingeräumt wird, spiegeln genau dieses Problem wider. Losgelöst von den Interessen der Allgemeinheit nimmt sich ein ehemals staatliches Unternehmen das Recht heraus, zu entscheiden, welche Inhalte schnell und welche etwas langsamer befördert werden. Etwas zugespitzt könnte man auch sagen: Die Telekom möchte kontrollieren, welche Informationen uns bevorzugt erreichen und welche nicht.

Mit den neuen Tarifen der Telekom wird aus üblichen **Flatrates** ein **Volumentarif**, der mit tollen Geschwindigkeiten blendet. Wer diese Geschwindigkeiten wirklich abrufen will, ist nach etwa elf Stunden nur noch mit 5 % der ursprünglichen Geschwindigkeit unterwegs. Das kennt man sonst von Dörfern, die mit LTE notversorgt werden. Wer sich im Internet frei und ungedrosselt bewegen möchte, muss - wie im Mittelalter - Wegezoll an die Telekom entrichten. Das prangern mittlerweile über 70.000 Bürger in einer Petition an den Deutschen Bundestag an.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Uli König)

Das Quorum für eine öffentliche Anhörung wurde innerhalb von nur vier Tagen, in Rekordzeit, erreicht.

Die Telekom prescht jetzt vor. Wenn wir sie damit durchkommen lassen, haben wir demnächst alle gedrosseltes Internet. Schöne neue deregulierte Welt!

Große Player wie Google sind durchaus in der Lage, in 100 Ländern mit zehn unterschiedlichen Providern Verträge zu schließen, um ihre Dienste von der Drossel freizukaufen. Kleine Unternehmen können das aber nicht. Sie wollen keinen Wasserkopf namens Rechtsabteilung mit sich herumschleppen; sie wollen sich auf ihre Ideen konzentrieren und innovativ sein. Dafür brauchen wir ein neutrales Internet, in dem alle Angebote gleichberechtigt behandelt werden.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der **neutrale Zugang zu Informationen** trägt aber nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern er sorgt auch für die Verbreitung von Kunst, Kultur, Wissenschaft und ermöglicht es den Menschen, sich global zu vernetzen und ihre Interessen gemeinsam zu artikulieren. Kurzum, ein neutraler Informationszugang sorgt dafür, dass sich demokratische Gesellschaften frei und offen entwickeln können.

(Beifall PIRATEN)

Jeder darf für sich selbst entscheiden, welche Information relevant ist und welche nicht. Auch ARD und ZDF haben das erkannt und sprechen sich für die Netzneutralität aus. Ich denke, beide sind nicht verdächtig, den PIRATEN besonders nahezustehen.

(Heiterkeit PIRATEN)

Wenn die „Drosselkom“ ihre Pläne umsetzt, können wir uns fünf Pornokanäle bei Entertain unge-drosselt angucken, aber eine Vorlesung bei einer Universität wird weiter extra abgerechnet. Das Informationszeitalter hat gerade erst begonnen. Niemand von uns kann vorhersagen, welche Veränderungen uns das Internet noch bringen wird. Was wir heute bereits wissen, ist aber, dass der Einfluss des Netzes noch weiter zunehmen wird. Wer die Netzneutralität heute vernachlässigt, geht damit das Risiko ein, dass morgen weniger betuchte Menschen beim Zugang zu öffentlichen Informationen aufs Übelste diskriminiert werden.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Christopher Vogt?

Uli König [PIRATEN]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Kollege, würden Sie mir zustimmen, dass dieses Entertainpaket bei der Telekom ein Zusatzpaket ist, für das man im Monat, so meine ich, 15 € bezahlen muss? Das ist also ein Inhalt, für den man extra bezahlen muss. Das ist insofern etwas anderes als das, was Sie gerade beschrieben haben.

Uli König [PIRATEN]:

Ja, dafür müssen Sie extra zahlen. Der Unterschied ist nur, dass Sie bei der Telekom einen telekomeigenen Dienst buchen müssen. Sie sind ja immer für den freien Markt. Es gibt ja auch andere Anbieter, wie zum Beispiel maxdome oder das Angebot von Amazon - der Name ist mir gerade nicht präsent. Wenn Sie dort für einen ähnlichen Betrag Ihren Pornokanal buchen möchten,

(Heiterkeit)

zahlen Sie einen ähnlichen Betrag, aber er wird trotzdem unter die Drossel fallen. Das ist es, was wir mit Netzneutralität meinen.

(Beifall und Heiterkeit PIRATEN, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Das war eine wertvolle Antwort!)

Meine Damen und Herren, ich bin hier schon im negativen Zeitbereich, ich komme zum Schluss. Lassen Sie uns sicherstellen, dass alle übertragenen Datenpakete unabhängig von ihrem Inhalt und ihrer Herkunft gleich übertragen werden. Bekennen Sie sich zur Netzneutralität. Stimmen Sie für unseren Antrag! - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie hätten sogar noch 5 Sekunden Redezeit gehabt. - Für die CDU-Fraktion hat

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Axel Bernstein das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Anträge, die werden zur rechten Zeit gestellt. Das trifft auf den Antrag der PIRATEN sicherlich zu. Und es gibt Anträge, die haben das Glück, zur rechten Zeit beraten zu werden. Da hat dieser Antrag nun leider ein klein bisschen Pech, weil er gut eine Woche nach der Bundestagsdebatte beraten wird. Aber, das möchte ich ausdrücklich sagen: Wir reden dazu und geben unsere Reden nicht nur zu Protokoll, wie es im Bundestag geschehen ist.

(Beifall PIRATEN und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie das dann aber bei mündlich gehaltenen Reden passieren kann - so mancher Vergleich passt da nicht so ganz in die Welt -, frage ich mich, was Leistungsschutz mit der Netzneutralität zu tun hat. Da sind Busspur und Straßenverkehr schon wesentlich dichter beieinander. Das sei dahingestellt.

(Beifall CDU und FDP)

Zu Recht wird in dem Antrag darauf hingewiesen, dass **flächendeckendes Breitbandinternet** eine notwendige Voraussetzung für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort ist. Ebenso wird es mehr und mehr zu einem unverzichtbaren Instrument gesellschaftlicher Teilhabe.

Nun hat uns vorgestern der Ministerpräsident erneut wissen lassen, dass die Landesregierung für ein flächendeckendes Breitbandinternet in Schleswig-Holstein bis 2030 Zeit hat. Ich denke, außer der Landesregierung hat niemand so lange Zeit.

(Beifall CDU, FDP und Uli König [PIRATEN])

Herr Albig denkt vermutlich auch, dass man die Wahlbeteiligung dadurch steigern kann, dass die Menschen zum Online-Voting ins Wahllokal gehen.

(Beifall CDU und FDP - Heiterkeit PIRATEN)

Für uns gibt es beim Thema **Netzneutralität** einen wesentlichen Grundsatz: Die **technisch verfügbare Bandbreite** muss dem Nutzer in aller Regel auch zur Verfügung stehen. Sie darf schon gar nicht als Hemmschuh gegenüber Mitbewerbern künstlich oder willkürlich verknappert werden.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Ein großer Anbieter, sagen wir einmal die Telekom - die ist historisch gewachsen und verfügt über ein großes bundesweites Netz - darf seine **partielle Monopolstellung** nicht zum Nachteil seiner **Mitbewerber bei der Durchleitung** missbrauchen.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Das ist Gift für den Wettbewerb. Und sollte es tatsächlich dazu kommen, sind die Aufsichtsbehörden gefragt. Im Umgang der Unternehmen mit den **Endkunden** bin ich ein wenig entspannter. Nicht, dass dies ein weniger wichtiger Bereich wäre. Aber vielleicht hat aber der eine oder andere noch die Zeiten vor Augen, als früher an den öffentlichen Telefonen die Schilder angebracht waren: Fasse dich kurz. Der Kunde hatte sich damals der Leistungsfähigkeit des Netzes anzupassen. Heute ist aufgrund der richtigen und erfolgreichen Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes die Vielfalt der Dienstanbieter, aber auch - das ist wichtig - der Netzanbieter, so groß, dass alle unter dem Druck des Marktes stehen, die Netze bedarfsgerecht auszubauen. Oder, um es anders zu sagen: Wer die Netzdrossel zur Geschäftsphilosophie erhebt, der wird bald selbst auf der Liste der aussterbenden Arten stehen.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Drosselungen können nur und ausschließlich durch tatsächliche technische Engpässe im Netz gerechtfertigt sein. Im Falle eines Falles wäre - insoweit stimme ich dem Antrag der PIRATEN durchaus zu - eine Verordnung nach § 41a TKG durchaus angebracht.

Eine gesetzliche Regelung zum jetzigen Zeitpunkt halten wir für nicht erforderlich. Denn durch eine derartige Gesetzesänderung, wie sie beispielsweise von der E-Petition des Deutschen Bundestags gefordert wird, kommt der Netzausbau auch nicht schneller voran.

Es ist aber richtig, genau zu beobachten, ob in den europäischen Ländern, die eine gesetzliche Regelung haben, die Entwicklung besser verläuft als bei uns. Und dann gilt das, was Kulturstaatsminister Neumann vor 14 Tagen angekündigt hat: Im Zweifelsfall werde man sich einer gesetzlichen Regelung nicht verschließen.

An der Stelle würde ich mich freuen, wenn die **Landesregierung** in ihren Ausführungen noch einmal deutlich macht, welche **Maßnahmen** sie denn bisher ergriffen hat. Es gibt durchaus Möglichkeiten, unterhalb von Bundesratsinitiativen oder Ge-

(Dr. Axel Bernstein)

setzesanträgen tätig zu werden und die Position deutlich zu machen. Vielleicht hören wir dazu ja noch etwas.

Abschließend möchte ich noch ein Wort zum Thema **Flatrate** sagen. Wer ein Flatrate-Produkt anbietet, der muss auch damit rechnen, dass der Kunde es nutzt.

(Beifall PIRATEN)

Mit einer Jahreskarte werde ich ja auch nicht nach dem zehnten Zoobesuch nach Hause geschickt, nur weil er aus der betriebswirtschaftlichen Prognose herausfällt.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN)

Wer eine Flatrate nicht sicherstellen kann, muss dann eben ganz offen und transparent bestimmte Datenvolumina anbieten.

Abschließend: Ja, Netzneutralität ist ein wichtiges Thema mit vielen Facetten. Die Grundfrage ist jedoch: Wie gehen wir mit einer tendenziell knappen Ressource, nämlich der **Übertragungskapazität**, um? Für uns ist deshalb der Ausbau der Netze das Gebot der Stunde. Ich glaube, die Frage nach der Netzneutralität wird sich auch in Zukunft immer wieder stellen. Denn der Datenhunger unserer Gesellschaft wird auch das modernste Glasfasernetz eines Tages füllen können.

Ich glaube, der Antrag der PIRATEN geht durchaus in die richtige Richtung, und wir sollten deshalb im Ausschuss beraten, wie wir weiterhin mit dem Thema umgehen wollen.

(Beifall CDU und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie zum Schluss noch eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Ja.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Verstehe ich Sie richtig, Herr Dr. Bernstein, dass Sie zulassen wollen, dass Unternehmen die Kapazitäten auf einer knappen Autobahn meistbietend versteigern, statt die Geschwindigkeitsbegrenzung so zu setzen, dass alle mitfahren können?

- Nein, das habe ich ausdrücklich so nicht gesagt, sondern ich habe gesagt: Wenn es zu Drosselungen

im Netz kommt, dann können diese nur technisch begründet sein, wenn die Kapazität nicht vorhanden ist. Man darf das nicht zum Geschäftsmodell machen. Da, wo wir heute Drosselung aus technischen Gründen hinnehmen müssen, ist der Netzausbau umso vordringlicher.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Kai Dolgner das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! ARD und ZDF machen das, auch wenn sie nicht besonders „piratig“ sind. Auch wenn es die PIRATEN - hoffentlich - positiv überrascht: Wir haben uns auch schon vor Ihrem Einzug in den Landtag mit Netzneutralität beschäftigt.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht so, dass nicht anderer Leute Themen mich auch bewegen können, nur weil sie nicht den PIRATEN angehören.

(Zuruf Uli König [PIRATEN])

- Lesen Sie einmal den Antrag; er steht digital zur Verfügung, sogar barrierefrei.

Leider konnte sich Schwarz-Gelb in der letzten Wahlperiode nicht unserer Forderung anschließen, die **Verpflichtung zur Netzneutralität** im deutschen **Telekommunikationsrecht**, und zwar direkt im Gesetz, aufzunehmen. Das war unsere Forderung, und damit ist auch Ihre Frage beantwortet.

(Beifall PIRATEN)

Wir sind den PIRATEN dankbar, dass sie unsere Idee aus dem Koalitionsvertrag, Fördermittel an die Wahrung der Netzneutralität zu koppeln, wo es rechtlich möglich ist, aufgenommen haben. Vielen Dank für diese weitere Unterstützung bei der Umsetzung unseres Koalitionsvertrages! Dann kann der eigentlich nur gut gewesen sein.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Etwas enttäuscht war ich allerdings, dass sich Ihr Antrag hauptsächlich mit der **Nutzerseite** beschäftigt und sich zu dem eigentlich problematischen Aspekt ausschweigt und nur einen kleinen dezenten Hinweis in der Begründung gibt. Ja, es ist ärgerlich für die Nutzerseite, wenn in Deutschland Produkte als **Flatrate** vermarktet werden, die keine Flatrate

(Dr. Kai Dolgner)

sind. Das ist übrigens auch bei SMS-Geschichten so. Hier ist die Verbraucherzentrale auch schon tätig geworden. Deshalb ist eine Begriffsklärung sicherlich dringend notwendig. Etikettenschwindeleien, die es nicht nur da gibt, sind immer ärgerlich, und wir müssen schauen, ob das geregelt werden kann.

Aber ich finde es genau wie Herr Dr. Bernstein nicht komplett verwerflich, wenn jemand einen **Volumentarif** anbietet. Er muss ihn bloß so nennen. Es muss nicht alles in dieser Welt immer per Flatrate sein. Zum Glück kann der Verbraucher den Provider wechseln.

Das Hauptproblem ist jedoch, dass der Verkehr für das Streaming-Angebot Entertain nicht auf das Volumen angerechnet werden soll. Herr Vogt, das ist das Problem - nicht, dass Entertain mehr Geld kostet, sondern die Telekom sagt, dass ein Teil ihres Angebots in einer eigentlich anderen Sparte nicht angerechnet werden soll, während alle anderen Mitbewerber das auf das Volumen angerechnet bekommen.

(Beifall PIRATEN)

Alternative Anbieter werden also klar benachteiligt. Eine marktwirtschaftlich orientierte Partei muss das vom Grunde her ablehnen.

(Lars Harms [SSW]: Machen wir auch! - Heiterkeit)

Nun behauptet die Telekom - man höre und staune, das ist tatsächlich das, was wir in den letzten Wochen gelernt haben -, dies sei gar kein Verstoß gegen die Netzneutralität. Übrigens nicht, weil Entertain etwas kostet, sondern weil Entertain gar kein Internetdienst sei. Hm, dann ist doch alles gut, oder? Komisch, der neue Dienst wird laut Website als „IP-basierter-Telekom-Anschluss“ vermarktet. Wofür stand IP noch einmal? Ach ja: Internet Protocol. Das hat gar nichts mit dem Internet zu tun; das klingt auch schon ganz anders.

Insofern muss man sagen: Liebe Telekom, das ist nun wirklich eine Ausrede. Wer sich mit der Technik ein wenig auskennt - da muss man sich nicht viel auskennen -, erkennt: Es werden natürlich IP-Datenpakete verschoben, es gibt ein Concentrator Net, und natürlich ist das ein Internetdienst.

Ich würde der Telekom auch Glauben schenken, wenn es nicht der x-te Versuch wäre, die Netzneutralität anzugreifen. René Obermann hat schon 2010 laut „Managermagazin“ klar festgestellt: Wenn die Telekom besondere Netzsicherheit oder höchste Übertragungsqualität zum Beispiel für Mu-

sik oder Video biete, müsse dies auch „differenziert bepreist werden“. Das ist nichts anders als zu sagen: Die **Netzneutralität** muss hinter unseren **Kommerzinteressen** zurücktreten.

Jetzt komme ich dazu, warum das überhaupt problematisch ist. Für finanzschwache Start-Ups, Anbieter ohne kommerzielle Interessen wie freie Betriebssysteme, freie Software, freie Kunstprojekte, Nichtregierungsorganisationen bleibt nur noch die **Basisversion**. Da tröpfeln dann nur noch die Daten. Dann kann der **Datenstrom** auch gern einmal abbrechen. Wer das nicht will, soll halt zahlen.

Ich brauche mir wenigstens nicht mehr das Märchen von den Online-Operationen anzuhören, die man live übertragen muss. Geschäftsmodelle haben meistens wenig mit karitativen Erwägungen zu tun.

Dieses würde übrigens auch den **Bildungsbereich** treffen. Online-Unterricht? Freie Lernmaterialien? Multimediales Lernen? Alles nicht mehr möglich. Oder sollen Schulen oder Hochschulen für die Bereitstellung im Premiumnetz mit voller Bandbreite zahlen? An wen eigentlich? Alle Provider, die die Studenten benutzen könnten, oder etwa ein spezieller Provider? Gibt es irgendwann ein besonders performantes Bildungsnetz wie Entertain für Entertainment - gegen einen kleinen Obolus, versteht sich - mit anbieterspezifischen, inkompatiblen Lösungen, bei denen Hochschulen, Studierende und Lehrer sein müssen?

Das wäre das Ende der Innovationskraft, die das Internet freisetzt, sowohl des wirtschaftlichen als auch des gesellschaftlichen. Welches Start-Up-Unternehmen könnte auch noch die bevorzugte Behandlung seiner Daten finanzieren, welches Non-Profit-Projekt, welche Schule, welche Universität, von Projekten wie Wikipedia, von dem auch wir für unsere Reden profitieren, ganz zu schweigen?

(Beifall PIRATEN)

Es ist also sowohl ein Gebot des fairen wirtschaftlichen Wettbewerbs, der gesellschaftlichen Teilhabe und des freien Wissenszugangs, die Netzneutralität zu verteidigen.

Jede Partei in diesem Raum vertritt mindestens einen dieser Grundwerte massiv. Deshalb bin ich froher Hoffnung, -

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

- dass wir im Innen- und Rechtsausschuss und im Wirtschaftsausschuss zu einer vernünftigen gemeinsamen Formulierung kommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt PIRATEN - Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ihre Redezeit war schon abgelaufen. Aber ich würde Ihnen noch die Frage erlauben. Geben Sie bitte eine kurze Antwort. Sie sind schon weit über der Zeit.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ich erlaube die Frage, Herr Präsident!

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Ich erlaube auch die Antwort, Herr Kollege.

(Heiterkeit)

Sie haben so schön über die Telekom vom Leder gezogen, dass sie sich in vielfacher Hinsicht gegen Netzneutralität einsetzt. Wie können Sie sich erklären, dass sich Ihr Kanzlerkandidat eine Telekomfrau in sein Kompetenzteam holt?

- Herr Kollege Breyer, als ich gestern beim Frühstück mit Sigmar Gabriel noch einmal das Kompetenzteam besprochen habe,

(Beifall und Heiterkeit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

habe ich ihm solche und ähnlichen Bedenken auch mitgeteilt. Wenn Sie weitere Fragen dazu haben, wie Sozialdemokraten dazu kommen, Dinge zu tun, es ohne etwa mich zu fragen - ich verstehe auch nicht. Es tut mir leid, ich kann das nicht beantworten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und SSW enthält eine Menge wichtiger netzpolitischer

Reformprojekte für unser Land und eine ganze Reihe von geplanten Initiativen für die Bundesebene. Angesichts dieser Fülle von Aufgaben ist die Küstenkoalition immer dankbar, wenn die Opposition uns beim Umsetzen unseres Arbeitsprogramms behilflich ist. Insofern danke ich ausdrücklich den PIRATEN für den vorliegenden Antrag.

(Zuruf Uli König [PIRATEN])

- Bitte? Die Nase runter. Immer noch besser, die Nase runter als bei einigen anderen Kollegen die Hose.

SPD, Grüne und SSW haben bereits in der vergangenen Legislaturperiode - Herr Kollege Dolgner hat es schon erwähnt - einen Antrag zur **Netzneutralität** gestellt, damals leider von Schwarz-Gelb abgewiesen. Im Koalitionsvertrag haben wir uns ausdrücklich dem Prinzip der Netzneutralität verpflichtet und fordern unter anderem, im Rahmen des **Breitbandausbaus** die Vergabe von Fördermitteln an die Wahrung der Netzneutralität zu knüpfen. Und zu dieser Forderung stehen wir nach wie vor.

Doch worum geht es bei der Netzneutralität eigentlich? Die **Gleichbehandlung aller Datenpakete** ist eine der Grundlagen des freien Internets. Netzneutralität bedeutet, dass die Datenübertragung im Internet wertneutral vorgenommen wird. Wenn wir Netzneutralität diskutieren, führen wir also eine freiheitsorientierte, verteilungspolitische und wirtschaftspolitische Debatte zugleich. Netzanbieter dürfen nicht bestimmen, welche Inhalte im Netz priorisiert erreicht werden dürfen. Auch das haben Kollegen schon gesagt. Und schon gar nicht darf die Bereitstellung der Daten davon abhängig sein, wie viel Organisationen, Unternehmen und Einzelpersonen für ihre Inhalte zahlen können.

(Beifall SPD und vereinzelt PIRATEN)

Doch viele Telekommunikationsfirmen - das hat eine Studie, die die europäischen Regulierer erst vor Kurzem vorgelegt haben, noch einmal deutlich gemacht - verstoßen heute schon gegen das Prinzip eines freien und offenen Internets und der Netzneutralität.

Es ist wirklich bitter, dass die auch schon von anderen angesprochene Telekom vor einigen Wochen angekündigt hat, ihre Volumentarife zu drosseln. Auch wenn wir Grünen mit einer gesunden Skepsis gegenüber den freien Kräften des Marktes ausgestattet sind, hoffen wir doch sehr, dass die Telekom-Konkurrenz diesen Vorstoß nicht mitgeht, sondern dies als Chance begreift, hier einen Wettbewerbsvorteil zu bekommen.

(Rasmus Andresen)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo Flatrate draufsteht, muss auch Flatrate drin sein! Auch bei einem steigenden Anteil multimedialer Datenströme besteht kein Grund, das erfolgreiche Prinzip der Netzneutralität infrage zu stellen. Dies gilt natürlich auch für das mobile Internet.

Der Gesetzgeber muss seiner Regulierungspflicht nachkommen. Wir stehen vor der Entscheidung, ob wir das Netz rein wirtschaftlichen Interessen überlassen oder ob wir die demokratische Entwicklung des Netzes schützen wollen.

Wir Grünen wollen kein Zwei-Klassen-Internet. Mögliche Ansatzpunkte bestehen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene. Wünschenswert wäre eine Sicherung der Netzneutralität nach einheitlichen Standards in Europa. Auf nationaler Ebene bestehen Einflussmöglichkeiten, beispielsweise über die Bundesnetzagentur oder auch das Telekommunikationsgesetz. Es geht um eine grundsätzliche Demokratiefrage. Gleichen Zugang für alle zu organisieren, bedeutet eben auch, gleiche Informationsmöglichkeiten zu ermöglichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Unsere grünen Kollegen im Bundestag haben bereits mehrere Anträge zur Wahrung der Netzneutralität eingebracht. Diese wurden jedoch - Kollege Bernstein und Kollege Vogt - leider von der CDU/FDP-Bundesregierung bisher blockiert. Und wenn ein Staatssekretär rhetorisch in Aussicht stellt, da zu Regelungen auf gesetzgeberischer Ebene zu kommen, dann reicht uns das nicht aus. Es gab genug Möglichkeiten für Schwarz-Gelb, auf Bundesebene in den letzten Jahren zu handeln.

Vielleicht liegt es auch daran, dass der Bundesregierung die wirtschaftspolitische Bedeutung des Internets immer noch nicht bewusst geworden ist. Oder liegt es wieder einmal an einer völlig falsch verstandenen Nähe zu einzelnen großen Wirtschaftsunternehmen? Oder hat es einfach mit einem falschen Grundverständnis in der Wirtschaftspolitik zu tun? Man weiß es nicht.

(Zurufe FDP)

Denn eines ist doch klar: Durch die Netzpolitik, die Sie auf Bundesebene machen - das kann sich auch ändern, Herr Kubicki, vielleicht werden Sie ja netzpolitischer Sprecher der nächsten FDP-Bundestagsfraktion -,

(Beifall PIRATEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Eher nicht!)

werden vor allem kleine, innovative Unternehmen geschwächt und ebenfalls Start-Ups und Künstlerinnen und Künstler. Die Einzigen, die davon profitieren, sind die großen Telekommunikationsanbieter, so wie es die Kollegen in der Debatte gerade schon gesagt haben.

Der Antrag der PIRATEN verdient aus grüner Sicht Unterstützung. Es wird auf Bundesebene viel gestritten, wie man beispielsweise Netzneutralität verankern kann und ob man das auf gesetzgeberischer Ebene noch stärker tun soll. Wir Grünen sagen dazu ganz klar Ja. Wir sollten darüber diskutieren, wie man das am besten hinbekommt. Es gibt auch Beispiele aus den USA und den Niederlanden, in denen das bereits so gehandhabt wird. Auch in Frankreich wird das jetzt diskutiert. Das könnten wir - ich finde, das wäre eine gute Idee - in der Beratung in den beiden zuständigen Ausschüssen noch weiter vertiefen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Definition und Bedeutung der Netzneutralität erspare ich mir, als fünfter Redner noch Weiteres auszuführen. Herr Kollege Andresen, ich muss ganz ehrlich sagen: Es geht mir dermaßen auf die Nerven, dass Sie, obwohl Sie keine Argumente haben und das auch nicht stichhaltig begründen können, jedes Mal darauf verweisen, es liege wahrscheinlich an der Nähe zu irgendwelchen Konzernen. Ich meine, die Nähe der FDP zur Telekom ist relativ gering.

(Beifall FDP)

Ich glaube, andere Parteien sind ihr deutlich näher, wenn ich etwa die Benennung von Schattenkabinettsmitgliedern sehe, die sich von der Telekom sponsoren lassen. Ich glaube, Sie sollten ein bisschen zurückhaltender darangehen. Sie haben ja auch eine Nähe zu einigen Konzernen, ganz offen zur Solarindustrie.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: BMW!)

Wir können uns das jedes Mal um die Ohren hauen, aber es bringt relativ wenig in der politischen Debatte. Es vergiftet auch aus meiner Sicht das Klima hier.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rasmus Andresen?

Christopher Vogt [FDP]:

Ja, natürlich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön!

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Vogt, viel interessanter in meiner Rede war der Aspekt, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung sämtliche Anträge, die dazu auf dem Tisch lagen, beispielsweise von der grünen Fraktion, in den letzten Jahren immer abgelehnt hat. Da würde mich interessieren, wie Sie sich dazu positionieren und welche Begründung Sie dafür haben. Es kann ja andere geben - das will ich gar nicht in Abrede stellen.

Mich würde aber vielmehr interessieren, woran das liegt und warum ausgerechnet kurz vor der Wahl Aussagen vom Staatssekretär ins Feld geführt werden, dass man das in Zukunft doch regeln könnte.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Kollege, dass Ihre Initiativen im Bundestag abgelehnt wurden, das tut mir ja herzlich leid. Aber Sie lehnen unsere sinnvollen Initiativen auch ständig ab und werfen uns ständig Konzernnähe hervor.

Es ist doch kein Argument, dass wir Ihre Anträge im Bundestag ablehnen. Das ist ein bisschen dünn, Herr Kollege. Das muss ich ganz ehrlich sagen.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Nachfrage?

Christopher Vogt [FDP]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zunächst stelle ich fest, dass diese Koalition schon vielen Anträgen der Opposition im letzten Jahr zugestimmt hat. Zum

anderen würde mich interessieren, warum Sie selbst nicht Eigeninitiativen zur Netzneutralität mit Ihrer Mehrheit im Deutschen Bundestag beschlossen haben.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Kollege, lassen Sie mich zu meiner Rede kommen. Dann kann ich Ihnen unsere Position zu dem Thema darlegen. Dann können wir in der Sache darüber streiten.

Wir können uns auch beide in den Deutschen Bundestag wählen lassen und uns da auseinandersetzen. Aber ich glaube, wir sollten erst einmal die Diskussion hier im Landtag führen. Dann können wir in der Sache auch weiterkommen. Es tut mir wirklich herzlich leid. Grüßen Sie den Kollegen von Notz, dessen großartigen Anträge immer abgelehnt werden. Ich bedauere das sehr. Aber es ist leider so. Dann müssen Sie dafür kämpfen, dass Sie eine Mehrheit bekommen. Dann können Sie auch die Anträge beschließen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war Ironie, muss man sagen. Sonst glaubt er noch, dass das ernst gemeint ist! - Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie haben es öfter schon mal versucht. Es hat nicht geklappt.

Meine Damen und Herren, die Piratenfraktion fordert in ihrem vorgelegten Antrag unter anderem, auf den Erlass einer Verordnung nach § 41a Abs. 1 des Telekommunikationsgesetzes zur Sicherung der Netzneutralität hinzuwirken. Auf dieser Grundlage hat die Bundesnetzagentur als zuständige Aufsichtsbehörde bereits heute die Möglichkeit, in einer Technischen Richtlinie Mindestanforderungen und technische Details festzulegen.

Ganz abgesehen davon, dass diverse Forderungen aus Ihrem Antrag, der aus meiner Sicht einige richtige Punkte beinhaltet, keinen direkten Bezug zur Netzneutralität haben, stellt sich hier die Frage nach der Notwendigkeit. Hintergrund des Antrages ist, wie schon mehrfach erwähnt, die Bekanntgabe der neuen Tarifstruktur der Deutschen Telekom von vor einigen Wochen.

Die Deutsche Telekom hat angekündigt, dass in den Internet-Festnetz-Tarifen ab dem Jahr 2016 eine Drosselung einsetzen soll - je nach Tarif nach 75, 200 oder 400 Gigabyte pro Monat. Darüber hinaus sollen aber auch neue Tarife eingeführt werden, die keine Obergrenze vorsehen. Insofern ist aus meiner Sicht die für 2016 angekündigte Tarifstruktur der

(Christopher Vogt)

Telekom erst einmal nichts anderes als eine Preiserhöhung. Bei der Beratung des vorliegenden Antrags stellt sich also zunächst die grundsätzliche Frage, ob solche Tarifstrukturen überhaupt gegen den Grundsatz der Netzneutralität verstoßen.

Meine Damen und Herren, die Telekom hat mit einer sehr langen Vorlaufzeit von fast drei Jahren ihre neue Tarifpolitik offen angekündigt: Wer die Netze intensiver nutzt und mehr Datenvolumen überträgt, soll nach Vorstellung der Telekom auch mehr bezahlen. Insofern liegt es dann erst einmal an den Nutzern. Sie müssen entscheiden, ob sie bereit sind, für den Verzicht auf eine Volumen-Obergrenze mehr zu zahlen, oder ob sie dies ablehnen und zu einem anderen Provider wechseln, der ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis anbietet.

(Wortmeldung Dr. Kai Dolgner [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Dolgner, Sie bekommen direkt das Wort. Ich bin nicht dagegen. Bitte schön.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Kollege Vogt, ist Ihnen aufgefallen

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein!)

- gut, dass Sie das schon wissen -, dass sich die Kritik nicht hauptsächlich darauf richtet, dass die Telekom einen Volumen-Tarif anbieten oder es sein lässt, sondern dass die Telekom auf diesen Volumentarif ihr eigenes Angebot nicht anrechnen lassen will - im Gegensatz zu dem aller anderen Anbieter - und dass darin - deshalb sind auch verschiedene Behörden wie das Kartellamt dabei - der Vorwurf des Verstoßes der Netzneutralität liegt?

Ein kleiner Hinweis: Im Mobilfunkbereich wird das mit dem Musikstream Spotify, der einen Exklusivvertrag hat, schon gemacht. Das wird auch nicht auf das Volumen angerechnet. Glauben Sie nicht, dass das den freien Marktzugang von alternativen Anbietern doch ein wenig behindern könnte?

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Kollege, vielen Dank für die Frage. Ein bisschen mehr Geduld. Ich komme noch zu weiteren Punkten. Insofern werde ich darauf noch eingehen.

Jetzt kommt es: Konkret stellt sich die Frage, ob diese neue Preispolitik der Telekom ein Verstoß ge-

gen den Grundsatz der Netzneutralität darstellt. Ich sehe dafür an dieser Stelle erst einmal keinen Anhaltspunkt. Solange Datenströme bei der Übertragung gleichbehandelt werden, hat eine Preiserhöhung mit einer Verletzung der Netzneutralität nichts zu tun. Insofern werden wir eine Ausschussüberweisung beantragen.

Dabei werden wir die Fragestellungen erörtern, die wirklich für die Frage der Netzneutralität relevant sind und die in diesem Antrag nicht weiter vertieft werden - so zum Beispiel die Frage, wie Telekom-eigene Produkte, wie zum Beispiel Streaming-Angebote und Inhalte von Kooperationspartnern auf das monatliche Datenvolumen angerechnet werden sollen. Können diese Angebote nach Erreichen der Volumengrenze weiter mit voller Geschwindigkeit genutzt werden, während die Dienste anderer Anbieter - Herr Kollege, das ist der Punkt, über den wir uns vorhin unterhalten haben - durch die Drosselung quasi nicht mehr richtig nutzbar wären?

Dies wäre in der Tat ein Verstoß gegen die Netzneutralität. Bestimmte Inhalte würden dann durch die Telekom technisch gefiltert und diskriminiert. Ein kleiner Hinweis: Entertain beinhaltet aus meiner Sicht auch andere Angebote als die, die Sie beschrieben haben. Vielleicht informieren Sie sich noch einmal. Dort kann man auch Fußball gucken und so weiter. Ich weiß nicht, ob das bei den PIRATEN beliebt ist, aber vielleicht sollten Sie diese Angebote ein bisschen mehr nutzen, nicht nur die Angebote, die angesprochen wurden.

Meine Damen und Herren, das sind aus meiner Sicht die entscheidenden Fragen, mit denen wir uns beschäftigen sollten. Das werden wir im Ausschuss gern tun. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Wort Flatrate verbinden viele Verbraucher mit einem großen Coup, nämlich mit vielen Vorteilen für meist wenig Geld. Leider stellt sich oft heraus, dass dies nur ein Wunschdenken des Verbrauchers ist. Dass ein Verbraucher für eine bestimmte Internetgeschwindigkeit zahlt, die dann aus irgendeinem Grund vom Anbieter gedrosselt wird,

(Lars Harms)

finden wir nicht fair. Die Kunden werden in Schubladen sortiert, und es entstehen Kunden erster und zweiter Klasse. Die Datenautobahnen werden virtuellen Geschwindigkeitsbegrenzungen zum Opfer fallen, die willkürlich aufgestellt werden. Ein Internet der zwei Geschwindigkeiten sollte es deshalb aus Sicht des SSW nicht geben.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Mehr noch: Aus Sicht des SSW darf es keine Bevorzugung bestimmter digitaler Dienste geben, die eine Diskriminierung anderer Dienste mit sich führt.

(Beifall SSW, PIRATEN und Dr. Kai Dolgner [SPD])

Eine digitale Gesellschaft, wie wir sie heute kennen, macht ohne Netzneutralität nur wenig Sinn, denn es geht hier auch um die Freiheit der Medien, das Recht auf Information, um Meinungsfreiheit und - für uns vom SSW ganz besonders wichtig - auch um die Medienvielfalt. An dieser müssen wir auch in anderen Bereichen arbeiten.

Das Problem der ganzen Geschichte ist meiner Meinung nach die Wettbewerbssituation der Netzanbieter. Im Grunde genommen haben wir es hier mit einem Angebotsoligopol zu tun, bei dem die großen Anbieter den Markt quasi untereinander aufteilen können. Die wirtschaftlichen Interessen haben längst den freien und ungehinderten Zugang zum Internet umschlossen, denn auf diesem Markt lässt sich mittlerweile viel Geld verdienen. Die Netzneutralität gerät dabei in Gefahr, unter die Räder wirtschaftlicher Interessen zu kommen; sehr zum Nachteil der Nutzer.

Die Netzneutralität ist ein Garant für einen ungehinderten und diskriminierungsfreien Zugang zum Internet. Diese Netzneutralität gilt es zu schützen. Die Europäische Union hat dieses Thema schon vor einigen Jahren im Rahmen der Digitalen Agenda des Projektes „Europa 2020“ aufgegriffen. Noch in diesem Jahr soll eine rechtliche Empfehlung vorgelegt werden, die den uneingeschränkten Zugang der Verbraucher zu allen Internetinhalten schützen soll. Was dabei letztendlich herauskommt, werden wir sehen. In jeden Fall müssen wir erkennen, dass wir in dieser Sache ohne Brüssel oder Berlin nicht sehr weit kommen werden.

Dass bei der Nutzung des Internets eine generelle Netzneutralität gewahrt werden sollte, haben wir deutlich gemacht. Mir ist nicht ganz klar, wie man - wie es im Antrag steht - einerseits klarstellen will, dass grundsätzlich kein Eingriff in die Inhalte von

Datenpaketen erfolgt, dass andererseits aber Ausnahmen zulassen werden sollen. Wie man hier die trennende Linie gewährleisten will, darüber müssen wir im Ausschuss noch einmal diskutieren.

Ebenso ist im Antrag von einer Aufsichtsbehörde die Rede. Das hört sich erst einmal nicht verkehrt an, aber die Frage ist: Wie soll diese Aufsichtsbehörde aussehen? - Unter einer Aufsichtsbehörde kann man sich vieles vorstellen. Daher müssen wir auch in dieser Frage darüber reden, was unsere Vorstellungen sind. Eine andere nicht weniger wichtige Frage ist die nach den Kosten dieser Behörde. Wer soll diese Kosten zukünftig übernehmen? - In den Niederlanden ist eine entsprechende Regulierungsbehörde an das Wirtschaftsministerium in Den Haag geknüpft, welches auch einen Teil der Kosten übernimmt. Dieses Vorbild sollen wir - dem Antrag nach - berücksichtigen und ihm sogar folgen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Die Richtung des Antrags ist richtig. Es ist richtig, dass wir versuchen müssen, die Netzneutralität in Zukunft weiterhin zu gewährleisten. Über die Frage, wie wir das machen, sollten wir im Ausschuss beraten. Ich glaube, wir werden zu einem vernünftigen Antrag kommen. Wir haben ein großes Interesse daran, dass ein Antrag Ergebnis der Ausschussberatungen ist, der in Berlin und in Brüssel Wirkung zeigt. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herr Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Debatte hat gezeigt, dass wir uns alle in einem Punkt einig sind: Wir wollen ein Internet, bei dem eine diskriminierungsfreie Datenübermittlung und ein diskriminierungsfreier Zugang zu Inhalten gewährleistet wird

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SSW)

und bei dem eine willkürliche Verschlechterung von Diensten sowie eine ungerechtfertigte Behinderung oder Verlangsamung des Datenverkehrs nicht stattfinden soll. Ich halte es aber auch für wichtig,

(Minister Reinhard Meyer)

dass der Netzausbau vorangeht und dass neue und innovative Produkte auf den Markt kommen. Ich glaube, das wollen wir alle. Dafür brauchen wir auch die Telekommunikationsanbieter. Diese wiederum brauchen finanziellen Spielraum. Der erforderliche Ausbau der Breitbandinfrastrukturen kostet viel Geld, vor allem, wenn es um Glasfaser geht. Dafür brauchen wir die Anbieter. Dies sollten wir immer im Hinterkopf behalten, wenn wir über den vorliegenden Antrag debattieren.

Ich sage aber ganz deutlich: Natürlich sehe ich die Pläne der Telekom mit Sorge. Wir wollen keine digitale Spaltung. Ich sehe viele Schülerinnen, Schüler und Studierende, die das Netz für ihre Ausbildung benötigen. Ich sehe die Unternehmen, die das Netz brauchen. Ich sehe die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten von E-Health bis E-Government damit in Gefahr. Daher ist mir eines wichtig: Die Telekom darf ihre Marktposition nicht dazu nutzen, dass ein normal schneller Internetzugang zu einem Luxusgut wird und viele es sich nicht mehr leisten können, am normalen digitalen Leben teilzuhaben. Ich möchte keine Zweiklassengesellschaft, in der die einen on sind und die anderen off.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Ob aber im konkreten Fall tatsächlich ein Verstoß gegen die Netzneutralität vorliegt, müssen die Bundesnetzagentur und das Bundeskartellamt prüfen. Das sind die Institutionen, die wir haben, und das sind die Mechanismen, die greifen. Es wurde schon gesagt, daneben können Politik und Verbraucher aktiv werden.

Zur Politik auf der Bundesebene. Der neu in das Telekommunikationsgesetz eingefügte § 41 a ermöglicht den Erlass einer Rechtsverordnung zur näheren Definition von Netzneutralität. Die Frage ist nur: Reicht diese Ermächtigung aus, wenn die Bundesregierung diese Ermächtigung nicht ausnutzt? - Daher sage ich an dieser Stelle: Wenn die Bundesregierung hier nicht handelt, dann brauchen wir klare gesetzliche Vorgaben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Ja, gern.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Minister, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann haben Sie gesagt, es sei Aufgabe der Bundesnetzagentur und des Bundeskartellamts, zu prüfen, ob ein Verstoß gegen das Prinzip der Netzneutralität vorliege. Würden Sie mir zustimmen, dass dieses Prinzip im Moment in Deutschland überhaupt nicht festgeschrieben ist und dass die Behörden deshalb auch nicht einschreiten können, weil es dafür keine Grundlage gibt? Würden Sie mir zustimmen, dass also erst eine Verordnung, wie wir sie vorschlagen, geschaffen werden müsste, um einen Verstoß dagegen feststellen zu können?

- Zum einen geht es um Marktmissbrauch. Das spielt bei dieser Frage ebenfalls immer eine Rolle. Diese Frage regelt das Bundeskartellamt. Für Fragen der Netzneutralität haben wir die Regulierungsbehörde, also die Bundesnetzagentur. Für die nächste Sitzung des Beirates liegt ein Antrag der Länder vor, nach dem genau über diese Fragen gesprochen werden soll. Es gibt also Möglichkeiten der Bundesnetzagentur, sich frühzeitig mit dieser Frage auseinanderzusetzen.

Meine Damen und Herren, neben den Regulierungen, die ich gerade angesprochen habe, gibt es auch den Verbraucher. Der Verbraucher kann mit den Füßen - oder besser mit der Maus - abstimmen und zu einem anderen Anbieter ohne Drosselung wechseln. Unter anderem informiert auch in diesen Fragen die Bundesnetzagentur über die Qualität der Breitbandzugänge und über die Inhalte der Kundenverträge.

Eine weitere Anmerkung zum Antrag der PIRATEN: Die Forderung, dass bei der Förderung des Breitbandausbaus nur solche Anbieter zum Zuge kommen sollen, die die Netzneutralität wahren, klingt gut. Aber auch hier sollte zunächst die Bundesnetzagentur tätig werden und Abhilfe schaffen. Ich hatte auf den Antrag hingewiesen. Wir sind als Land in der Agentur vertreten. Ich hoffe, dass es dann, wenn die Bundesnetzagentur tätig wird, keine Anbieter gibt, die dauerhaft gegen die Netzneutralität verstoßen können. Herr Breyer, wenn das nicht reichen sollte, dann müssen wir auch über dieses Thema reden, denn der augenblickliche Zustand ist nicht zufriedenstellend. Ich glaube, hier sind wir einer Meinung. Das sage ich ganz deutlich.

Meine Damen und Herren, das beste Rezept gegen Datendrosselung und für die Gewährleistung von Netzneutralität ist die Breitbandstrategie der Landesregierung, denn dank der Leistungsfähigkeit von

(Minister Reinhard Meyer)

Glasfasern sind Datenbremsen nicht erforderlich. Das ist ein wichtiger Punkt. Da ich in der Presse einiges höre und lese, sage ich zur Klarstellung: Wir setzen mit unserer Strategie im Breitband vor allem auf den Glasfaseraufbau und auf Infrastrukturziele und nicht mehr auf zweifelhafte Bandbreitenziele. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Das ist ehrgeiziger als das Konzept, das bisher vorlag.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Danke. Herr Minister, ich habe eine Nachfrage, was die Landesförderung des Breitbandausbaus angeht. Sie sagen, wir sollten erst einmal abwarten, ob die Anbieter, die das Netz mit Landesmitteln ausbauen, gegen die Netzneutralität verstoßen. Würden Sie mir zustimmen, dass es dann, wenn das Netz erst einmal aus Steuermitteln ausgebaut wurde, zu spät ist, noch mit den entsprechenden Zuwendungsempfängern das Prinzip der Netzneutralität vertraglich zu vereinbaren, und dass es sinnvoller wäre, schon bevor die Mittel gewährt werden, klarzustellen, dass wir die unter der Bedingung gewähren, dass sie auch später Netzneutralität gewährleisten?

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Breyer, ich gehe davon aus, dass wir das beim Thema Glasfaser nicht brauchen, weil da die Bandbreitenziele nach oben offen sind und es auch keine technische Limitierung gibt. Wir brauchen eine Diskussion über die Zwischenlösung - LTE und VDSL -, wo natürlich möglicherweise auch Investitionen angeschoben wurden. In der Tat würde ich gern im Ausschuss darüber debattieren, aber es muss rechtssicher sein. Das ist ganz wichtig. Sie können nicht einfach sagen, dass Sie das politisch wollen, wenn es dann anschließend nicht in der Förderung rechtssicher ist. Aber über den Tatbestand muss man in der Tat nachdenken.

Breitbandversorgung und Netzneutralität gehen uns alle an. Lassen Sie uns also dieses Thema mit den Fragen, die hier aufgeworfen sind - danke für den Antrag der PIRATEN -, in den Ausschüssen weiter vertiefen, am besten mit Vertretern der Bundesnetzagentur und der Telekom. Da kann man eine offene Diskussion führen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Die Drucksache 18/852 soll dem Innen- und Rechtsausschuss überwiesen werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Wortmeldung Uli König [PIRATEN])

- Mitten im Abstimmungsverfahren ist das schwierig, aber bitte schön, Herr Abgeordneter König.

Uli König [PIRATEN]:

Ich glaube, Herr Dolgner, der jetzt gerade leider nicht da ist, hatte die Bitte, es auch dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Da steht Herr Dolgner, er hat schon ein Mikrofon vor sich. Dann kann er etwas dazu sagen.

Uli König [PIRATEN]:

Dann überlasse ich dem Kollegen Dolgner das Wort.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ich hatte beantragt, den Antrag federführend dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Mitberatend an den Wirtschaftsausschuss - dann wiederhole ich die Abstimmung.

Es ist beantragt worden, die Drucksache 18/852 dem Innen- und Rechtsausschuss federführend und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zu überwei-

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

sen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 15 a:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Einrichtung eines Sondervermögens „Energetische Sanierung“

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 18/861

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/883

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile dem Abgeordneten der CDU-Fraktion, Herrn Abgeordneten Tobias Koch, das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dreimal hat die CDU-Fraktion in den letzten Monaten die Initiative ergriffen, um mehr Geld für die Sanierung unserer Landesstraßen bereitzustellen. Alle drei Male wurden diese Vorschläge in Bausch und Bogen von den Regierungsfractionen abgelehnt. Am cleversten wäre es gewesen, den guten Jahresabschluss 2012 für die Bildung eines Sondervermögens zugunsten der Landesstraßensanierung zu nutzen.

Mit der nahezu erreichten schwarzen Null im Haushalt 2012 lagen wir weit unterhalb der zulässigen Kreditobergrenze von 386 Millionen €. Es hätte also genug Spielraum gegeben, um zum Beispiel ein 100-Millionen-€-schweres Sondervermögen zur Sanierung der Landesstraßen zu bilden. Damit hätte der Investitionsstau vollständig beseitigt werden können. Es hätte ein wirklicher Wachstumsimpuls gesetzt werden können. Die Haushalte der Folgejahre wären strukturell entlastet worden. Das alles wäre im vollen Einklang mit den Regelungen der Schuldenbremse möglich gewesen.

Jetzt schlägt der Ministerpräsident vor, die Schuldenbremse aufzuweichen, um solche Investitionen über zusätzliche Kredite finanzieren zu können. Diese Chance hätte er 2012 dank des von uns hinterlassenen Spielraums gehabt, ohne dazu an der Schuldenbremse herumdoktern zu müssen. Diese Chance, haben Sie, Herr Albig, nicht genutzt, Sie haben sie leichtfertig vertan.

Wir haben dann mit unseren Anträgen zum Haushalt 2013 erneut versucht, zumindest die Kürzungen bei den Straßenbaumitteln rückgängig zu machen. Wir haben dazu Umschichtungen innerhalb des Haushaltes vorgeschlagen, mit denen wir die Investitionsquote angehoben hätten. Und auch dieser Antrag wurde von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt. Als dann im Frühjahr der Landesbetrieb selbst öffentlich um Hilfe rief, haben wir erneut die Initiative ergriffen. Wir haben beantragt, zumindest die vom Landesbetrieb genannte Untergrenze für Straßenbaumittel bereitzustellen. Auch dieser Antrag wurde von SPD, Grünen und SSW abgelehnt.

Fünf Minuten später hat Minister Meyer dankenswerterweise und an der grünen Fraktion vorbei genau das angekündigt, was wir beantragt hatten: 5 Millionen € in seinem eigenen Haushalt umzuschichten. Eine richtige Entscheidung, die wir auch damals schon gelobt haben, die gleichwohl nur die Kürzungen von SPD, Grünen und SSW wieder rückgängig macht.

Dann - gerade noch rechtzeitig vor der Kommunalwahl - sind endlich auch die Grünen aufgewacht. Nun auf einmal sind sie sogar bereit, das grüne Lieblingsprojekt PROFi zur energetischen Gebäudesanierung teilweise zu opfern, um zusätzliche Mittel für die Straßensanierung bereitzustellen. Diese Kehrtwende erstaunt insofern nicht, als sich PROFi zunehmend als totaler Flop erweist. Eine Maßnahme darf aus Mitteln des Sondervermögens PROFi nur finanziert werden, wenn die mit ihr angestrebten Energieeinsparungen den Landeshaushalt nachhaltig entlasten. Bei der Auswahl der Maßnahmen ist der Aspekt der Wirtschaftlichkeit vorrangig zu berücksichtigen. So steht es in dem von SPD, Grünen und SSW beschlossenen Gesetz. Gegen diese gesetzlichen Vorgaben wird mit den ausgewählten Projekten massiv verstoßen. In dem vorgelegten Bericht heißt es lapidar, die Projekte seien wirtschaftlich, wenn sie sich nach 20 oder 30 Jahren amortisieren würden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wenn!)

Mit anderen Worten: Nach 20 oder 30 Jahren haben wir das eingesetzte Geld gerade einmal wieder zurück. Eine Haushaltsentlastung, wie sie vom Gesetz vorgeschrieben ist, ist bis dahin in keiner Weise erfolgt, ganz im Gegenteil. Bis dahin werden die Haushalte mit Zins und Zinseszins immer weiter belastet, denn PROFi ist komplett kreditfinanziert. Bei den Wirtschaftlichkeitsberechnungen zu dem grünen Lieblingsprojekt werden diese Zinsbelastungen einfach unberücksichtigt gelassen.

(Tobias Koch)

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Vielleicht sollte man es lieber „Dilettanti“ nennen!)

Trotz dieser gesetzeswidrigen Vorgehensweise ist es noch nicht einmal gelungen, genügend Projekte für PROFI zu finden. Auch hiervoor hatten wir bei den Haushaltsberatungen bereits gewarnt, denn es macht einfach keinen Sinn,

(Unruhe - Glocke Präsident)

ein Sondervermögen PROFI einzurichten, wenn man noch nicht einmal weiß, welche Projekte sich überhaupt rechnen und ob das Geld dafür am Jahresende tatsächlich übrig ist.

Nun also möchte Frau von Kalben die ungenutzten PROFI-Mittel für die Sanierung der Landesstraßen umwidmen. „Na bravo, Frau Kollegin, warum nicht gleich so?“, könnte man da rufen.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie denkt an ihre Bandscheibe!)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, auf Basis des CDU Gesetzentwurfs können Sie jetzt das beschließen, was wir schon immer gefordert haben, nämlich mehr Geld für die Sanierung unserer Landesstraßen. Das ist auch dringend notwendig, denn nur eine gute Verkehrsinfrastruktur schafft Wachstum, schafft Arbeitsplätze und sorgt für zusätzliche Steuereinnahmen.

(Beifall CDU und FDP)

Sie haben für diese Erkenntnis ein ganzes Jahr nach Ihrem Regierungsantritt gebraucht, und jetzt fällt Ihnen auf, dass auch Schulbusse auf Straßen fahren. Lassen Sie nicht noch mehr Zeit ungenutzt verstreichen, sondern lassen Sie uns diese Gesetzesänderung in der Juli-Tagung beschließen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Lars Winter das Wort.

Lars Winter [SPD]:

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Als wir vor wenigen Monaten hier den ersten Haushalt mit neuer Regierungsmehrheit beschlossen, war das in vielerlei Hinsicht ein Grund zur Freude. Wir haben Bildung als unsere allererste Priorität in den Vordergrund gestellt und die Förderung anderer Bereiche strikt an Nachhaltigkeitsregeln ausgerichtet. Zu unseren Nachhaltigkeitsmaßnahmen ge-

hörte auch das von dem Kollegen Koch gerade als Flop bezeichnete „Programm Betriebskostenoffensive Vorsorgende Finanzpolitik“, kurz PROFI. Dass PROFI ein Flop ist, weise ich an dieser Stelle zurück.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Birgit Herdejürgen [SPD] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir werden später noch einmal darüber sprechen, wenn wir die Ergebnisse haben und die Entlastungen im Haushalt feststellen. Ich sagte ja, wir wollen Haushalte mit Nachhaltigkeitskriterien.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie können Haushalte!)

- Ganz genau, Herr Kollege, wir können Haushalt.

Das Programm PROFI besteht aus zwei Programmteilen: PROFI A - Sondervermögen „Energetische Sanierung“ -, PROFI B - Förderung investiver Maßnahmen. Diese Programmteile werden unabhängig voneinander abgewickelt. Diese Unabhängigkeit macht es möglich, jetzt in einem der Bereiche umzusteuern, und zwar nur deswegen, weil im Haushaltsvollzug deutlich wurde, dass bei den investiven Maßnahmen noch Luft ist.

Das betrifft die Straßen. Werte Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns doch einig darüber, dass viele **Landesstraßen** in **schlechtem Zustand** sind. Gerade die Opposition hat ja in den letzten Monaten den Zustand zahlreicher Straßen per Kleiner Anfrage abgefragt. Der Landesrechnungshof - auch Herr Koch hat es gerade eben ausgeführt -, schon von Amts wegen eigentlich kritisch gegenüber zusätzlichen Geldausgaben, hat mehrfach angemahnt, in Straßensanierung zu investieren. Da wir nun nicht viele, aber einige Mittel aus dem Programm PROFI B zur Verfügung stellen können, liegt es nahe, diese für Straßen zur Verfügung zu stellen.

Haushaltstechnisch ließe sich das entweder mit einem **Sondervermögen** oder mit einem Nachtrag zum Haushalt bewerkstelligen. Letzteres steht jedoch in keinem Verhältnis zum Aufwand. Wir werden daher die frei gewordenen Mittel von rund 7,5 Millionen € auf dem Weg des Sondervermögens dem Straßenbau zur Verfügung stellen.

Der entsprechende **Gesetzentwurf** der **Regierungskoalition** liegt noch auf dem Fotokopierer. Ich bitte, das zu entschuldigen. Er wird gleich verteilt werden. Die PGF der Oppositionsfraktionen sind darüber informiert.

(Lars Winter)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU wollte bereits bei den Beratungen zum Haushalt 2013 ein Sondervermögen einrichten, aber damals haben wir das aus zwei Gründen abgelehnt. Erstens. Die CDU wollte zulasten des Bereichs der energetischen Sanierung kürzen, eines Bereichs, der sich innerhalb gut überschaubarer Zeiträume durch Energieeinsparung refinanziert. Zweitens. Erst jetzt, im Haushaltsvollzug, wird deutlich, dass wir noch Mittel zur Verfügung stellen können.

Auch der vorliegende Dringlichkeitsantrag der CDU zielt wieder auf PROFI A ab, das Paket für die energetische Sanierung. Das ist aus unserer Sicht der falsche Ansatz.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Unruhe)

Minister Meyer wird von den 5 Millionen €, die er aus seinem Haushalt zusätzlich für den Straßenbau erwirtschaften kann, vier größere Projekte realisieren. Um weitere vernünftige, **nachhaltige Straßensanierungen** zu ermöglichen, wollen wir nun rund 8 Millionen € speziell dafür zur Verfügung stellen. Wir freuen uns sehr, dass auch der Koalitionspartner inzwischen sein Herz für Straßen erkannt hat und in dieser Frage an unserer Seite steht.

Unser Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Landesstraßen und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013 wird - wie gesagt - gleich verteilt. Wir bitten um Zustimmung. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW - Unruhe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir durch den Antrag der CDU die Möglichkeit haben, im Plenum einmal ausführlicher über das Thema **PROFI** zu sprechen. PROFI ist ein zentrales Projekt der Küstenkoalition. Es ist ein Projekt, von dem ich gerade als grüner Haushaltspolitiker doppelt überzeugt bin.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Denn PROFI ist unsere Antwort auf zwei der drängendsten Probleme im Land: Klimaschutz und Haushaltskonsolidierung. Mit diesem Investitionsprogramm betreiben wir vorsorgende Finanzpolitik und leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

Der Zwischenbericht der Landesregierung zeigt, dass gerade im Bereich der **energetischen Gebäudesanierung** erheblicher Bedarf besteht, und das in ganz unterschiedlichen Bereichen, von Hochschulen über Gerichte bis zu Justizvollzugsanstalten, in denen dieser Bedarf nicht wegzureden ist.

Gerade die **Hochschulen** in Schleswig-Holstein befinden sich teilweise in einem desolaten baulichen Zustand; da wird buchstäblich zum Fenster hinausgehetzt, weil die Fassaden so mürbe sind. Deshalb haben wir ja auch mit allen Stimmen der hier anwesenden Fraktionen das Sondervermögen Hochschulsanierung geschaffen. Dass bei den PROFI-Projekten noch zwei Uniprojekte angemeldet worden sind, zeigt, dass hier weiterer Bedarf besteht. Es ist gut, dass jetzt Mittel fließen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Denn einer unserer Schwerpunkte in dieser Koalition ist die **Bildungspolitik**. Das bedeutet nicht nur, dass wir mehr in Kitas investieren oder im Vergleich zu Schwarz-Gelb mehr Lehrer im System lassen, sondern auch, dass wir uns für die Instandsetzung der Bausubstanz an den Hochschulen in unserem Land einsetzen.

(Wortmeldung Tobias Koch [CDU])

Bei PROFI B, dem zweiten Teil des PROFI-Programms, läuft die Anmeldung eher schleppend. Ich finde die eingereichten Projekte sehr kreativ, will aber jetzt erst einmal dem Kollegen Koch die Möglichkeit geben, seine Zwischenfrage zu stellen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Damit haben Sie die Frage schon beantwortet. - Herr Abgeordneter Koch, Sie haben das Wort für eine Zwischenfrage.

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege Andresen, Sie sprachen gerade die Hochschulprojekte an, die aus PROFI A finanziert werden sollen. Im Bericht ist explizit die Mensa der CAU in Kiel genannt. Sie sagten, es sei eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik, die Sie mit PROFI betreiben wollten. Mögen Sie mir erläutern, wie nachhaltig eine Finanzpolitik ist, die in einem Zeitraum von 30 Jahren

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

zu Einsparungen von 58.947 € führt, wenn Sie im gleichen Zeitraum 1 Million € Zinsen zahlen?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich gehe auf das Thema Zinsen nachher in meiner Rede ein. Ich kann Ihnen schon jetzt sagen, dass wir zurzeit mit Zwischenzahlen arbeiten und es viele Projekte gibt, deren Kosten noch nicht beziffert werden konnten. Deswegen werden wir in der nächsten Finanzausschusssitzung weiter darüber diskutieren und gucken müssen, wie wirtschaftlich die Maßnahmen wirklich sind. Ich werde in meiner Rede zwar nicht auf die Mensa, aber auf den Aspekt der Zinsen eingehen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Herr Kollege Garg, hören Sie sich die Rede doch an! Das schadet nicht.

Bei **PROFI B** - das habe ich gerade eben gesagt - laufen die Anmeldungen eher schleppend, aber es gibt in einigen Bereichen durchaus kluge und clevere Projekte, beispielsweise das Umstellen von Ampeln auf LED-Leuchten. Da wird gleich doppelt gespart, weil die Leuchten nur noch alle zehn Jahre ausgewechselt werden müssen und außerdem weniger Energie verbrauchen.

Aber gerade bei **PROFI B** ist noch sehr viel Luft nach oben. Ein Wunsch meiner Fraktion beim Thema Landesliegenschaften ist: 2.000 Landesliegenschaften warten nach wie vor darauf, auf intelligente Zähler umzustellen. Da kann sich die Regierung noch ein bisschen bewegen, um dieses Projekt zu verwirklichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Vierorts muss bei **PROFI B** erst einmal ein Umdenken stattfinden. Denn **vorsorgende Finanzpolitik** ist in der Tat ein neues Prinzip, bei dem man nicht nur auf das jeweilige Jahr schießt, sondern heute Geld in die Hand nimmt, das sich morgen oder erst übermorgen rechnet.

Dass es sich rechnen muss, ist mir sehr wichtig. Wir sind nämlich angetreten, **Klimaschutzmaßnahmen wirtschaftlich** zu betreiben. Das heißt, nicht nur die Umwelt und das lokale Handwerk sollen profitieren, sondern mittelfristig muss davon auch der Landeshaushalt profitieren. Dafür müssen selbstverständlich alle Kosten mit eingerechnet werden, wenn die angemeldeten Projekte jetzt beilligt werden. Auch der Zeitraum, in dem sich das

Ganze amortisiert, muss selbstverständlich bedacht werden.

Kommen wir zum Thema **Straßenbau**. Es ist kein Geheimnis, dass wir Grüne lieber öffentlichen Nah- und Fernverkehr und Radwege finanzieren, als Geld in neue Straßen einzubetonieren.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Herr Kollege Garg, Sie sind gleich dran. Es wird allen guttun, wenn man ein bisschen runterrüstet. Sie können Ihr Feuerwerk gleich in Ihrer Rede abfeuern.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW] - Unruhe)

Es ist aber auch kein Geheimnis - da komme ich zu dem entscheidenden Aspekt -, wie es um die existierenden Straßen in Schleswig-Holstein steht: Rund ein Viertel der Landesstraßen befindet sich in einem schlechten Zustand. Das ist auch uns als grüner Fraktion nicht egal.

Wohlgemerkt: Es geht um existierende Straßen. Dass CDU und FDP trotz eines Sanierungsstaus von 100 Millionen € noch neue Straßen dazubauen wollen, leuchtet uns als Grünenfraktion nicht ein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Grünen sagen: **Straßenerhalt statt Straßeneubau**. Wenn Mittel aus **PROFI B** übrig sind - genau das hat der Finanzausschuss nach dem Bericht des Finanzministeriums festgestellt -, kann hier zum Teil gern umgeschichtet werden. Keineswegs wollen wir aber den von der CDU vorgeschlagenen Weg gehen, Straßensanierung aus **PROFI A** zu finanzieren. Wir glauben daran, dass Gebäudesanierung mehr Erträge bringt, und wollen darauf weiter den Schwerpunkt setzen. Es läuft ja erfolgreich, und der Bedarf ist riesig. Für das **Sondervermögen** wird es mit uns keine **Aufweichung der Kriterien** geben. Das Geld ist für energetische Gebäudesanierung da - der Kollege Winter ist darauf eingegangen -, dafür wird es gebraucht. Um bei der Straßensanierung mehr zu leisten, wird es technisch andere Wege geben. Es wurde eben schon angesprochen: Dazu bringen wir bei diesem Tagesordnungspunkt einen eigenen Gesetzentwurf ein.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss, um das Ganze zu vertiefen, nicht nur beim Thema Straßenerhalt, sondern auch bei weiteren Projekten für **PROFI**, wie zum Beispiel der Einführung von cleveren Zählern.

(Rasmus Andresen)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wurde angesprochen: Sehr viele **Landesstraßen** in Schleswig-Holstein befinden sich in einem **katastrophalen Zustand**. Die L 205 zwischen Büchen und Gudow musste bereits für einige Wochen gesperrt werden. Es wurden in der Region Tausende Unterschriften gesammelt. Es gibt nicht ohne Grund die Befürchtung, dass weitere Sperrungen, auch gerade in der Region, folgen werden.

(Zuruf Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Problem des schlechten Straßenzustands besteht nicht erst seit gestern. Herr Kollege Matthiessen, aus diesem Grund haben wir in der letzten Legislaturperiode in den beiden von uns beschlossenen Haushalten jeweils zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Der Kollege Andresen hat gerade gesagt, wir hätten noch zusätzliche Straßen bauen wollen. Ich kann Ihnen nur einmal empfehlen, sich anzuschauen, was im **Landesverkehrsweplan** drinstand.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Das waren auch Entlastungen von bestehenden Straßen, Entlastungen von Wohnorten und Brückenbauwerken. Ich selber wohne an einer Landesstraße, wo seit über 20 Jahren über den Ersatz einer Brücke gesprochen wird. Das wäre jetzt gemacht worden. Vielleicht findet das jetzt in fünf oder zehn Jahren statt - man weiß es nicht -, weil Sie diese Mittel gestrichen haben. Also behaupten Sie nicht immer diesen Unsinn, wir hätten nur neue Straßen bauen wollen.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ja, Sie haben jetzt aber auch Brückenersatzbauten, die Sie aus einem anderen Topf bezahlen müssen. Die Brückenersatzbauten sind richtig teuer, Herr Kollege. Das sollten Sie sich einmal genauer anschauen. Da kostet so eine Minibrücke mal eben knapp 1 Million €. Das ist richtig viel Geld, wenn man sich die vorhandenen Töpfe anschaut.

Meine Damen und Herren, es war wirklich kurios, dass die Koalition im Januar 2013 einen Haushalt

mit einer Kürzung bei den Mitteln für die Landesstraßen verabschiedet hat. Minister Meyer hatte bereits wenige Wochen später hier in der Februar-Tagung vom Rednerpult aus verkündet, dass er in seinem eigenen Etat 5 Millionen € umschichten wird. Man hat an den Gesichtern der Kolleginnen und Kollegen aus den Koalitionsfraktionen gesehen, dass sie selber ein bisschen überrascht waren. Wir waren das auch, wir waren aber wahrscheinlich begeisterter als Sie. Das stimmt. Das ist natürlich alles andere als seriöse Verkehrspolitik, als seriöse Haushaltspolitik. Sei es drum. Wir finden das richtig.

Herr Minister, mit der Ankündigung Ihres **Schlaglochregisters** wollten Sie wahrscheinlich einige Beruhigungspillen verteilen. Damit haben Sie aber genau das Gegenteil erreicht. Denn die Menschen sehen natürlich jeden Tag diese völlig kaputten Straßen und fragen sich: Jetzt machen die in Kiel erst einmal ein Kataster, wo sie die Löcher zählen und kartieren. Haben die das Problem immer noch nicht erkannt? Das hat gerade im Herzogtum Lauenburg, Herr Kollege Eichstädt, Sie wissen das

(Peter Eichstädt [SPD]: So ist es!)

für sehr viel Unmut und Irritation gesorgt.

Meine Damen und Herren, der erschreckende Zustand vieler Landesstraßen in unserem Land verlangt ein schnelles Handeln. Die Vergangenheitsbewältigung möchte ich daher auch einstellen. Wenn es sich so darstellt, wie die Berechnungen des Landesbetriebes es vorhersagen, dass in sieben Jahren beinahe alle Landesstraßen marode sein werden, wenn der Grundstock der Mittel nicht deutlich aufgestockt wird, dann muss dringend gehandelt werden. Die 5 Millionen € Umschichtungen sind ein schönes Signal, allerdings auch nicht viel mehr. Das wird nicht reichen, um die Situation spürbar zu verbessern. **5 Millionen €**, um das einmal umzurechnen, reichen gerade einmal für die Grundinstandsetzung von **18 Straßenkilometern**. Wenn man sich anschaut, wie viele Landesstraßen wir haben, das sind etwas über 3.600 km in Schleswig-Holstein, sieht man die Relation und wie wenig das ist.

Herr Kollege, da ich auch etwas finanzpolitisch argumentieren möchte: Lässt man das Landesstraßennetz weiter verkommen, zerstört man durch Unterlassung große Teile des Landesvermögens. Ein Großteil unseres Landesvermögens besteht ja aus den Landesstraßen. Zahlreiche Straßen sind in einem derart schlechten Zustand, dass sie gar nicht mehr richtig befahrbar sind. Das ist nicht nur ein Ärgernis für die Menschen, die dadurch Schäden an

(Christopher Vogt)

ihren Autos haben, die dadurch einen höheren Verschleiß ihrer Autos haben, und die sich sorgen müssen, dass sie sicher über die Straßen kommen. Das ist auch ein Problem für den Landeshaushalt, weil natürlich die unterlassene Instandhaltung im Nachhinein teurer wird. Mit Nachhaltigkeit hat diese Politik also ziemlich wenig zu tun.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schwarz-gelbes Erbe! - Lachen CDU und FDP)

- Ja, genau, Herr Matthiessen. Ich sehe, Sie sind Realist. Das finde ich schön. In den zwei Jahren haben wir also alle Straßen kaputt gemacht. Das ist genau richtig.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass Frau von Kalben unseren Vorschlag vom 16. Mai 2013 aufgenommen hat, aus den restlichen **PROFI-Mitteln** ein **Sonderprogramm** aufzulegen. Ich fand das wirklich bemerkenswert, ebenso Ihre Aussage in den „Kieler Nachrichten“ vom 22. Mai 2013:

„Ich glaube nicht, dass das in der Regierungskoalition ein Problem ist.“

Ich frage mich nur, warum das vor einigen Monaten ein Problem war und jetzt keins mehr ist.

(Beifall FDP)

Lassen Sie uns mit den noch vorhandenen 10 Millionen € - eben nicht 8 Millionen €, wie Sie es vorschlagen, sondern mit den 10 Millionen € - aus dem PROFISondervermögen endlich etwas Sinnvolles tun.

Über die **Wirtschaftlichkeit** des PROFIProgramms wurden schon einige Worte verloren. Meine Damen und Herren, große Sorge bereiten uns - weil klar ist, dass dieses Sonderprogramm uns nicht wirklich helfen wird; es muss dauerhaft mehr Geld dort hineinfließen - nicht die Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag - die nehmen wir nicht mehr so richtig ernst -, sondern die Haushaltseckwerte. Die hat Frau Ministerin Heinold schon vorgestellt, und die sprechen eine ziemlich deutliche Sprache: Die Investitionen werden weiter absinken. Insofern machen wir uns große Sorgen, wie es dort weitergeht.

Ich freue mich ehrlich gesagt auf die Ausschussdebatte. Ich hoffe, dass wir relativ zügig zu einer Lösung kommen werden - wie immer diese dann auch aussieht. Das werden wir dann im Ausschuss beschließen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute mittlerweile über zwei Gesetzentwürfe, die zum Ziel haben, Mittel aus dem Sonderprogramm PROFI, die nicht in Anspruch genommen werden, für den Straßenbau umzuwidmen.

Es geht einmal um einen **Gesetzentwurf der Fraktion der CDU**, der sich allerdings nicht auf den Bereich der Landesstraßen beschränkt, sondern auch zur Folge hätte, dass die Beschränkung der Mittelverwendung auf die energetische Gebäudesanierung aufgegeben und die Gebäudesanierung insgesamt erfasst würde. Ich denke, das ist nicht beabsichtigt und deshalb auch in dem **Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen** so nicht vorgesehen.

(Beifall Lars Harms [SSW])

In dem Gesetzentwurf wiederum stehen die rätselhaften Worte: Mittel können für den Umbau von Landesstraßen verwendet werden. Ich möchte den Herrn Verkehrsminister bitten, vielleicht nachher noch etwas dazu zu sagen, was unter dem „Umbau von Landesstraßen“ zu verstehen ist.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Ich verstehe es nicht.

Es bleibt jedenfalls dabei, dass es eine grundandere Mittelverwendung ist, ob man Mittel für eine energetische Sanierung einsetzt, die sich wieder rentieren soll, wo also alles wieder in den Landeshaushalt zurückfließen soll, oder ob man Straßen baut, wo erst einmal nichts in den Landeshaushalt zurückfließt. Das heißt, das ist ein grundanderer Ansatz.

Unbestritten ist sicherlich der **Sanierungsbedarf der Landesstraßen**. Wir wissen alle, dass ein Viertel der Straßen - selbst nach den Maßstäben des Landes - sanierungsbedürftig sind. Wenn man die Maßstäbe des Bundes anlegen würde, wären gar die Hälfte unserer Landesstraßen sanierungsbedürftig, das heißt, 1.800 km Straßen in Schleswig-Holstein.

In Anbetracht dieser Herausforderung muss man in der Tat sehen, dass diese Sondermaßnahmen allesamt Flickwerk sind. Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern auch ehrlich sagen, dass die Landesmittel bei Weitem nicht ausreichen werden, um wirklich alle Reparaturmaßnahmen auch auf absehbare Zeit durchführen zu können. Wir haben nicht genug Mittel, um das gesamte Landesstraßennetz

(Dr. Patrick Breyer)

überhaupt erhalten zu können. Ich glaube, das muss man ehrlich sagen, und man muss auch mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen ehrliche Prioritäten setzen. Im Moment wird sehr intransparent darüber entschieden, welche Maßnahmen wann in Angriff genommen werden. Ich glaube, das muss transparenter und mit den Bürgerinnen und Bürgern ehrlicher diskutiert werden.

Richtigerweise ist schon gesagt worden, gar neue Straßen dazuzubauen, wo wir schon die bestehenden nicht unterhalten können, ist völliger Unsinn.

(Beifall PIRATEN, Lars Winter [SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da uns die rechtlichen Regelungen aber dazu zwingen, weil sie zwischen Mitteln für den Neubau und für die Unterhaltung unterscheiden, müssen wir auch auf bundesgesetzlicher Ebene, Herr Minister, darüber reden, ob nicht diese Zweckbindung für den Neubau aufgehoben werden kann, damit die Mittel sinnvollerweise auch für die Unterhaltung der bestehenden Straßen verwendet werden können.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Rede des Ministerpräsidenten am Mittwoch haben wir einiges über den Zusammenhang von **Infrastruktur und Wachstum** gehört. Herr Albig, es gibt aber auch einen Zusammenhang zwischen **Verschuldung und Wachstum**. Eine zu hohe Verschuldung wirkt sich nämlich negativ auf das Wirtschaftswachstum aus. Sondervermögen umgehen die Verschuldungsbremse - wie ich schon in der Debatte darüber gesagt habe. Deshalb können sie für die Wirtschaft auch nicht gut sein. Der richtige Weg wäre deshalb in der Tat ein Nachtragshaushalt, Herr Kollege Winter, wenn man mehr Mittel für den Straßenbau einsetzen möchte. Die Konstruktion über das Sondervermögen kann ich nicht zur Verabschiedung empfehlen.

Vielleicht noch ein Wort zu Ihnen, Herr Albig. Sie haben eine mögliche **Aufweichung** der **Schuldenbremse** im Bereich von Investitionen angesprochen. Das halte ich für komplett falsch. Denn im Unterschied zu Wirtschaftsunternehmen fließen die Renditen aus Investitionen, selbst wenn es sie in gleicher Höhe gibt, nicht wieder in den Schuldenabbau zurück, sondern versickern im Landshaushalt. Das heißt, insgesamt kommt es zu einem Verschuldungsanstieg. Deshalb ist es nicht richtig, Investitionen von der Schuldenbremse auszunehmen. Dieses Prinzip hatten wir schon einmal, und

das hat zu einer riesigen Verschuldung in den letzten Jahrzehnten in Deutschland geführt.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und Beifall Christopher Vogt [FDP])

Was wäre der richtige Weg, um den Sanierungsstau unserer Straßen effektiv anzugehen? - Ich habe es schon einmal gesagt, Herr Meyer, es muss darum gehen, den **Schwerlastverkehr** an den Kosten zu beteiligen, die dadurch verursacht werden, dass er unsere Straßen beschädigt.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Hier brauchen wir das **Verursacherprinzip**. Wir brauchen schonendere Schwerlastverkehre, das betrifft die Achsverteilung, wir brauchen eine **Verlagerung** des **Güterverkehrs** auf das Wasser und auf die Schienen, um die Straßen zu entlasten.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wir brauchen eine Verlagerung des **Individualverkehrs** auf Radwege, den Fußgängerverkehr und den öffentlichen Personennahverkehr.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da fordern wir PIRATEN bekanntlich, endlich einmal Modelle zu testen, um einen **fahrscheinlosen Nahverkehr** anzubieten, um die Attraktivität zu erhöhen und die Bürgerinnen und Bürger zu mehr Umsteigen zu bewegen. Ich glaube, das würde unsere Straßen auch entlasten. - Danke.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können zunächst einmal Folgendes feststellen: Bei **PROFI B** sieht es so aus, als ob wir die Mittel für dieses Jahr nicht so verausgaben können, wie wir es ursprünglich planten. Wir hatten uns überlegt, sie so einzusetzen, dass man langfristig bei bestimmten Projekten Kosten sparen kann; insbesondere sollen die Unterhaltungskosten sinken. Diese Anforderung wird von all den Projekten, die angemeldet oder schon genehmigt sind, erfüllt. Dennoch sind derzeit noch circa 7,5 Millionen €

(Lars Harms)

frei. Also ist es richtig, dass man sich als normaler, vernünftiger Mensch ganz ohne Ideologie darüber Gedanken macht, wie man dieses Geld verwendet.

Es gibt zwei Möglichkeiten. Die erste besteht darin, diese Gelder überhaupt nicht zu nutzen. Das käme dann infrage, wenn man das Geld sparen und nicht zu viele Schulden aufnehmen wollte - durchaus ein ehrenwertes Ziel. Die zweite Möglichkeit wäre, diese Gelder zu nutzen, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen.

Wir sagen deutlich - bereits gestern haben wir darüber beraten -, dass wir Wachstum generieren wollen. Wachstum generiert man durch Investitionen. Deshalb hat es durchaus Sinn, diese Mittel entsprechend zu nutzen, zumal wir alle wissen, dass es einen Bereich gibt, der dringend Geld benötigt - das sage ich unabhängig davon, wer dafür in den vergangenen 30 Jahren verantwortlich gezeichnet hat -: der **Straßenbau**. Wir reden nicht vom Straßenneubau, sondern wir reden zunächst einmal davon, unser Vermögen - die Straßen sind unser Vermögen - zu erhalten. „Erhalten“ bedeutet auch, dass diese Straßen instand gesetzt werden.

Man darf eines nicht unterschätzen: Gerade im ländlichen Raum sind Straßen die Grundlage dafür, dass sich die gewerbliche Wirtschaft entwickeln kann. Man unterschätzt die **Bedeutung von Straßen**, wenn man in einer großen Stadt ist. Auf dem platten Land weiß man, dass die eine oder andere Landesstraße eine sehr große Bedeutung - auch für die Betriebe vor Ort - hat. Insofern haben entsprechende Investitionen Sinn.

Wir sollten auch an den **Tourismus** denken, von dem meine Heimat, die Westküste, aber auch Ostholstein stark abhängig sind. Wenn es um die Erreichbarkeit der Ferienzeile geht, spielen Straßen eine große Rolle. Es ist eine Binsenweisheit: **ÖPNV** findet auch auf Straßen statt. - Oh Wunder in diesem Land! Natürlich ist dem so. Die Busse fahren übrigens vornehmlich auf Landesstraßen, nicht in erster Linie auf Bundesstraßen. Insofern hat es Sinn - ich betone das -, in diese Straßen zu investieren und sie zu sanieren.

Wir alle machen uns Gedanken darüber, was mit den Geldern geschehen soll, die uns nur noch in diesem Jahr zur Verfügung stehen. Ich meine, es ist richtig, in das Straßennetz zu investieren. Für uns als Koalition ist das keine ideologische Frage, sondern eine Frage des Werterhalts und der Unterstützung der Wirtschaft, aber auch der Menschen vor Ort. Deswegen ist es nach unserer Auffassung wichtig, dass wir versuchen, rasch und am besten

gemeinsam zu einer Lösung zu kommen, sodass in den Sommer- oder den Herbstmonaten mit den Baumaßnahmen begonnen werden kann. Wir alle wissen, dass es im Winter etwas schwieriger wird. Das bedeutet für uns zwar einen gewissen Zeitdruck, aber der Haushalt wird in Zukunft entlastet, weil aus diesem bestimmte Maßnahmen nicht mehr finanziert werden müssen, wenn wir auf das neue Programm zurückgreifen können. Das Wachstum wird unterstützt, ÖPNV wird unterstützt. Das alles sind Ziele, die wir uns als Koalition gesetzt haben.

Wir unterbreiten einen praktischen Vorschlag, setzen also nicht auf viel Ideologie. Wir schauen einfach, was wir Gutes tun können. Wenn eine Koalition und eine Opposition, die ja in dieselbe Richtung denkt, überlegen, was man Gutes für das Land tun kann, dann tun wir alle gemeinsam etwas richtig Gutes. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bevor wir zu den Dreiminutenbeiträgen kommen, begrüßen Sie bitte mit mir Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Altenholz und der Holstenschule Neumünster. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich melde mich noch einmal zu Wort, weil die heutige Vorgehensweise der Regierungsfaktionen an Dilettantismus wirklich nicht zu überbieten ist.

(Beifall CDU und FDP - Widerspruch SPD)

Da macht die grüne Fraktionsvorsitzende einen Vorschlag per Pressemitteilung, kümmert sich aber anschließend überhaupt nicht darum, wie er umzusetzen ist. Nur dank unseres Gesetzentwurfs sind wir heute überhaupt im Gesetzgebungsverfahren!

(Beifall CDU und FDP)

Was machen die Regierungsfaktionen? - Sie legen heute einen eigenen Gesetzentwurf vor. Aber zu welchem Zeitpunkt? - Nicht etwa als Tischvorlage vor Beginn der Sitzung - schon das kritisierten Sie immer scharf, wenn das zu unseren Regierungszeiten passierte -, sondern mitten in der laufende De-

(Tobias Koch)

batte! Nach dem Redebeitrag der Opposition wird ein eigener Gesetzentwurf vorgelegt. Es ist, wie gesagt, nicht ein Änderungsentwurf zu unserem Gesetzentwurf, sondern ein eigener Gesetzentwurf mit einem vollkommen anderen Regelungsgegenstand. Dieser könnte heute gar nicht beschlossen werden, er steht heute nicht zur Abstimmung. Nur der Sache wegen werden wir diese dilettantische Verfahrensweise einmal durchgehen lassen; denn die Landesstraßen sind uns wichtig, und wir wollen nicht weitere Verzögerungen wegen Ihres dilettantischen Vorgehens hier in Kauf nehmen.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rasmus Andresen?

Tobias Koch [CDU]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die künstliche Empörung lasse ich einmal weg. - Herr Kollege Koch, ich will Sie gleich direkt fragen, ob Sie zur Kenntnis nehmen, dass ich in den ersten Sätzen meiner Rede gesagt habe, dass ich Ihnen sehr dankbar bin, dass wir hier im Plenum auf Ihren Antrag hin über die PROFI-Thematik debattieren können. Würden Sie bitte auch zur Kenntnis nehmen, dass es uns als regierungstragender Fraktion freisteht, zum Erreichen des Ziels, etwas für die Landesstraßen zu tun, einen anderen Weg zu wählen als den, den Sie in Ihrem Gesetzentwurf beschreiben?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Tobias Koch [CDU]:

Herr Kollege Andresen, drückt sich Ihre Dankbarkeit darin aus, dass Sie es noch nicht einmal geschafft haben, den Oppositionsfraktionen Ihren Gesetzentwurf rechtzeitig vor der Sitzung zukommen zu lassen? Drückt sich Ihre Dankbarkeit darin aus, dass Sie jetzt darauf angewiesen sind, dass wir Ihrem kruden Verfahren unsere Unterstützung geben, weil ansonsten in diesem Jahr kein Geld mehr für

die Landesstraßen fließen würde? War das gemeint mit Ihrer „Dankbarkeit“?

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

War das als Frage gemeint? Dann würde der Abgeordnete - -

Tobias Koch [CDU]:

Ich lasse jetzt keine weitere Frage des Kollegen Andresen zu.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Okay. Das war jetzt eher belehrend gemeint. Keine weiteren Fragen werden zugelassen. - Danke schön.

Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

Tobias Koch [CDU]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Neben den formalen Verfahrensfragen erstaunt auch der **Inhalt** dieses **Gesetzentwurfs**: Von 10 Millionen € war öffentlich die Rede, jetzt sind es nur noch bis zu 8 Millionen €, genauer: „**verbleibende Mittel**“ von bis zu 8 Millionen € sollen überführt werden. Wann denn, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen? Soll dann etwas überführt werden, wenn am Ende des Jahres feststeht, dass Geld bei PROFI B übergeblieben ist? Wann soll das geschehen? Es ist, wie gesagt, von „verbleibenden Mitteln“ die Rede. Wann Sie tatsächlich in die Landesstraßen investieren wollen, geht aus Ihrem Gesetzentwurf nicht hervor.

Stattdessen schaffen Sie es, das mittlerweile **dritte Sondervermögen** außerhalb des Landeshaushalts einzurichten. Wir haben den Vorschlag für ein Sondervermögen selbst gemacht. Aber wenn Sie zunehmend dazu übergehen, den Landeshaushalt durch immer weitere Schattenhaushalte auszuhöhlen und die Transparenz des Landeshaushalts immer weiter zu reduzieren, indem Sie immer öfter Mittel aus dem Landeshaushalt auslagern, dann ist das auch unter dem Gesichtspunkt der Grundsätze von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit in keiner Weise akzeptabel.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortbeiträge liegen nicht vor. - Für die Landesregierung hat die Frau Finanzministerin des

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Landes Schleswig-Holstein, Monika Heinold, das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Koch, Sie erstaunen mich immer wieder. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie soeben kritisiert, dass wir ein **neues Sondervermögen** außerhalb des Haushalts auflegen, weil wir das angeblich ständig tun. Vor einer halben Stunde dagegen argumentierten Sie, wir hätten doch Ende letzten Jahres, weil wir angeblich so viel Geld übrig hatten, ein Sondervermögen Straßenbau in Höhe von 100 Millionen € auflegen können. Nun frage ich: Sind zwei Sondervermögen mit je 40 € schlimmer als eines mit 100 €? Herr Koch, Ihre Logik ist ein Problem!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD - Tobias Koch [CDU]: Das dritte, Frau Ministerin!)

So geht es bei Ihnen immer fröhlich hin und her. Sie kritisieren ständig, dass wir angeblich zu viel Geld ausgeben, und wir sollten uns bitte unbedingt zwingen, die **Schuldenbremse** schneller zu erreichen. Sie wollen 2017 strukturell bei der Null angelangt sein. Fangen Sie doch einmal an mit Vorschlägen, wie Sie das erreichen wollen! Sie sagen doch immer, wir seien nicht schnell genug beim Sparen. Aber kurze Zeit später - das dauert gar nicht lange - behaupten Sie, wir hätten viel zu wenig in Straßen investiert und sollten jetzt einmal richtig etwas drauflegen, nämlich 100 Millionen €. Herr Koch, das Geld, das ich 2012 ausgabe, ist leider genauso schuldenfinanziert wie das Geld, das ich 2013 ausgabe.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Wäre dem nicht so, hätte ich das 2012 gemacht. Es ist zurzeit alles schuldenfinanziert.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Immer wieder gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Tobias Koch [CDU]: Ja, Frau Ministerin, es ist alles schuldenfinanziert, genauso wie PROFI auch schuldenfinanziert ist.

(Beifall CDU)

Ein Unterschied wäre jedoch gewesen, dass Sie mit einem Sondervermögen im Jahr 2012 die Haushalte der Jahre 2013 bis 2017 entsprechend strukturell hätten entlasten können. Da müssen Sie sich jetzt doch selber - pardon - in den Hintern beißen, dass Sie 2012 nicht diesen Weg gegangen sind, bei den Schwierigkeiten, die in den nächsten Jahren auf Sie zukommen werden.

(Beifall CDU und FDP)

Monika Heinold, Finanzministerin:

Schön, dass Sie alle so fröhlich klatschen. Herr Koch, die, die im Finanzausschuss dabei waren, werden sich daran erinnern, dass wir ausgelotet haben, was wir nach Konjunkturkomponente und Verfassung an Möglichkeiten haben, weil wir die Konjunkturkomponente ja nicht einfach ausgeben können. Wir sind dann zu dem Ergebnis gekommen, dass wir die 40 Millionen € für die Hochschulsanierung zur Seite gelegt haben. Wir haben für Kindertagesstätten und Schulen noch einmal 10 oder 11 Millionen € zur Seite gepackt.

Und ich sage Ihnen, zum Ende des Jahres wird Folgendes passieren: Sollten wir Möglichkeiten haben, innerhalb der Schuldenbremse auch Geld für weitere notwendige Infrastruktursanierungsprojekte zurückzulegen, werden Sie sich hier hinstellen und uns genau dieses wieder vorwerfen. Entscheiden Sie sich, Herr Koch, wollen Sie weniger Schulden machen oder wollen Sie, so wie wir das auch planen, innerhalb der Schuldenbremse die Möglichkeiten, die wir haben, vernünftig einsetzen? Das ist unser Weg, den gehen wir weiter.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Tobias Koch [CDU]: Vielen Dank, Frau Ministerin. Würden Sie mir zustimmen, dass wir im Jahr 2012 eine Nettokreditaufnahme von 66 Millionen € hatten, dass die zulässige Kreditobergrenze bei 382 Millionen € gelegen hat und es somit möglich gewesen wäre, einen Spielraum von weiteren 220 Millionen € für Investitionen, für Wachstumsimpulse zu nutzen, die die zukünftigen Haushalte sowohl strukturell entlastet hätten, als auch für zukünftige Einnahmen - -

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Ja, wir hätten diesen Spielraum gehabt. Sie sagen selber, Sie wollen doch investieren und Spielräume im Haushalt für zusätzliche Investitionen nutzen. Wir hätten diese Möglichkeit 2012 gehabt, und da frage ich Sie: Warum haben Sie es nicht getan?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Erstens, Herr Koch, reden Sie seit drei Tagen von finanziellen Spielräumen in jeder Debatte,

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

um uns gleichzeitig immer wieder vorzuwerfen, wir würden die Schuldenbremse nicht schnell genug umsetzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Zweitens, Herr Koch, wenn Sie denn so überzeugt davon sind, dass wir dieses Ende des Jahres hätten machen sollen, warum haben Sie diesen Antrag dann nicht gestellt?

(Tobias Koch [CDU]: Haben wir doch!)

- Es liegt von Ihnen kein Antrag über 220 Millionen € vor.

Drittens, Herr Koch, sage ich es Ihnen noch einmal, Sie müssen sich irgendwann entscheiden - wann auch immer -, ob Sie wollen, dass wir schneller sparen oder ob Sie wollen, dass wir mehr ausgeben. Beides geht nicht!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Meine Damen und Herren, jetzt kommt die Frage, warum **Sondervermögen** und nicht **Nachtrag**. Bei einem Nachtragshaushalt wäre es so, neben verschiedenen anderen Dingen, dass wir die Mittel für dieses Jahr zur Verfügung stellen würden und sie in diesem Jahr auch aufbrauchen müssten.

Früher, vor der Schuldenbremse, hatten wir ein System, das Rücklagen, die dann gebildet wurden, mit einer Restkreditermächtigung oder mit anderen Möglichkeiten dazu führten, dass wir auch in dem nächsten Jahr die Gelder ausgeben konnten. Das können wir jetzt nicht mehr. Die neue Schuldenbremse begrenzt den Ausgabenrahmen. Das heißt, weil wir gerade im Straßenbau die Sicherheit brauchen, Gelder zur Verfügung zu stellen, die dann nach Planung, wenn die Planungsrate und die Bau-rate da sind, ausgegeben werden können, macht im Straßenbau ein Sondervermögen Sinn. Das würde auch das Problem lösen, was wir Anfang des Jahres hatten, was Ihnen vielleicht auch noch aus den Vor-jahren erinnerlich ist, dass wir immer Anfang des Jahres eine Rücklagenauflösung gegen eine Deckung im Haus hatten, wo dann völlig untransparent für das Parlament auf Regierungsebene die Haushaltstöpfe hin und her geschoben wurden. Das kann nicht im Sinne der Transparenz des Parlamentes sein. Deshalb ist ein Sondervermögen, was Geld aus der **Jährlichkeit** herausnimmt, sinnvoll.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Frau Ministerin, teilen Sie meine Meinung, dass die neue Schuldenbremse nicht ohne Grund ersatzlos auf die Übertragung von Ausgabenresten, und zwar vor dem Hintergrund des Schuldenberges, der zunehmend zu einer Versteinerung des Haushaltes führt, verzichtet hat? Ist es Ihre Meinung, dass wir diese neue Schuldenbremse jetzt wieder unterlaufen und umgehen sollten durch die Konstruktion des Sondervermögens?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Wir unterlaufen die Schuldenbremse nicht, weil wir uns innerhalb der Schuldenbremse bewegen. Richtig ist, wenn Sie sagen, dass die Schuldenbremse dazu führen soll, dass wir Stück für Stück die Einnahmen und die Ausgaben ausgleichen und nicht ständig das, was wir uns an Verschuldung vorge-

(Ministerin Monika Heinold)

nommen hatten, in den laufenden Haushalten reißen, so war das ja früher. Die Schuldenbremse beinhaltet aber die Möglichkeit, im laufenden Jahr insbesondere für Infrastrukturprojekte, bei denen es sinnvoll ist, Sondervermögen zu bilden. Ich finde es richtig, dass wir die Mittel, die wir dort einstellen, auch nutzen können, um unsere Infrastruktur zu stärken.

Da muss man sich entscheiden, was man will. Ich finde den Weg der Sondervermögen richtig. Das ist der Weg der Landesregierung. Darüber werden wir in den nächsten Jahren mehrfach diskutieren. Sie haben dort eine klare Linie. Das haben Sie im Rahmen der Haushaltsberatungen auch deutlich gemacht. Mein Problem ist eher die CDU, die keine Linie hat, da sie einerseits sagt, wir müssten weniger Schulden machen und andererseits wieder für sehr viel mehr Ausgaben ist.

Meine Damen und Herren, wir haben inzwischen **eine Reihe von Sondervermögen**, das ist erwähnt worden, wir haben die Hochschulsanierung, um dort schneller voranzukommen, wir haben die energetische Sanierung mit 35 Millionen €, wir haben den Kommunaltopf „Kindertagesstätten, Schulen“. Und mit diesem Gesetz soll jetzt die Möglichkeit geschaffen werden, bis zu 8 Millionen € aus dem laufenden Haushalt in das Sondervermögen „Straßenbau“ zu geben, gerade auch, um eine Planbarkeit zu erreichen. Das ist sehr vernünftig.

Ein Blick in den Haushalt zeigt, Herr Koch, dass wir entweder die Möglichkeit haben, die energetische Sanierung zugunsten des Straßenbaus zu schröpfen oder aber den anderen Titel mit 15 Millionen € zu nehmen. Mir ist völlig unbegreiflich, warum Sie immer und immer wieder permanent vorschlagen, die energetische Sanierung in Schleswig-Holstein nicht voranzutreiben. Wir haben hier eine Haushaltsstelle mit 15 Millionen €. Im Ausschuss hatten wir diskutiert, dass das Geld zur Verfügung steht.

(Christopher Vogt [FDP]: Was machen Sie denn im Bundesrat?)

Das sind Gelder aus der energetischen Sanierung, die jetzt in das Sondervermögen gehen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Tobias Koch [CDU]: Frau Ministerin, der Vorschlag, Mittel aus der energetischen Gebäudesanierung in den Landesstraßenbau umzuwandeln, kam von der Kollegin Eka von Kalben. Denn beide Programmteile, PROFI A und PROFI B, sind Programme zur energetischen Sanierung und Energieeinsparmaßnahmen, einmal im Bereich der Landesimmobilien und bei PROFI B im Bereich von Dritten. Der Vorschlag kam von Ihren eigenen Parteifreunden.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn Sie jetzt sagen, bei PROFI B sind noch 7 Millionen € und bei PROFI A noch über 10 Millionen € übrig, für die es auch noch keine Projekte gab, so ist dann der Vorschlag durchaus nachvollziehbar.

(Beifall FDP und Johannes Callsen [CDU])

Monika Heinold, Finanzministerin:

Ich versuche, es Ihnen noch einmal zu erklären, Herr Koch. Mit dem **Sondervermögen „Energetische Sanierung“** nehmen wir, wie eben diskutiert, 35 Millionen € aus der Jährlichkeit heraus und haben 35 Millionen € für die energetische Sanierung. Mein Kenntnisstand der öffentlichen Liegenschaften ist, dass diese Mittel dringend gebraucht werden im Sinne der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Eindruck mag ein anderer sein, dann waren Sie aber nicht so viel in den öffentlichen Liegenschaften.

Wir haben außerdem den **Titel 83301** „Zuweisung für Investitionen an den öffentlichen Bereich zur Umsetzung von PROFI“. Wir haben es Ihnen im Ausschuss vorgelegt und deutlich gemacht, welche Kriterien es sind - und da geht es nicht nur um energetische Sanierung. Das sehen Sie schon an Ihrem Lieblingsbeispiel, Ampeln mit LED auszurüsten. Das ist eindeutig keine energetische Sanierung, es sei denn, Sie buchen das unter energetische Sanierung. Aber dann sollten wir tatsächlich einen Kaffee trinken gehen, weil wir dann ein ganz anderes Problem miteinander haben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

Tobias Koch [CDU]: Vielen Dank, Herr Präsident. Wir müssen keine Wortklauberei betreiben zwischen energetischer Sanierung und Energieeinsparmaßnahmen.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Das ist schon ein Unterschied!

Tobias Koch [CDU]: Sie sagten gerade, bei den Landesliegenschaften würde dringender Bedarf zur energetischen Sanierung bestehen. Nach Ihrem eigenen Bericht war es der Landesregierung bisher nicht möglich, für 10,2 Millionen € einen solch dringenden Bedarf nachzuweisen.

(Zuruf CDU: Ja, genau!)

Was denn nun: dringend oder nicht?

- Herr Koch, wenn Sie im Land unterwegs sind und sich die Liegenschaften ansehen und wenn Sie die Energiekosten unserer Landesliegenschaften betrachten, erkennen Sie, dass wir aus meiner Sicht einen dringenden Bedarf haben, energetisch zu sanieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Obwohl wir diesen Bedarf haben, arbeiten wir natürlich alles Stück für Stück und in Sorgfalt ab

(Christopher Vogt [FDP]: Landesstraßen!)

und schauen uns Gebäude für Gebäude an.

Herr Koch, der dringende Bedarf, den wir auch bei den Straßen und bei den Schlaglöchern haben, ist ein Bedarf, den Sie wahrscheinlich auch schon erkannt haben als Sie noch in Regierungsverantwortung waren. Das würde ich einmal vermuten. Da sind Sie ja nicht irgendwie übers Land geschwebt.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir haben aber etwas getan!)

Trotzdem haben Sie den Bereich anscheinend aus Ihrer Sicht nicht mit genug Mitteln ausgestattet.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie haben weiter gekürzt!)

Ich nehme jetzt einmal Ihre Sicht.

Ich höre heute von der Opposition zum Straßenbau: Es muss dringend gehandelt werden, das Landesvermögen darf nicht weiter verkommen: der Verschleiß von Autos, die Sicherheit, unterlassene Politik! Meine Damen und Herren, wir hatten sieben Jahre einen CDU-Finanzminister. Wenn Sie jetzt feststellen, dass wir im Bereich des Straßenbaus so katastrophal aufgestellt sind wie Sie es schildern, dann frage ich mich, wo Sie in den letzten Jahren waren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Rainer Wiegard [CDU])

Meine Damen und Herren, ich hoffe, es ist jetzt deutlich geworden, dass es sich um zwei unterschiedliche Haushaltstitel handelt. Einmal die **energetische Sanierung**; die bleibt. Sie sprachen noch den Bericht in der „Landeszeitung“ an. Ohne mich schlecht über Medien zu äußern, die Zeitungen geben teilweise das wieder, was Mann oder Frau sagt, teilweise schreiben sie auch ein bisschen mehr drumherum. Auf jeden Fall haben wir den Titel der energetischen Sanierung, der bleibt. Wir haben außerdem 15 Millionen € für **nachhaltige Finanzpolitik** - wie beschrieben. Das haben wir im Ausschuss miteinander diskutiert. Es gibt jetzt den Vorschlag, ein Sondervermögen zu machen.

Ich glaube, für den Straßenbau ist es vor allem zentral wichtig, dass wir in eine Planbarkeit kommen. Da ist das Sondervermögen ein gutes Instrument. Insofern: fröhliche Ausschussberatung!

Herr Koch, vielleicht haben Sie sich bis zur nächsten Debatte entschieden, ob Sie mehr Schulden oder weniger Schulden wollen. Das ist eine relativ einfache Aufgabe, die es zu lösen gilt. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich dann auch einmal entscheiden. Das macht den Dialog zwischen uns beiden vielleicht auch etwas einfacher.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Ministerin hat die Redezeit um 1 Minute überzogen, die jetzt allen Fraktionen zusteht. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Mit Drucksache 18/883 liegt Ihnen ein Gesetzentwurf der Fraktio-

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

nen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abgeordneten des SSW „Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Landesstraßen und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013“ vor. Die Antragsteller bitten darum, diesen Gesetzentwurf gemeinsam mit der Vorlage der Fraktion der CDU Drucksache 18/861 zur weiteren Beratung in den Ausschuss zu überweisen. - Ich sehe keinen Widerspruch. Der Gesetzentwurf wird in die Abstimmung aufgenommen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen. Es ist beantragt worden, die Gesetzentwürfe in den Drucksachen 18/861 und 18/883 federführend dem Finanzausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei zwei Gegenstimmen der Fraktion der PIRATEN so von allen anderen Fraktionen angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 21:

Vorbild sein - Steueroasen bekämpfen!

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/806

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die HSH Nordbank besitzt derzeit elf Tochterunternehmen, sogenannte Zweckgesellschaften, auf den Cayman Islands, auf den Bermudas, den Marshall-Inseln, dem Pazifik sowie auf den Kanalinseln Guernsey und Jersey.

Jeder von uns weiß, dass der **Zweck** dieser **Gesellschaften** darin liegt, für die Klienten der HSH Nordbank **steuerliche Vorteile** zu erwirken. Das hat beispielsweise auch die ehemalige Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, Heide Simonis, gegenüber dem „Schleswig-Holstein-Magazin“ am 29. Januar 2009 bestätigt, als sie Folgendes erklärt hat - ich zitiere -:

„Man geht auf die Cayman-Inseln, um Steuern zu sparen. Da haben alle Finanzminister auch darauf geachtet, dass das nicht zu viel wurde.“

„**Eigentum**“, liebe Kolleginnen und Kollegen, „**verpflichtet**“, heißt es in unserem Grundgesetz. Wir sollten uns daher auch verpflichtet fühlen, dass

dieses Eigentum nicht zum gesamtgesellschaftlichen Schaden eingesetzt wird. Eine Bank, die zu über 85 % im Besitz öffentlicher Anteilseigner ist, kann nicht gegen die Interessen des Gemeinwesens handeln.

Herr Andresen, Sie haben vor einem Monat hier im Plenum folgenden Satz gesagt - ich zitiere Sie -:

„Auch deutsche Banken beteiligen sich als Zwischenhändler an Finanzschiebereien. Hier kann nicht länger von Einzelfällen gesprochen werden. Das muss Konsequenzen haben.“

Weiter:

„Wer andere ... kritisiert und da Konsequenzen fordert, muss zunächst zu Hause aufräumen.“

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie recht Sie haben, Herr Andresen. Wir haben diesen Hilferuf gehört. Lassen Sie uns also gemeinsam gegen die von Ihnen erhobenen Vorwürfe vorgehen. Fangen wir da an, wo der Landtag ganz konkret gemeinsam handeln kann. Eine Ablehnung des Antrags von Ihnen heute erwarte ich deswegen mit Sicherheit nicht.

Im Finanzausschuss haben Vertreter der Bank klipp und klar ausgeführt, welcher Zweck mit den Gesellschaften verfolgt wird - die **Vermeidung von Steuerzahlungen**. Die Begründungen waren, dass das nicht Privatpersonen, sondern nur juristische Personen betreffe. Das, meine Damen und Herren, ist genau genommen nichts anderes als ein Taschenspielertrick.

(Beifall FDP)

Für den örtlichen Kindergarten und für die Kommune ist es nämlich völlig unerheblich, ob das Geld aus der Eigentum- oder der Gewerbesteuer generiert wird. Fakt ist, dass das Geld am Ende in der Staatskasse fehlt. Wer die Infrastruktur im Land nutzt, muss auch bereit sein, dafür angemessen zu bezahlen.

Lieber Kollege Harms, Sie haben im April 2012 hier im Landtag kritisiert, dass sich die Reichen mit Tricks ihrer Steuerschuld entzögen, während dem normalen Arbeitnehmer seine Steuern direkt vom Lohn abgezogen würden.

(Lars Harms [SSW]: Ja!)

Ich gehe davon aus, dass gerade Sie heute unserem Antrag zustimmen werden,

(Dr. Heiner Garg)

(Beifall FDP)

um schnellstmöglich diesen Tatbestand abzustellen.

Die **HSH Nordbank** führte im Finanzausschuss - wir waren beide dort und haben uns das angehört - weiter aus, dass das **regulatorische Umfeld**, sprich die Finanzaufsicht, in diesen Staaten günstiger sei.

(Lars Harms [SSW]: Ja!)

Wollen wir das dulden, Kollege Harms?

Die Bank führte aus, dass die **Refinanzierung** in den **Steueroasen** günstig sei. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Refinanzierung in diesen sogenannten Steueroasen ist doch nicht deswegen so günstig, beispielsweise auf den Cayman Islands, weil die dortige Bevölkerung eine besonders hohe Sparquote aufweist, sondern weil vor Ort unversteuertes Geld aus der ganzen Welt - im Übrigen auch aus Deutschland - angeboten wird, und mit der Refinanzierung zahlt die Landesbank dann auch wieder die Zinsen für dieses Geld.

Die Argumentation der Bank im Finanzausschuss, dass an den genannten Standorten keine **Quellen- und Kapitalertragsteuern** anfallen würden, war ein einziger Lobgesang auf Steueroasen. Dass die HSH Nordbank mehrfach erwähnt hat, dass sie im rechtlich zulässigen Rahmen operiere, ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, keine noble Geste, sondern eine schlichte Selbstverständlichkeit. Was denn sonst?

(Beifall FDP)

Sollen wir uns auch noch dafür bedanken, dass die Bank keine aktive Beihilfe zur Steuerhinterziehung leistet?

Die Bank hat keinen einzigen plausiblen Grund genannt, weshalb die Geschäfte, die von diesen Steueroasen aus getätigt werden, sich nicht auch von Kiel, London oder New York ausführen lassen würden.

Herr Dr. Stegner hat - wie man ihn kennt - am 20. Mai 2013 folgenden Satz gezwitschert:

„Und die Steueroasen (= Gerechtigkeitswüsten) müssen unter Druck gesetzt werden. USA zeigt Schweizer Banken, wie das geht!“

Herr Dr. Stegner, ich fordere Sie heute auf: Zeigen Sie auch der HSH Nordbank, wie es geht. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Ich gehe davon aus, dass Sie das mit Freude tun, ansonsten würde sich nicht nur ihr Gezwitscher, sondern würden sich Ihre ho-

hen moralischen Ansprüche als nichts anderes als hohle Luftblasen erweisen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Heiner Garg, der Kollege Stegner twittert nicht nur, er postet auch bei Facebook. Am 5. April dieses Jahres postete der SPD-Fraktionvorsitzende bei Facebook ein Satellitenfoto von den Cayman Islands.

(Heiterkeit)

Darauf ist ein Objekt besonders markiert, und es heißt:

„In diesem fünfstöckigen Gebäude haben 18.000 Unternehmen ihren Sitz.“

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wahrscheinlich auch die HSH Nordbank!)

Und darunter in dicken Lettern: „Steuerbetrug stoppen - jetzt SPD!“ Und Ralf Stegner schreibt dazu: „Steuerbetrug ist ein Verbrechen: Recht hat Peer Steinbrück!“

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück fordert: Wir sollten härtere Strafen für jene Finanzinstitute einführen, die zum Steuerbetrug einladen oder daran mitwirken.

(Beifall SPD und FDP)

Im äußersten Fall kann es auch zum Entzug der Banklizenz kommen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da hat die Landesbank ja Erfahrungen!)

Lieber Herr Dr. Stegner, sind Sie eigentlich sicher, dass in dem von Ihnen geposteten Gebäude nicht eine Gesellschaft der HSH Nordbank ihren Sitz hat, und zwar eine der drei Gesellschaften der **HSH Nordbank** auf den **Cayman Islands**, die im Jahre 2003 mit Ihrer Zustimmung im Aufsichtsrat gegründet worden sind? Haben Sie das geprüft, Herr Dr. Stegner, bevor Sie das Foto gepostet haben?

(Zurufe SPD)

(Tobias Koch)

Sind Sie absolut sicher, dass die drei mit Ihrer Zustimmung gegründeten Unternehmen auf den Cayman Islands etwas anderes machen als alle anderen 18.000 Unternehmen, denen Sie pauschal Steuerbetrug vorwerfen?

(Beifall FDP)

Können Sie das hier hieb- und stichfest belegen? Dann sollten Sie das gleich mit Ihrem Redebeitrag zweifelsfrei tun. Vermutlich werden Sie sich stattdessen um eine klare Antwort herumdrücken und lieber zu einer Tirade über die schlechte Oppositionsarbeit der CDU ansetzen.

Schockieren Sie mich, Herr Stegner! Äußern Sie sich ausnahmsweise einmal in der Sache!

(Beifall CDU und FDP)

Fakt ist: Diese drei Gesellschaften der HSH Nordbank auf den Cayman Islands verdanken ihre Entstehung der **Zustimmung** des **Aufsichtsrates** aus dem Jahre 2003, als Sie diesem angehörten. Damit stellt sich nun die Frage: Kann Peer Steinbrück der HSH Nordbank die Banklizenz für etwas entziehen, was Ralf Stegner im Aufsichtsrat beschlossen hat? Spannende Frage!

(Zurufe FDP)

Es ist der FDP und ihrem Antrag zu verdanken, dass diese Form von Doppelmoral der SPD und ihres Fraktionsvorsitzenden, dieses Auseinanderklaffen von markigen politischen Wahlkampforderungen einerseits und dem tatsächlichen politischen Handeln in Regierungsverantwortung andererseits, heute erneut deutlich gemacht wird.

(Beifall CDU und FDP)

Sicherlich lässt sich jetzt darauf hinweisen, dass die FDP während ihrer eigenen Regierungsverantwortung zweieinhalb Jahre Zeit gehabt hätte, diesen Antrag zu stellen und zu beschließen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da waren Sie ja dagegen!)

- Keine falschen Unterstellungen, Herr Kollege Kubicki. Ich vermute einmal, diesen Vorwurf werden die Regierungsfractionen gleich erheben. Er ändert jedoch nicht das Geringste an dem zugrunde liegenden Sachverhalt.

Meine Damen und Herren, was wird nun weiter mit diesen vorliegenden Antrag geschehen? Ablehnen können ihn die Regierungsfractionen wohl kaum. Also wird man ihn vermutlich in den Ausschuss überweisen, um ihn dort nach einiger Zeit möglichst geräuschlos zu beerdigen.

Zu diesem Zweck wird dann Finanzministerin Monika Heinold dem Ausschuss ihren Schriftwechsel mit der HSH Nordbank übermitteln. Und darin wird die HSH Nordbank hoch und heilig zusichern, dass über die bestehenden **Offshore-Engagements** auf den Cayman Islands, auf den Bermudas, oder auf den britischen Kanalinseln hinaus keinerlei neue Offshore-Aktivitäten, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt, geplant sind. Außerdem wird die HSH Nordbank versprechen, die bestehenden Gesellschaften irgendwann in der Zukunft, wenn man sie nicht mehr braucht, schrittweise in Teilen abzuwickeln. Ministerin Heinold wird dann diese „verbindliche und glasklare“ Zusage der HSH Nordbank als großen Erfolg für die Landesregierung bewerten, die einzig und allein ihrer persönlichen Initiative zu verdanken sei.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Frau Heinold, spätestens dann wird sich Ihre Doppelmoral nicht länger von der des SPD-Fraktionsvorsitzenden unterscheiden.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, Sie müssen sich jetzt entscheiden, welche Sichtweise Sie vertreten: Handelt es sich bei den Gesellschaften in Steueroasen um ein Verbrechen, weil man damit Steuerbetrug und Beihilfe zum Steuerbetrug begeht? Dann müssen Sie dem FDP-Antrag heute in der Sache zustimmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So schnell wie möglich!)

Wenn Sie das nicht tun und stattdessen argumentieren, dass die HSH Nordbank mit ihren Gesellschaften in Steueroasen weder selbst Steuerbetrug begeht noch Dritten dabei behilflich ist, sondern dass in diesem Fall die Gesellschaften lediglich dazu dienen, um mit internationalen Kunden und Investoren Geschäfte nach angelsächsischer Rechtsordnung abwickeln zu können, um dabei eine Doppelbesteuerung zu vermeiden, wenn Sie so argumentieren, dann sind Sie selbst der Doppelmoral überführt. Meine Damen und Herren, Sie haben die Wahl! - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der SPD hat die Frau Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es richtig klasse, dass ausgerechnet die FDP heute das Thema Steueroasen anschneidet, weil Sie, meine Damen und Herren von der FDP, in Sachen Steuern einen gewissen Ruf zu verteidigen haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Welchen denn?)

- Darüber können wir nachher gern reden, Herr Kubicki.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Das ist ein Thema, das mich als Sozialdemokratin schon seit Langem umtreibt. Wie Sie wissen, bin ich Steuerbeamtin. Dann nehmen Sie mir vielleicht auch ab, dass mich das Thema berührt, und zwar insbesondere meinen Sinn für Gerechtigkeit und meinen Sinn für einen verantwortlichen Umgang mit Ressourcen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg?

Beate Raudies [SPD]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte!

Dr. Heiner Garg [FDP]: Frau Kollegin Raudies, bei allem Respekt: Würden Sie mir freundlicherweise sagen, welchen Ruf die FDP, welchen Ruf ich im Hinblick auf Steueroasen zu verteidigen habe?

Beate Raudies [SPD]:

Meine Aussage bezieht sich auf - Ruf ist vielleicht das falsche Wort - die politischen Positionen der FDP in Steuerfragen, die sich von denen der SPD doch vehement unterscheiden. Sie haben sich in der Beziehung bisher nicht so hervorgetan, wenn es darum ging, steuerlich belastende Gesetze zu beschließen, sondern Sie haben sich häufig durch Gesetze hervorgetan, denen man nachsagen könnte, das sei Klientelpolitik.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Lassen Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki zu?

Beate Raudies [SPD]:

Gerne!

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Kollegin, würden Sie mir und dem Hohen Haus freundlicherweise erklären, wer die Steueramnestie 2004, 2005 im Deutschen Bundestag beschlossen hat - mit Nachzahlungssätzen, die deutlich unter denen der Steuerehrlichen gelegen haben?

- Da Sie das so fragen, wissen Sie genau, wer zu dieser Zeit im Bundestag die Mehrheit hatte. Das war nicht die schwarz-gelbe Koalition, wenn ich mich richtig erinnere. Aber Sie wissen auch, dass es die schwarz-gelbe Regierungskoalition war, die jetzt die Verhandlungen über das Steuerabkommen mit der Schweiz extrem vorangetrieben hat, das, wenn es beschlossen worden wäre, ganz andere Konsequenzen für das Schwarzgeld gehabt hätte, das da auf den Konten lagert.

(Beifall SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: So ein Unsinn! Als Steuerbeamtin, es ist wirklich traurig!)

- Ja, es ist okay, Herr Kubicki. Wenn Sie jetzt meine berufliche Reputation anzweifeln, wenn Ihnen an dieser Stelle nichts anderes einfällt, dann tut mir das leid.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] – Zurufe FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, Sie können jetzt zum Thema reden. Sie brauchen auf die Zwischenrufe nicht einzugehen. Ich bitte Sie, Zurückhaltung zu üben. - Danke schön.

Beate Raudies [SPD]:

Es ist bereits mehrfach gesagt worden: Die **HSH Nordbank** verstößt nicht gegen **geltendes Recht**. Das hat sie wiederholt ausführlich dargelegt. Dennoch ist nicht alles, was legal ist, auch in unserem Sinne. Das habe ich auch den Wortbeiträgen meiner Vorredner entnommen.

Unternehmen haben nicht nur **Verpflichtungen** gegenüber ihren Eigentümern. Sie sind auch **Teil unserer Gesellschaft** und haben sich an den Werten

(Beate Raudies)

und Vereinbarungen zu orientieren, für die sich eine Gesellschaft entscheidet. Dazu gehört auch die Bereitschaft, zur finanziellen Ausstattung der Gesellschaft beizutragen und Steuern zu zahlen. Diese Verantwortung übernimmt die HSH-Nordbank - das ist bereits mehrfach gesagt worden - für sich selbst. Wir haben keine Zweifel, dass sie das auch so tut, wie es selbstverständlich und rechtlich vorgesehen ist. Wir gehen auch davon aus, dass es keine Beihilfe zur Steuerhinterziehung oder ähnliches gegeben hat.

Ich will aber auch klarstellen: Die Engagements in sogenannten Steueroasen haben gerade den Zweck, über ein sogenanntes positives Unternehmensumfeld für Investoren eine **Steueroptimierung** zu erreichen. Das haben die Vertreter der HSH Nordbank im Finanzausschuss kürzlich ausdrücklich bestätigt. Dort hieß es, die Firmenkonstrukte in Niedrigsteuerländern dienten der Vermeidung einer internationalen Doppel- und Mehrfachbesteuerung beim Investor, die sich sonst negativ auf die Finanzierungskosten und die Kapitalrendite auswirken würde.

Das - ich habe es gehört - finden wir alle nicht gut. Wir stellen unterschiedlich in Rede, wie weit es notwendig war, dass sich die HSH Nordbank in der Vergangenheit an diesen Geschäftskonstrukten beteiligt hat. In der Vergangenheit musste es so sein, wenn man bei Finanzierungen mit im Boot sein wollte. Dann musste man das akzeptieren. Heute lässt sich natürlich fragen, ob es gut ist, wenn ein Geldinstitut, das mehrheitlich in öffentlicher Hand ist, solche Geschäfte macht, bei denen es sich diese Art von Bedingungen diktieren lässt. Würde man heute noch einmal entscheiden, sähe vieles anders aus. Das geht uns mit der HSH-Nordbank so, und das ist auch eine Erfahrung, die wir in vielen Bereichen aus der Finanzmarktkrise gezogen haben.

Wir wollen - das hat meine Partei im Bundestagswahlprogramm festgelegt - **Steueroasen** mindestens **europaweit trockenlegen**. Und diese Position wird ja langsam mehrheitsfähig: Die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G-20-Staaten haben sich bei ihren Treffen im April 2013 klar dafür ausgesprochen, den gegenwärtigen OECD-Standard zu einem automatischen Informationsaustausch weiterzuentwickeln. Auf dem EU-Gipfel in der vergangenen Woche haben die Staats- und Regierungschefs sogar beschlossen, bis Jahresende die Verschärfung des EU-Zinssteuergesetzes auf den Weg zu bringen und diesen automatischen Austausch von Bankdaten zum Regelfall zu machen.

Ja, wir möchten aus der Finanzkrise lernen. Wir wünschen uns das, was die FDP fordert, nämlich dass die HSH Nordbank die Engagements in den Steueroasen aufgibt. Wir wissen aber auf die Schnelle wirklich nicht, ob und wie wir das entscheiden können und welche Auswirkungen diese Entscheidung auf das Geschäftsmodell der Bank und ihre finanzielle Leistungsfähigkeit hätte. Wer eine Bank aus der Anbindung einer **Landesbank** entlässt und sie zu einer **Geschäftsbank** macht, der muss wissen, dass die Bank dann selbst für das operative Geschäft verantwortlich ist. Als Anteilseigner können wir über vieles entscheiden, aber nicht über alles. Was nützt uns ein Landtagsbeschluss, über den sich der Bankvorstand hinwegsetzen kann. Dann hätten wir hier keine glückliche Hand gehabt, das wäre kein gutes Zeichen.

Darüber würden wir gern im Ausschuss weiter debattieren. Vielleicht können wir im Ausschuss auch darüber reden, wieso die FDP die Forderung nach der Beendigung dieses Engagements in den sogenannten Steueroasen nur für die HSH und die Landesbanken erhebt, also die öffentlichen Banken, die aber im Wettbewerb mit Geschäftsbanken stehen.

(Widerspruch FDP)

Müssten dann nach den Regeln der Marktwirtschaft nicht konsequenterweise gleiche Regeln für alle gelten?

(Beifall SPD)

Es kann nicht Sinn Ihres Antrags sein, den privaten Banken einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, oder? - Ich bin gespannt auf die Diskussion und beantrage die Überweisung des Antrags in den Finanzausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]:
Was für ein Unsinn! - Weitere Zurufe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu meiner eigentlichen Rede komme, möchte ich kurz auf den Begriff **Doppelmoral** eingehen, der gerade lustigerweise von Schwarz-Gelb an uns herangetragen wird. Ich werde in meiner Rede sehr deutlich dazu sprechen, warum die antragstellende Partei, die FDP, im Be-

(Rasmus Andresen)

reich der Steuergerechtigkeit und der Steuerhinterziehung die wahre doppelmoralische Partei in der Bundesrepublik ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir haben als Koalitionsfraktionen im letzten Monat einen sehr guten Beschluss zur Verhinderung von Steuerhinterziehung gefasst. Die FDP hat diesen Beschluss abgelehnt. Er war ihr in einigen Fragen zu weitreichend. Das ist bei der Ansicht der FDP, dass steuermäßig alles legitim ist, was nicht illegal ist, kein Wunder.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

Dass Sie jetzt bei **Landesbanken** andere Maßstäbe anlegen als bei **privaten Banken**, ist allerdings reichlich fragwürdig. Für uns Grüne geht es heute darum, unsere Vorstellungen vom Kampf gegen Steuerhinterziehung, Steuerverkürzung und Steueroasen auch vor Ort in die Tat umzusetzen. Ich danke Herrn Garg dafür, dass er dieses Thema vor einigen Wochen im Finanzausschuss auf die Tagesordnung gesetzt hat. Das letzte Mal wurde 2009 auf Antrag der Grünen hin darüber berichtet, und das ist schon eine ganze Weile her. Es stimmt: Wir können Steueroasen nicht allgemein kritisieren und bei unserer eigenen Bank die Augen verschließen.

Gleichzeitig müssen wir ehrlich sein: Zum gegenwärtigen Zeitpunkt betreibt die **HSH Nordbank** Geschäfte in Steueroasen. Viele dieser problematischen Engagements werden zum Glück bereits abgebaut. Die Beteiligungen an den Private-Equity-Fonds sind größtenteils verkauft. Hier ist die Bank auf einem guten Weg. Bei den Objektgesellschaften gibt es keine so klare Aussage. Sie werden zwar abgebaut, aber die HSH will sich diese Option weiterhin offenhalten.

Noch kritischer sehe ich die Refinanzierungsgesellschaften. Die HSH Nordbank ist nach eigenen Angaben darauf angewiesen, Kapital auch offshore einzutreiben. Die emittierten Anleihen würden sich sonst wesentlich verteuern, weil die Anleger keine Steuerrisiken akzeptierten. Auch wenn hier keine Steuerhinterziehung stattfindet, so hat die HSH-Geschäftspolitik zumindest Anteil an dem Schattenfinanzsystem, das auf Steuerdumping und aggressive Steuergestaltung setzt.

Dies wird auch durch das **Schreiben** der **HSH Nordbank** an die **Finanzministerin** deutlich. Herr Koch, hier liegen Ihnen alle Informationen ganz transparent vor. Richtig, das ist der Unterschied zur Vorgängerregierung. Es gab im Finanzausschuss

am 16. Mai 2013 Aussagen des Finanzvorstands Ermisch dazu. Aus unserer Sicht waren diese allerdings sehr unbefriedigend. Ich meine damit die Aussagen des Finanzvorstands, nicht die Information der Landesregierung.

Es stellt sich die Frage nach den **Handlungsoptionen**, die wir haben. Es ist richtig, dass die Landesregierung im **Aufsichtsrat** der HSH Nordbank vertreten ist; das ist eine von 20 Stimmen. Gleichzeitig sind inklusive der EU-Auflagen zum neuen Geschäftsmodell viele Fragen von der Bank zu korrigieren. Die Politik hat hier selbst wenig Möglichkeiten.

Natürlich diskutieren wir hier nicht im luftleeren Raum, sondern vor dem Hintergrund der Bankenkrise und der wohl notwendigen **Garantierhöhung**. Wenn sich die Möglichkeit, hartes Kapital einzutreiben, für die HSH drastisch verschlechtert, so ist das ein echtes Millionenrisiko für den Landeshaushalt. Auch hier stehen wir in der Verantwortung.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, der Kollege Koch bittet darum, eine Zwischenbemerkung machen zu können. Lassen Sie diese zu?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege Andresen, Sie führten gerade aus, Schleswig-Holstein hätte nur einen von 20 Sitzen im Aufsichtsrat und erweckten damit den Eindruck, die Handlungsmöglichkeiten der Politik wären stark beschränkt. Mögen Sie dem Hohen Haus verraten, über wie viele Stimmen das Land Schleswig-Holstein und die Stadt Hamburg in der Hauptversammlung der HSH Nordbank verfügen?

- Die These meiner Aussage war, und das ist der Knackpunkt, dass wir als Landtag sowieso - aber auch die Landesregierung in Gestalt des Finanzministeriums - wenig Einflussmöglichkeiten auf das Geschäftsmodell der Bank haben. Wenn ich mich recht erinnere, dann sind es gerade Ihre Parteien, die noch weniger politische Kontrolle wollen und eigentlich dafür stehen, all dies den Bankern allein zu überlassen.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, natürlich.

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege, trotz Ihrer ausweichenden Antwort von eben frage ich: Wäre es nicht vielmehr zutreffend, dass Hamburg und Schleswig-Holstein als 85%-Eigentümer in der Hauptversammlung alles beschließen könnten, was politisch gewollt ist?

(Beifall Volker Dornquast [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

- Man kann **politische Beschlüsse** fassen. Die Frage ist aber, welche Konsequenzen diese politischen Beschlüsse konkret haben. Hier stelle ich in Zweifel, dass wir viele Handlungsoptionen haben. Dies habe ich eben in meiner Rede schon deutlich gemacht.

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr Kubicki, Sie können sich gern zu Wort melden. Ich finde es im Übrigen auffällig, dass Sie das erste Mal seit langer Zeit nicht im Rahmen der Debatte zur HSH Nordbank reden. Das könnte vielleicht damit zu tun haben, dass die Aussagen, die ich eben auf Ihre Fraktion bezogen genannt habe, in den letzten Wochen vor allem von Ihnen gefallen sind und dass gerade Sie solche Geschäftspraktiken oft verteidigt haben.

(Widerspruch CDU und FDP)

Von der antragstellenden FDP erwarte ich im Übrigen auch, dass Sie beantworten, welche Maßnahmen Sie in den letzten Regierungsjahren getroffen haben. Welche Maßnahmen haben Sie als regierungstragende Fraktionen in Gang gesetzt? - Welche Maßnahmen haben Sie als stellvertretender Ministerpräsident unterstützt? - Wo ist eigentlich der ehemalige Finanzminister Rainer Wiegand, der sonst nicht müde wird, zu betonen, dass unter ihm alles besser wird? - Diese Fragen stelle ich mir.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Natürlich.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Präsidentin, es scheint üblich zu werden, mir oder der FDP dauernd kriminogene Methoden zu unterstellen. Ich möchte den Kollegen Andresen wirklich bitten, konkret zu benennen, wo ich wann solche Geschäftspraktiken verteidigt habe.

(Zurufe SPD)

- Ich kann das, keine Angst. Ich habe Ihnen keine kriminellen Sachen vorgeworfen, sondern ich habe Ihnen vorgeworfen, dass für Sie solche Modelle, die nicht kriminell sind, moralisch legitim sind, weil sie rechtlich legitim sind. Darüber reden wir gerade. Ich kann aus einem Interview zitieren, das Sie als Präsidiumsmitglied Ihrer Partei der „Hessische/Niedersächsische Allgemeine“ gegeben haben. Quelle ist Ihr eigenes „Portal Liberal“ vom 9. April 2013. Ich glaube, das ist ein FDP-Portal. Auf die Frage: Was spricht gegen Gewinne im Ausland von deutschen Unternehmen? - ich erwidere dies jetzt auf die Banken, weil ich hier keinen großen Unterschied sehe - antworten Sie direkt:

„Überhaupt nichts. Ich habe aber ein gewisses Grundverständnis dafür, dass internationale Unternehmen jene Finanzplätze nutzen, bei denen ihre Steuerlast am geringsten ist.“

Auf diese Aussagen, von denen es von Ihnen noch wesentlich mehr gibt, spiele ich an. Wie gesagt, ich werfe Ihnen keine kriminellen Machenschaften vor, das liegt mir fern, aber ich kritisiere Ihre Positionen in dieser Frage und sage, dass wir als Rot-Grün hier eine deutlich andere Position haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Andresen, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Raudies?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Beate Raudies [SPD]: Herr Kollege Andresen, könnte sich Ihre Aussage von eben vielleicht auf eine Aussage des Kollegen Kubicki in einer Fernsehsendung beziehen, in der er

(Rasmus Andresen)

ausdrücklich gesagt hat: Was legal ist, ist auch legitim?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: In einem Rechtsstaat, junge Frau!)

- Auch darauf, obwohl ich gestehen muss, was mir auch schon vorgeworfen wurde, nämlich dass ich mir nicht so viele Talkshows ansehe, in denen der Kollege Kubicki sitzt.

Ich komme zurück zum Kern des Themas. Hier muss man auch in die Richtung der HSH Nordbank einige Sachen sagen. Ich erwarte von der **HSH**, dass sie alle **Geschäfte in Steueroasen** noch einmal **kritisch hinterfragt**, und zwar viel deutlicher, als das von ihren Vertretern in der letzten Sitzung des Finanzausschusses geschehen ist. Die Begeisterung und die Rechtfertigung für Offshore-Geschäfte scheinen bei vielen Verantwortlichen der HSH noch zu tief verinnerlicht zu sein.

Gleichzeitig ist aber auch klar, dass wir nicht darauf setzen können, dass Banken - seien sie staatlich oder privat - Vorteile nicht nutzen, solange sie **rechtlich möglich** sind. Das zu erwarten, wäre im Kern unpolitisch und kommt dem Gedanken der **Selbstregulierung** sehr nahe. Dass wir als rot-grünblaue Koalition - aber auch Rot-Grün auf Bundesebene - eine deutlich andere Meinung dazu haben, haben wir mit unserem Antrag in der Debatte im letzten Monat deutlich gemacht.

Wir müssen selbst aktiv werden und politisch dafür kämpfen, dass Steueroasen ausgetrocknet werden. Auch deshalb fordern wir noch **strengere Regeln** zum **Bankengeschäft im Ausland** und mehr Transparenz, beispielsweise durch die Offenlegung aller Beteiligungen und Kundenberatungen für Auslandsgeschäfte. Dies muss für Banken unabhängig davon gelten, ob die Anteilseigner öffentlich oder privat sind.

Näheres sollten wir - auch das hat die Kollegin Raudies schon beantragt - dann wirklich im Ausschuss beraten. Da können wir dann auch auf die unterschiedlichen Aspekte eingehen und vielleicht auch noch eine Stellungnahme der HSH Nordbank nach dieser Debatte - ich gehe fest davon aus, dass sie das verfolgen wird - einholen und schauen, wie wir uns insgesamt dazu positionieren. - Schönen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort für die Fraktion der PIRATEN erteile ich Herrn Abgeordneten Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die **HSH Nordbank** unterhält derzeit **13 Gesellschaften in Offshore-Gebieten**. Nach eigenen Angaben sind diese allesamt den deutschen Steuerbehörden bekannt, und sie versteuern ihre Gewinne im Einklang mit deutschem Recht. Die sieben Gesellschaften im Bereich der Kreditgeschäfte sind bereits als Abbau deklariert und müssen kurz- bis mittelfristig abgebaut werden. Der Antrag bezieht sich inhaltlich somit auf die verbleibenden sechs Gesellschaften, die dem Funding der Bank, also der Refinanzierung, dienen. Sie sind nach jetzigem Stand nicht zum Abbau vorgesehen. Aufgrund der Langfristigkeit käme in diesem Bereich generell nur ein langfristiger Abbau in Betracht.

Für den Fortbestand der Gesellschaften führt die HSH Nordbank an: Die Emission von Anleihen über ausländische Zweckgesellschaften seien internationaler Standard. Sie dienen vor allen Dingen der Vermeidung von Doppel- und Mehrfachbesteuerung auf Seiten der Investoren. Steuerliche Risiken durch die neue Steuergesetzgebung sowie jegliche Form von Mehrkosten bei der Emission müssten vermieden werden. - Mir ist neu, dass große Hedgefonds oder Finanzinstitute keine eigene Rechts- und Controllingabteilung besitzen, die sich mit dem spezifischen Steuerrecht von Handelsplätzen wie New York, London und Frankfurt auskennt.

Der wahre Grund für Offshore-Gesellschaften liegt in der **geringen Regulierung** und der **laxen Bankenaufsicht**.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die HSH Nordbank geht in ihrer Argumentation sogar noch weiter und versichert, dass sie weder für sich noch für andere durch eine unangemessene Gestaltung Steuervorteile erzielen würde. Sie würde sich weder aktiv noch passiv an Steuerhinterziehung oder Steuerverkürzung beteiligen. - Es ist kein rühmliches Verhalten, sich an geltendes Recht zu halten, sondern eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall PIRATEN)

Ich bin mir sicher, dass wir alle hier eine deutlich andere Auffassung von dem Begriff unangemessen-

(Torge Schmidt)

ne Gestaltung zur Erzielung von Steuervorteilen haben. Die **Steuervermeidungspolitik** - auch bei der HSH Nordbank - ist doch gerade geprägt von laxer Bankenregulierung und niedrigen Quellensteuern. Die Bank profitiert von der niedrigen Steuerbelastung ihrer Investoren. Es ist vollkommen unerheblich, ob dies direkt oder indirekt durch eine fehlende Überwälzung geschieht.

Sehr geehrte FDP-Fraktion, eine Bank in öffentlicher Hand sollte Vorbild sein.

(Beifall PIRATEN)

Doch Steueroasen lassen sich nicht bekämpfen, wenn wir nicht die **rechtlichen Grundlagen** schaffen. Solange es legitim ist, solche Geschäftstätigkeiten in dieser Weise zu vollziehen, werden es Banken tun. Wir brauchen eine europäische Lösung für einen Austausch von Bankdaten, und zwar vor 2015. Verschleierung und Steuerhinterziehung müssen erkannt und bestraft werden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für den SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass die Küstenkoalition Geschäften in und mit Steueroasen kritisch gegenübersteht, muss ich hier nicht weiter ausführen. Die **HSH Nordbank** nutzt **für sich** keine Steueroasen, um ihre eigene Steuerlast in Deutschland zu reduzieren. Das wurde uns im Finanzausschuss auch noch einmal bestätigt. Was wir jedoch zur Kenntnis nehmen müssen, ist, dass die HSH Nordbank, wie jede Bank, **Kunden** hat

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- lieber Kollege Kubicki -, die solche Standorte in Anspruch nehmen wollen. Die Frage ist jetzt: Was können wir in einer solchen Situation tun? - Ein sofortiges **Verbot** von solchen Geschäftsbeziehungen wäre für die HSH Nordbank nicht unbedingt vorteilhaft, jedenfalls nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Ich glaube nicht, dass die Bank es sich leisten kann, Kunden zu verlieren. Es geht hier nicht um ein Geschäftsmodell, das auf Steuerhinterziehung ausgerichtet ist, sondern um eine Anforderung, die durch

die Kunden gestellt wird. Bekommen die Kunden einen solchen Standort nicht zur Verfügung gestellt, wandern sie ab. Viel weiter werden wir in dieser Diskussion deshalb nicht kommen können, denn hier muss ganz klar eine langfristige **internationale Lösung** angestrebt werden. Zugleich macht es wenig Sinn, die Unterbindung von Geschäften mit Steueroasen von nur einer einzigen Bank zu fordern. Eine umfassende Verhinderung von Steueroptimierung - wie es im Fachjargon heißt - kann nur erfolgen, wenn die gleichen Regeln für alle Banken gelten. Alles andere wäre inkonsequent.

Wie man allerdings bei der HSH Nordbank gegen die Nutzung von Steueroasen als Standort sein kann und dabei gleichzeitig gegen den Ankauf von Steuersünder-CDs - da reden wir wirklich über Steuerhinterziehung - sowie der Aufhebung der strafbefreienden Selbstanzeige, das ist mir schon sehr schleierhaft, denn da reden wir wirklich über Steuerhinterziehung, da könnte man wirklich etwas gegen Steuerhinterziehung machen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fest steht, dass die **Bekämpfung** der Steueroasen **europaweit** oder sogar **weltweit** geschehen muss. Alles andere wäre nicht besonders zielführend. Der britische Premierminister David Cameron hat es vorgemacht. In einem Brief an die Kanalinseln Jersey und Guernsey sowie an Gibraltar und die Bermudas fordert er zu mehr Transparenz in Sachen Steuern auf, und darüber hinaus will er Steuerflucht zum zentralen Thema des nächsten G-8-Gipfels machen, denn wie Cameron sagt - ich zitiere -: Es macht keinen Sinn, Steuerflucht in einem Land anzugehen, wenn das Problem einfach in ein anderes verlegt werden kann.

Was wir also hier im Landtag machen können, ist, dass wir uns dieser Aussage anschließen, um den Druck auf die Steueroasen zu erhöhen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich, gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Harms, obwohl ich weiß, dass Differenzierungen schwierig sind, bitte ich Sie trotzdem, zur Kenntnis zu nehmen, dass es einen Unterschied machen kann, ob man gegen die

(Lars Harms)

Verwendung von Steuerdaten von CDs ist - was ich und die FDP-Fraktion nicht sind -, aber dass wir gegen die Bezahlung solcher Daten sind, das heißt, dass wir Kriminelle nicht dafür belohnen wollen, kriminelle Taten begangen zu haben. Ist das möglicherweise auch bei Ihnen in dieser Differenzierung möglich?

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

- Das ist auch bei mir in der Differenzierung möglich, allerdings ist es eine Frage der Abwägung. Unsere Abwägung ist eine andere, weil wir den Tatbestand der Steuerhinterziehung auch als eine schwere Straftat, als schweres Vergehen - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja, aber Ihre Behauptung war die, wir seien gegen die Verwendung von Steuerdaten!)

- Darf ich Ihre Frage beantworten, lieber Kollege?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dürfen Sie gern!)

- Das ist doch nett. Wir sehen Steuerhinterziehung eben auch als ein schweres Vergehen an und wägen das ab. Wir sind der Auffassung - da bin ich bei dem Beispiel des Kollegen Garg, der mich vom letzten Mal zitiert hat -: Es kann nicht angehen, dass Leute, die normal arbeiten, ihr Geld und ihre Steuern einfach vom Konto beziehungsweise vom Lohn abgezogen bekommen und demjenigen, der in der Lage ist, ins Ausland zu gehen und Steuern zu hinterziehen, nicht nachgestellt wird. Da muss es Mittel und Wege geben. Und diese Steuer-CDs sind diese Mittel und Wege.

(Zuruf Rainer Wiegard [CDU])

Deswegen sind wir der Auffassung, dass diese Steuer-CDs weiterhin genutzt werden müssen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Stimmen Sie unserem Antrag doch zu!)

Auch in Deutschland haben einige Politiker der Steuerhinterziehung den Kampf angesagt. So hat **Peer Steinbrück** einen **Acht-Punkte-Plan gegen Steueroasen** präsentiert. Anonymen Stiftungen und Briefkastenfirmen soll künftig der Garaus gemacht werden. Zudem regt Steinbrück an, dass man die Medien im Sinne der Steuergerechtigkeit nutzen könnte. Die ermittelten Daten der Medien können an die Steuerbehörden weitergegeben werden, damit diese ermitteln können. Dies kann man natürlich prüfen, insbesondere, ob dies rechtlich einwandfrei möglich ist, ohne gegen die Pressefreiheit

und den Quellenschutz der Journalisten zu verstoßen. Vielleicht ist ja hier auch eine freiwillige Lösung möglich.

Der Wille zur Trockenlegung der Steueroasen bestätigt nur, dass unser Beschluss zum Ankauf von Steuer-CDs eben der richtige war. Das gilt auch für unser Anliegen zur Ausweitung der Steuerfahndung sowie die Verlängerung der Verjährungsfristen. Die ersten Schritte in Richtung **Steuergerechtigkeit** sind also schon gemacht. Doch auch hier ist der Weg noch nicht zu Ende. Nur wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, kann es uns gelingen, die Steuerschlupflöcher konsequent zu schließen. Das sind wir den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern hier im Land auch schuldig.

Wir beantragen daher die Überweisung in den zuständigen Ausschuss und wollen uns auch gern nicht nur über die HSH Nordbank unterhalten, sondern über die Steuerproblematik und Steuerhinterziehungen allgemein. Möglicherweise kommt ein vernünftiger Antrag dabei heraus.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Heiner Garg von der FDP-Fraktion.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie sich den Antrag der FDP-Fraktion genau angucken, gibt es da relativ wenig, was im Ausschuss beraten werden muss. Der Antrag ist klipp und klar, er ist kurz und präzise. Es ist ein eindeutiges politisches Signal. Es ist die Aufforderung, insbesondere Ihren moralischen Ansprüchen, Herr Dr. Stegner, die Sie hier immer wieder erheben, Taten folgen zu lassen.

Meine Fraktion beantragt daher namentliche Abstimmung in der Sache und keine Ausschussüberweisung. Ich will darauf hinweisen, dass wir uns nach den mehrfachen Vorwürfen und Anwürfen insbesondere an die FDP-Fraktion, in dieser Frage nicht an das Pairing-Abkommen gebunden fühlen. - Herzlichen Dank.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Stegner, Sie melden sich zur Geschäftsordnung? - Auch wir haben hier gerade diskutiert. Bitte!

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Uns ist eben übermittelt worden, dass die FDP-Fraktion die dienstlich entschuldigte Kollegin Regina Poersch, die im Ausschuss der Regionen für das Land Schleswig-Holstein sitzt, nicht pairen möchte. Ich bitte darum, die Sitzung für 15 Minuten zu unterbrechen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich schlage vor, dass die Fraktionsvorsitzenden und der Ältestenrat hier zusammenkommen?

(Widerspruch)

- Sie wollen sich untereinander beraten? Gut. Dann setzen wir die Sitzung hier um 12:35 Uhr fort. Ist das ausreichend? - Okay. Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung: 12:23 Uhr bis 12:44 Uhr)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich eröffne wieder die Sitzung. Wir befanden uns noch in der Aussprache. Mir ist gerade signalisiert worden, dass sich der Kollege Harms gemeldet hat. - Jetzt weiß ich gar nicht, wo er gerade ist. Er hatte sich gemeldet, jetzt ist er aber nicht mehr da. - Doch, da ist er.

Wir fahren in der Aussprache fort. Herr Abgeordneter Harms, Sie haben das Wort für die Abgeordneten des SSW.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich spreche hier im Namen unserer Koalitionsfraktion. Wir sind sehr daran interessiert, dass wir vernünftig zusammenarbeiten und zu einer vernünftigen Regelung kommen. Niemand aus unserer Koalition hat der FDP vorgeworfen, in irgendeiner Art und Weise an kriminellen Handlungen teilgenommen zu haben. Ich kann mich erinnern, dass der Kollege Andresen sogar auf Zuruf des Kollegen Kubicki noch gesagt hat: Das war so nicht gemeint. Sollte das missverstanden worden sein, so war das nicht das, was wir wollten.

Nach unserer Auffassung sollte es nie so sein, dass irgend jemand aus diesem Hohen Haus jemand an-

derem aus dem Haus kriminelle Handlungen vorwirft. Daran werden wir weiter festhalten. Wir würden uns freuen, wenn diese Erklärung dazu beitragen könnte, dass wir in der Lage wären, heute über eine Ausschussüberweisung entsprechend auch abstimmen zu können. Ich hoffe, dass wir uns auf dieser Ebene entsprechend begegnen können.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Eine weitere Wortmeldung liegt von Wolfgang Kubicki von der FDP-Fraktion vor. Ich erteile ihm das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal danke ich dem Kollegen Harms für die Klarstellung, die mich nicht befriedigt, aber darauf kommt es auch nicht an. Sie wird nicht dazu beitragen, dass die Empörung der FDP-Fraktion sich legt. Gleichwohl wissen alle Beteiligten in diesem Hohen Haus, dass ich dazu stehe, dass wir uns, was Frau Poersch angeht, an die gegebenen Zusagen halten werden. Wir werden auf jeden Fall Frau Poersch pairen. Ansonsten könnte man sich auf nichts mehr verlassen. Ich war immer der Auffassung, dass man keinen Kranken für eine Abstimmung in den Plenarsaal holen sollte.

Deshalb erkläre ich für meine Fraktion, Frau Präsidentin, auch wenn alle anwesend sind, dass Sie jedenfalls davon ausgehen können, dass so viele Personen meiner Fraktion, die die Abgeordneten der SPD-Fraktion pairen oder ersetzen müssten, an der Abstimmung nicht teilnehmen werden, damit die Koalitionsmehrheit sichergestellt ist.

Wir wissen nicht so genau, wie viele Abgeordnete bei der SPD abwesend sind

(Zuruf SPD)

- drei sind abwesend -, also werden drei Mitglieder der FDP-Fraktion, mich eingeschlossen, dann bei der Abstimmung als nicht anwesend zu betrachten sein. Gehen Sie davon aus, dass wir das Pairing trotz nach wie vor starker Emotionen einhalten werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Ich erteile jetzt für die Landesregierung der Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die FDP fordert, dass die **HSH Nordbank** künftig keine Geschäfte mehr in **Steeroasen** tätigt - eigentlich eine Selbstverständlichkeit; denn es handelt sich bei der HSH Nordbank um eine Bank in überwiegend öffentlicher Trägerschaft.

Umso mehr drängt sich die Frage auf, warum bisher keine Landesregierung diese Forderung gestellt beziehungsweise umgesetzt hat, obwohl bereits seit Jahren klar ist, dass wir im Kampf gegen Steuerbetrug und internationales Steuerdumping ein viel schärferes Vorgehen gegen **Offshore-Regionen** benötigen. Die FDP, im vergangenen Jahr noch Teil der Regierung, wird diese Frage in eigener Regierungsverantwortung mit Sicherheit intensiv geprüft haben und wird wissen, warum ihr heutiger Landtagsantrag etwas einfacher klingt, als er tatsächlich umzusetzen ist.

Meine Damen und Herren, zuerst möchte ich die Frage beantworten, welche Art von Geschäften die HSH Nordbank in sogenannten Offshore-Regionen - etwa den Cayman Islands - tätigt. Ich habe den Vorstand der HSH Nordbank im Hinblick auf die Geschäftstätigkeit der Bank in Offshore-Regionen bereits am 19. April 2013 angeschrieben. Der Vorstand hat die Geschäfte in dem Bereich daraufhin erläutert und dies - auch infolge des FDP-Antrags - dem Finanzausschuss gegenüber mündlich wie schriftlich übermittelt. Das heißt, den Konjunktiv, den Sie noch verwendet haben, Herr Koch, brauchen wir nicht mehr. Sowohl das **Schreiben** der **HSH** als auch mein Schreiben in der Reaktion darauf liegen Ihnen vor.

Danach hat die HSH die Zahl ihrer Beteiligungen in Offshore-Regionen seit Ende 2008 um 75 % reduziert, von damals 50 auf aktuell noch 13 Beteiligungen. Der Vorstand hat auch deutlich gemacht, dass die HSH in den Offshore-Regionen nicht in der Verwaltung von Konten und Depots von Privatpersonen tätig ist und ihre Informationspflichten gegenüber den Finanz- und Aufsichtsbehörden vollauf erfüllt.

Im Wesentlichen sind drei Arten von Offshore-Beteiligungen zu unterscheiden:

Zum Ersten hat die HSH in der Vergangenheit **Fonds-Anteile** von sogenannten **Private-Equity-Fonds** erworben, die ihren Sitz unter anderem in Offshore-Regionen haben. Die Bank hat die Beteiligungen an diesen Fonds veröffentlicht und die Erträge aus den Fonds in Deutschland in vollem Umfang versteuert. Die Bank hat ihre Fonds-Anteile in den Jahren 2011 und 2012 komplett verkauft. Hier von ausgenommen sind noch zwei Beteiligungen, die aber nun ebenfalls zum kurzfristigen Verkauf anstehen. Neue Investitionen in Offshore-Fonds sind von der Bank nicht geplant, da sie nicht im Einklang mit ihrem jetzigen Geschäftsmodell stehen.

Zum Zweiten hat die Bank in der Vergangenheit in den Offshore-Gebieten sogenannte **Objektgesellschaften** gegründet. Solche Gesellschaften werden zum Beispiel für die Container-Finanzierung gegründet, um sicherzustellen, dass die Bank direkt auf die Container als Sicherungsgut zugreifen kann, wenn ein Kredit nicht zurückgezahlt wird. Nach Aussage der Bank hat dies nichts mit dem Erzielen von Steuervorteilen zu tun, sondern ist einzig den Vorzügen des dort geltenden Rechts geschuldet. Die Bank plant zwar, ihre noch verbleibenden Objektgesellschaften in den Offshore-Regionen zu liquidieren; sie hält sich aber offen, im Einzelfall solche Gesellschaften weiter zu nutzen, wenn es für die Sicherstellung eines Neukredits im internationalen Recht erforderlich ist.

Zum Dritten hat die HSH in den Offshore-Gebieten **Funding-Gesellschaften** gegründet, um die internationale Finanzierung der Bank und ihrer mittelständischen Kunden zu stärken. Es geht also darum, auf den internationalen Kapitalmärkten Kapital für die Bank und ihre mittelständischen Kunden einzusammeln. Bei internationalen Emissionen ist die Nutzung ausländischer Funding-Gesellschaften nach Auskunft der Bank üblich, unter anderem, weil ausländische Investoren mit dem deutschen Recht und den deutschen Anlagegesellschaften nicht so vertraut sind.

Die HSH hat erklärt, dass diese Form der Refinanzierung aus Deutschland heraus nicht erfolgreich geführt werden könne, weil eine Platzierung im internationalen Investorenkreis sonst ausgeschlossen sei oder zumindest mit einem deutlichen Anstieg der Refinanzierungskosten zu rechnen wäre. Die Funding-Gesellschaften sind von der Bank deshalb auch nicht zum Abbau vorgesehen, da ihre Schließung zu einer Schwächung der Kapitalbasis führen würde.

(Ministerin Monika Heinold)

Meine Damen und Herren, für die Landesregierung ist von zentraler Bedeutung, dass der Vorstand in aller Deutlichkeit klargestellt hat, dass sich die Bank weder aktiv noch passiv an Steuerhinterziehung oder Steuerverkürzung beteiligt.

So lange die Bank in Offshore-Regionen arbeitet, können wir aber nicht mit Sicherheit ausschließen, dass dies von Dritten dazu genutzt wird, weniger Steuern zu zahlen. Deshalb ist es genauso wichtig, dass sich die HSH mit der Neuausrichtung ihres Geschäftsmodells zunehmend aus den Offshore-Regionen zurückzieht. Es muss das **Ziel** sein, dass die Bank ihre **Aktivitäten in Steueroasen** weiter konsequent **reduziert**. Wenn die Bank ein Offshore-Engagement auch künftig beibehalten will, so ist dies entsprechend den hohen Maßstäben, die an ein Unternehmen in öffentlicher Hand gestellt werden, zu begründen.

Die Frage, wie es gelingen kann, dass sich die Bank mittelfristig auch im Bereich der Refinanzierung aus Steueroasen zurückzieht, wird deshalb weiterer Diskussionspunkt zwischen den Anteilseignern und der Bank sein. Auch dieses habe ich der Bank schriftlich mitgeteilt.

Der Antrag der FDP könnte so verstanden werden, dass das verbleibende Refinanzierungsgeschäft umgehend beendet werden sollte. Dieses, meine Damen und Herren, wäre aus unserer Sicht auch problematisch, weil wir mit Marktreaktionen rechnen müssten.

Nach Auskunft der Bank würde das dazu führen, dass sie Kapital verliert, welches sie zurzeit dringend benötigt und - wie sie sagt - nicht anders ersetzen kann. Wir wissen ja alle um die Eigenkapitalproblematik der Bank.

Meine Damen und Herren, einen weißen Ritter haben wir für die Bank noch nicht gefunden. Aber es gibt internationale Kapitalgeber, die der Bank Geld leihen. Die Herausforderung besteht nun darin, nach Möglichkeiten zu suchen, wie dies auch ohne Aktivitäten in Offshore-Regionen funktionieren kann.

Das ist die Herausforderung für die Bank, und die Erwartung der Landesregierung ist es, dass sich die Bank dieser Herausforderung stellt. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Daher schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag in der Drucksache 18/806 an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die PIRATEN. Wer lehnt die Ausschussüberweisung ab? - Das sind die Mitglieder der Fraktionen von CDU und FDP. - Damit ist die Ausschussüberweisung mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, entgegen der vorherigen Verabredung, den Tagesordnungspunkt 27 noch aufzurufen, haben sich die Parlamentarischen Geschäftsführer und -führerinnen darauf verständigt, jetzt in die Mittagspause eintreten zu wollen.

Ich möchte Ihnen, bevor Sie jetzt alle den Saal für die Mittagspause verlassen, den Hinweis geben, dass Sie diese auch auf der Terrasse vor dem Plenarsaal an der Kiellinie verbringen können. Dort wird es um 13:15 Uhr ein Konzert des Marinemusikkorps Ostsee geben. Der Hintergrund ist der Geburtstag der Marinemusik. Sie sind alle herzlich eingeladen, an diesem kleinen Platzkonzert teilzunehmen.

Wir werden die Sitzung jetzt unterbrechen und Sie um 14 Uhr fortsetzen.

(Unterbrechung: 12:57 bis 14:04 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung. Ich darf auch von dieser Stelle noch einmal ganz herzlich dem Marinemusikkorps Ostsee für dieses fantastische Platzkonzert danken.

(Beifall)

Ich hoffe, dass wir viel von den wohltemperierten und harmonischen Tönen, die wir eben gehört haben, in die Debatte übertragen können.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 50 und 54 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Bericht über die Sicherung der schleswig-holsteinischen Theater und ihrer Standorte**

(Präsident Klaus Schlie)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/698

b) Bericht über die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Kulturförderung

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/794

Ich erteile der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Frau Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte mich ausdrücklich bei dem Marinemusikkorps für dieses kleine Konzert bedanken. Ich füge hinzu, dass Herr Schipanski, der Dirigent, und auch die Musiker über den Musikerverband an unserem Thema beteiligt sind. Auch sie beteiligen sich an dem Thema kulturelle Bildung. Darauf werde ich gleich zurückkommen.

Wenn wir heute über kulturelle Kinder- und Jugendbildung, über Theater und die Zukunft der schleswig-holsteinischen Kulturförderung sprechen, dann sind das drei der wichtigsten Schwerpunkte der **Kulturpolitik** meines Hauses. Schon jetzt gibt es viele Kooperationen zwischen Schulen, Kitas und Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Kultureinrichtungen in Schleswig-Holstein. Diese positive und fruchtbare Zusammenarbeit wird vielfach nicht richtig wahrgenommen oder gewürdigt. Das will ich ändern. Ich wünsche mir, dass die **kulturelle Bildung** stärker in den Fokus unserer Aufmerksamkeit rückt.

Ich möchte, dass Lehrkräfte und Schüler, Dozenten in Musikschulen und Volkshochschulen, Künstlerinnen und Künstler aus den LAGs genauso wie aus den professionellen Verbänden stolz darauf sind, was sie leisten. Gleichzeitig gilt es aber auch, weitere Chancen und Potenziale für eine Verstärkung und Verstetigung deutlich zu machen und zu ergreifen.

Meine Damen und Herren, das Jahr der kulturellen Bildung, wie ich es gemeinsam mit der Bildungs- und Sozialministerin im nächsten Jahr ausrufen werde, bietet die große Chance, das Thema landesweit in den Mittelpunkt zu stellen. Bildungsträger, Künstlerinnen und Künstler und Kultureinrichtungen sollen für weitere Kooperationen gewonnen werden. Schulen, Schulverwaltung und auch das

IQSH werden sich aktiv in dieses Netzwerk einbringen.

Eine Auftaktveranstaltung im Herbst dieses Jahres soll die unterschiedlichen Akteure zusammenbringen und die verschiedenen Perspektiven in der kulturellen Bildung erörtern, zur Diskussion stellen und nach praktischen Lösungen suchen. Mit der neu eingerichteten Projektstelle in der Kulturabteilung meines Hauses können wir nun wirklich Fahrt aufnehmen. Ich erwarte mir neue Impulse, Anregungen und Vernetzungen von der neuen Mitarbeiterin. Die Kollegin wird die Gespräche mit möglichst vielen Beteiligten führen, um für weitere Aktivitäten im Bereich der kulturellen Grundbildung zu werben und ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Konzept zur Sicherung der öffentlichen Theater und des Theaterstandorts Schleswig stellt die Lage der öffentlichen Theater, ihre Stärken und ihre Probleme dar, nimmt ein Benchmarking vor und benennt konkrete Handlungsbedarfe. Es hat bundesweit Beachtung gefunden und wird im Land bereits intensiv diskutiert.

Die Theaterstruktur Schleswig-Holsteins ist wesentlich durch die drei öffentlichen Theater Kiel, Lübeck und Landestheater mit ihrem Mehrspartenbetrieb geprägt. Im Bundesvergleich sind die Theater gut aufgestellt. Auch das geht aus unserem Theaterkonzept hervor. Sie sparen, und sie wirtschaften sparsam. Die Theater und ihre Träger kämpfen aber zunehmend mit einem strukturellen Finanzierungsdefizit aufgrund der Deckelung der FAG-Zuweisungen seit 2007 und das bei steigenden Personalkosten.

Wäre die Dynamisierung der **FAG-Mittel** nicht eingefroren worden, hätten sich die Zuweisungen seit 2007 um rund 8 Millionen € erhöht. Das sind 8 Millionen €, die die Theater und ihre kommunalen Träger aufgefangen haben. Um die **Theater** und Orchester in ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung für unser Land zu sichern, schlagen wir im Theaterkonzept die Wiedereinführung der **Dynamisierung** ab 2014 mit 1,5 % für zunächst fünf Jahre vor.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir verbinden dies zugleich mit kulturpolitischen Zielen, die mit den Theatern und ihren Trägern zu verhandeln sind. Diese Häuser der kreativen Aus-

(Ministerin Anke Spoorendonk)

einandersetzung sollen sich weiter öffnen, den Austausch mit ihrer Umgebung mit anderen - auch freien - Theatern und mit neuen Zielgruppen suchen. Diese Rolle der Theater als Identifikationspunkte in der Region und Treffpunkte zum kreativen Austausch wollen wir weiter befördern und weiter stärken.

Das Landestheater hat mit der Schließung des baufälligen **Theaters Schleswig** ein zusätzliches Problem zu bewältigen, wie wir alle wissen. Über unser Angebot, den Hesterberg für einen Theatercampus oder ein Kulturzentrum zur Verfügung zu stellen und für die Lagerung der Volkskundesammlung eine neue Lösung zu finden, wurde in den letzten Wochen intensiv diskutiert. Gelingt uns diese Lösung, dann hat Schleswig-Holstein in kultureller Hinsicht zweifach gewonnen.

Gerade gestern haben sich kommunale Landesverbände, Kreis, Stadt, Land und Theater zusammengesetzt. Alle Beteiligten sind entschlossen, den Theaterneubau in Schleswig auf Grundlage der vorgelegten Machbarkeitsstudie einschließlich der darauf basierenden Finanzierung zu unterstützen. Es wurden konkrete Schritte vereinbart, wie in gemeinsamer Verantwortung die Finanzierung sichergestellt werden kann.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber, meine Damen und Herren, wie geht es neben den öffentlichen Theatern weiter? Wie kann die Kulturpolitik auf neue gesellschaftliche Bedingungen eingehen? Wie kann die sehr lebendige freie Kulturszene Schleswig-Holsteins gemeinsam mit den großen strukturgebenden Institutionen bestmöglich gefördert werden?

Am 17. Mai habe ich den Startschuss für den „Kulturdialog Schleswig-Holstein“ gegeben. Ich möchte im Frühjahr nächsten Jahres ein Kulturkonzept für das Land vorlegen: Die **Kulturperspektiven**. Für die Projektleitungsgruppe sind wir im Gespräch mit namhaften Persönlichkeiten des Landes. Gern möchte ich auch die kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen dieses Hauses mit am Tisch haben. Ich weiß, dass die Einladungen schon verschickt worden sind.

Eine zielgerichtete Kulturpolitik geht uns alle an. Wir wollen die Identifikation mit dem, was Schleswig-Holstein ausmacht, steigern. Ich bin davon überzeugt, dass wir eine Selbstvergewisserung unserer Identität brauchen und dass die Kultur der Weg dahin ist.

Meine Damen und Herren, was ich allerdings nicht möchte, sind Initiativen, die nur dazu da sind, Kürzungen zu bemänteln oder zu legitimieren. Ich möchte, dass wir mit den Mitteln, die wir einsetzen können, eine substanziell gute Kultur in unserem Land pflegen können. Im **Kulturdialog** sollen sich deshalb Akteure aus der Kulturszene, aus Verwaltung, Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft mit den kulturpolitischen Leitlinien befassen, die wir veröffentlicht haben.

Die Thesen sind nicht in Stein gemeißelt. Sie können gern hinterfragt werden. Wichtig ist mir allerdings, dass sie in Strategien und konkrete Prozesse umgewandelt werden. Dafür habe ich vier Arbeitsgruppen ins Leben gerufen. Wir sind gerade dabei, diese Arbeitsgruppen zusammenzustellen. Sie sollen sich spartenübergreifend den Hauptthemen des Dialogs widmen, nämlich: das kulturelle Erbe gestalten, ästhetische Bildung fördern und kulturelle Teilhabe ermöglichen, den Kulturstandort Schleswig-Holstein stärken und auch unsere Förderstrukturen kritisch unter die Lupe nehmen. Vielleicht gelingt es uns auch, neue Einnahmequellen zu erschließen. Die zentrale Frage lautet: Was bedeutet Vernetzung für unser Land?

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen erwarte ich gegen Ende des Jahres. Anfang nächsten Jahres möchte ich alle, die an der Kulturpolitik interessiert sind, zu einem Diskusstag, zu einer Art Kulturparlament einladen. Dort wollen wir gemeinsam über unsere Ansätze diskutieren. Ich wünsche mir danach die Verabschiedung einer **Kulturstrategie** in diesem Hause, in diesem Parlament. Wir wollen also kein Parallelparlament, sondern wir wollen, dass dies in diesem Parlament zuletzt diskutiert und beschlossen wird. Dieser Prozess ist mir ganz wichtig.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ausgangspunkt sind die Veränderungen in unserer Gesellschaft. Welche Kultur brauchen wir für unser Land und für unsere Menschen? Wie können wir Menschen aller Generationen und Milieus die Teilhabe an der Kultur ermöglichen? Dieser Prozess ist bewusst offen gestaltet. Mit der Vorlage des Grundsatzpapiers nehme ich meine Verantwortung für die Kulturpolitik dieses Landes ernst.

(Beifall SSW)

Alle Unterlagen sind auf der Homepage der Landesregierung eingestellt. Alle sind mit Kommentarfunktionen versehen. Wer möchte, kann und soll bitte mitdiskutieren. Ich möchte mit Ihnen gemein-

(Ministerin Anke Spoorendonk)

sam zu einer konsensfähigen Kulturpolitik kommen, weil wir nur so die Identität Schleswig-Holsteins für die Zukunft gemeinsam gestalten können.

Meine Damen und Herren, dabei geht es auch um Kultur als Wirtschaftsfaktor. Es geht auch um Kultur als Standortfaktor, und es geht auch um die Integration von Migrantinnen und Migranten, und es geht vor dem Hintergrund der Kommunalwahl am letzten Sonntag auch ganz konkret um die Frage: Wie können wir, indem wir junge Menschen für Kultur engagieren, dafür sorgen, dass sie nächstes Mal zur Wahl gehen? Ich bin fest davon überzeugt, dass sich Menschen, die sich kulturell engagieren, auch für ihre Gesellschaft insgesamt engagieren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort erteile ich dem Abgeordneten Peter Sönnichsen für die antragstellende CDU-Fraktion.

Peter Sönnichsen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Ihrem mündlichen Bericht am 22. August 2012 mit dem Thema „Zukunft der Theater“ haben Sie, Frau Ministerin, einerseits das Gesamtthema Kultur einschließlich Theater angesprochen und andererseits Konzepte zu beiden Komplexen für Ende 2012 beziehungsweise Frühjahr 2013 angekündigt. Daran mussten wir mit unseren Anträgen erst erinnern. Wir haben bewusst zwei Anträge gestellt. Dass die beiden Berichte nun zusammen behandelt werden, wird dem Thema nicht unbedingt gerecht. Aber aufgrund der Überschreitung der Redezeit eben habe ich vielleicht auch ein bisschen mehr Gelegenheit, etwas dazu zu sagen.

Was ist nun aus Ihren Konzept-Ankündigungen geworden? Der Bericht zur Zukunft der **Theater** und vor allem sein Anhang ist eine umfangreiche Darstellung, für die ich allen Beteiligten herzlich danke. Er ist letztendlich eine sehr detaillierte Darstellung und Zusammenfassung dessen, was wir in den letzten Jahren und insbesondere in der Sitzung am 22. August 2012 beraten haben.

Wenn wir von einem Konzept im Sinne von Sammlung von Daten und Fakten sprechen, mag das okay sein. Wenn wir von einem Konzept im Sinne von Skizzierung von Vorhaben oder gar Plänen reden, reicht das nicht aus. Wenn ich Ihre Kritik, sehr ge-

ehrte Frau Ministerin, an der Arbeit der Theaterstrukturkommission des vorherigen Landtags in Verbindung mit Ihren Ankündigungen sehe, dann sind Sie Ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht geworden.

Zu den Theatern: Zentrale Frage ist und bleibt die Sicherstellung des Theaterstandorts **Schleswig**. Ihre wesentlichen Vorschläge, einerseits dem **Landestheater** die Liegenschaft Hesterberg zur Verfügung zu stellen und andererseits die FAG-Vorwegabzüge für alle Theater zu dynamisieren, stellen mit den gemachten Einschränkungen und Vorbehalten keine Lösung dar.

Natürlich hat es Charme, nur einen Theatersaal bauen zu müssen und darüber hinaus vorhandene Räumlichkeiten zu nutzen. Doch nach dem Blick per Google Earth auf Landesliegenschaften muss man irgendwann auch wieder auf den Boden der Tatsachen zurückkehren. Das jedenfalls ist die schmerzliche Erfahrung der örtlich Handelnden.

Über das Zurverfügungstellen der Immobilie hinaus sprechen Sie von der Prüfung von Fördermöglichkeiten in Programmen ab 2014 und überlassen den Kommunen die 16,5 Millionen € schwere Aufgabe. Da es sich um einen Bericht der Landesregierung handelt, wird der Kollege Innenminister die Frage der Kreditgenehmigung ja sicherlich geprüft haben.

Nachgeschoben wurde der Begriff einer Geberkonferenz. Hier dürfte eher die Europaministerin Anke Spoorendonk als die Kulturministerin Anke Spoorendonk gehandelt haben, denn diese Begriffsbestimmung kommt von der europäischen Ebene. Ergebnis der gestrigen ersten Runde: 0 % finanzielle Zusagen. Wir wissen, was wir wollen, aber über Geld reden wir später. Das ist festzustellen.

Mir ist bewusst, dass wir hier über keine Landesaufgabe reden. Frau Ministerin, Sie haben aber Hoffnungen geweckt, ohne Perspektiven der Umsetzung aufzuzeigen. Wenn ich einfügen darf: Das Prinzip Glaube und Hoffnung scheint ja die Handlungsmaxime dieser Landesregierung zu sein, wie wir es seit der Rede des Herrn Ministerpräsidenten am Mittwochmorgen bis heute durchgängig gehört haben.

(Zurufe)

- Ich kann Ihnen ein paar Beispiele nennen. - Sehr geehrte Frau Ministerin, so können wir heute bestenfalls von einem Zwischenbericht sprechen. Ein deutliches Mehr an Perspektiven muss aber geboten werden.

(Peter Sönnichsen)

Zur **Kulturförderung**: Aus den Aufzählungen der Handlungsfelder kann ich hier nur einige wenige herausgreifen. Sie sprechen von dem Erhalt und der Vermittlung des kulturellen Erbes. Wie passt das mit den Haushaltskürzungen im Investitionsprogramm 2013 und der anstehenden Verlagerung des Volkskundemuseums zusammen?

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein zweites Stichwort ist die **Kulturwirtschaft**. Es muss dargestellt werden, was durch Kultur in unserem Land zum Beispiel für den Tourismus und andere Bereiche erwirtschaftet wird. Die Wertschöpfung aus Kultur muss für alle erkennbar sein. Ich hoffe, dass die Konferenz Mitte Juni, zu der der Landeskulturverband eingeladen hat, den ersten Schritt zeitigt.

Drittens ist die **Gedenkstättenarbeit** eine wichtige und anerkanntswerte Aufgabe, die von ihren Akteuren hervorragend wahrgenommen wird. Die beiden ersten Runden Tische haben die unterschiedlichen Interessenlagen aber besonders deutlich gemacht. Während Sie von einer Trägerplattform mit Steuerungsfunktion sprechen, wünschen sich die örtlich Handelnden eine Unterstützung für ihre Arbeit vor Ort, insbesondere zur Sicherstellung von Öffnungszeiten, Betreuung, Begleitung und Führungen. Das ist für das Land kaum leistbar, aber eine zentrale Koordinierungsstelle in Kiel ist mit Sicherheit nicht die Lösung.

Daran schließe ich die Frage an, ob Sie zum Beispiel schon einmal über die angeregten Lehrerpoolsstunden zur Zusammenarbeit der Gedenkstätten mit den Schulen mit Ihrer Kollegin, der Bildungsministerin, gesprochen haben.

Ein letzter Punkt, den ich hier aufgreifen will, ist die **Kinder- und Jugendkultur**. Auch dieses Thema ist als Einzelpunkt ohne Weiteres einer Debatte würdig und dazu geeignet. Sie stellen einen Aktionsplan vor, über den Sie in den eigenen Ausführungen sagen, dass es sich um einen Status quo handelte und um Informationen über bestehende Angebote. Aktionspläne stelle ich mir anders vor.

Das Fazit der Landesregierung in den Berichten beinhaltet weiterhin ausschließlich unverbindliche Allgemeinerklärungen. Mein Fazit lautet: Kultur ist ohne Frage ein ständiger Prozess, aber man sollte von Zeit zu Zeit auch ein Stück vorankommen. So hoffe ich im Interesse der Kultur unseres Landes, dass Ihr Hinweis auf die Kulturperspektive 2020 nicht eine Vertagung des Themas auf die nächste Landesregierung bedeutet, Frau Ministerin.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, damit Sie die Großzügigkeit des Präsidiums in der Frage der Redezeit einordnen können, sage ich: Die Frau Ministerin hat die Redezeit um 5 Minuten überzogen. Diese Zeit steht natürlich allen anderen Fraktionen ebenfalls zu. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dieser wunderbaren Mittagspause bin ich noch ganz beschwingt und voller Musik. Ich freue mich, dass wir jetzt über Kultur diskutieren, auch wenn ich jetzt mit dem **Theater** anfangen. Das Kulturministerium hat bereits vor Wochen sein Konzept zur Sicherung der öffentlichen Theater und besonders des Standorts Schleswig veröffentlicht und dem Landtag zugeleitet. Der Berichts Antrag der CDU gibt uns jetzt die Gelegenheit, hier und später im Bildungsausschuss über dieses Thema zu reden.

In der vergangenen Legislaturperiode haben die Kulturpolitiker aller Fraktionen viel Zeit darauf verwendet, sich mit der unzureichenden Finanzierungslage der öffentlichen Theater und insbesondere mit der Situation des Landestheaters zu beschäftigen, nachdem sich herausgestellt hat, dass es gravierende Baumängel in der Schleswiger Spielstätte gibt. Allerdings waren diese Bemühungen nicht von Erfolg gekrönt.

Der Bericht widerlegt außerdem die Befürchtung, dass die neuen Medien die Theater überflüssig machen könnten. Zwischen 2006 und 2010 sind die Besucherzahlen der drei großen öffentlichen Theater um knapp 7 % angestiegen, allerdings mit sehr unterschiedlichen Entwicklungen an den einzelnen Standorten. Kiel und das Landestheater schneiden dabei im Bundesvergleich hervorragend ab. Es fällt auf, dass die Nutzung der Theater durch Kinder und Jugendliche je nach Standort sehr unterschiedlich ist und sich zwischen 26 % am Landestheater und 41 % am Kieler Theater bewegt.

Das wesentliche Dilemma besteht in der Finanzierung, besonders in den seit 2006 eingefrorenen Zuweisungen des Landes aus dem Vorwegabzug des kommunalen Finanzausgleichs, also aus dem Wegfall der Anpassung an die allgemeine Kostensteigerung. Dies macht allen Theatern zu schaffen. Das hat vor allem die Beschäftigten vor erhebliche An-

(Beate Raudies)

forderungen gestellt, denn die geschlossenen Haus-
tarifverträge waren nicht immer günstig.

Der Bericht des Ministeriums diskutiert nun mehre-
re Strategien zur wirtschaftlichen Sanierung, und
ich bin froh, dass das Ministerium keine Sympathie
für Fusionierungen und Spartenschließungen hat.
Sie würden unsere Theater unattraktiver machen.
Die logische Folge wären weitere Einnahmeausfäl-
le, weil Besucherzahlen zurückgehen würden. Dies
ist ganz abgesehen davon, dass bei Personalabbau
wahrscheinlich hohe Abfindungszahlungen fällig
wären.

Weniger Spielstätten beim **Landestheater** würden
den kulturellen Versorgungsauftrag für den nördli-
chen Landesteil nicht erfüllen. Es ist nachvollzieh-
bar, dass viele am Theater Interessierte abends
nicht zweimal durch das halbe Land Schleswig-
Holstein fahren wollen. Es freut mich sehr, dass
sich die Stadt Schleswig nun hinter die Nutzung der
Liegenschaft Hesterberg in Schleswig als Spielstät-
te des Landestheaters gestellt hat, wenn die volks-
kundlichen Sammlungen nach Molfsee ausgelagert
werden.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering
[SSW])

Lieber Kollege Sönnichsen, Frau Ministerin Spo-
rendonk hat in der Zeit, in der sie im Amt ist, mehr
für das Theater und den Standort Schleswig erreicht
als alle anderen, die sich vorher mit diesem Thema
beschäftigt haben.

(Beifall SPD und SSW)

Ich kann verstehen, dass es der Opposition schwer-
fällt, die Ministerin zu loben. Deshalb müssen Sie
aber nicht alles schlechtmachen, was erreicht wur-
de.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dafür gibt es
doch gar keinen Grund!)

Wir unterstützen den Vorschlag der Kulturministe-
rin, mit den Kommunen über die Wiedereinführung
der **Dynamisierung** des Vorwegabzugs im **kommunalen Finanzausgleich** zu verhandeln. Solch eine
Entscheidung kann das Land nicht allein treffen,
da wir hier über das Geld der Kommunen reden. Es
ist aber sicher auch für die Vertreter der Kommun-
nen nachvollziehbar, dass die drei Bühnen nicht nur
für die Einwohner der betreffenden Städte da sind,
sondern einen regionalen und überregionalen kultu-
rellen Versorgungsauftrag erfüllen müssen.

Ja, wir reden hier nicht nur über Kulturpolitik, son-
dern wir reden auch über Geld und kommunale

Selbstverwaltung. Deshalb sind wir im Bildungs-
ausschuss genau an der richtigen Stelle und können
dieses Thema dort vertiefen. Herr Sönnichsen, wir
sprechen auch gern über die finanziellen Fragen.
Ich muss sagen, Ihr Beitrag erinnerte mich ein
bisschen an die Debatte von heute Vormittag, bei
der auch nicht immer ganz klar war, was die Oppo-
sition kritisiert; kritisiert sie, dass wir mehr Schul-
den machen, zu schnell Schulden machen oder we-
niger Geld ausgeben? - Die Finanzministerin hat
heute Morgen mit Herrn Koch ausführlich darüber
debattiert.

Das Kulturministerium geht - wie der Rest der Lan-
desregierung und der Koalition - auch im Kulturbe-
reich den Weg des Dialogs. Es ist richtig, der an
Kultur und Kulturpolitik interessierten Öffentlich-
keit nicht ein Thesenpapier hinzuwerfen, an dem
sie sich abarbeiten kann, sondern mit einem be-
wusst offenen und wenig konkretisierten Problem-
auftritt einen Anstoß für die landesweite Diskus-
sion zu geben. In einen **Dialog** einzutreten, heißt nicht
Standpunktlosigkeit. Jeder von uns hat kulturelle
Vorlieben, die über ästhetische Erwägungen hin-
ausgehen.

(Zurufe)

- Ja, auch kulturelle Vorlieben. Kultur, die Formen
losgelöst von Inhalten kultiviert, wäre sinnlos. Des-
halb ist es nicht bedauerlich, sondern es ist richtig
und notwendig, dass es kulturpolitische Themen
gibt, über die wir uns streiten werden.

Ein Beispiel: Ich habe im Kommunalwahlkampf in
Kiel Plakate mit dem Motto „Geschichte braucht
Erinnerung“ gesehen, die den Namen des Hinden-
burgufers thematisieren. Ja, Geschichte braucht Er-
innerung, aber - um mit Jean Jaurès zu sprechen -:
Man sollte schon wissen, ob man die Flamme oder
die Asche hüten will.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass das Kulturministerium einen Schwerpunkt auf
die Förderung der Kinder- und Jugendkultur legt,
muss eigentlich nicht diskutiert werden; denn wer
nicht in seiner Jugend gelernt hat, sich für Kultur zu
interessieren und sich in Kultur auch selbst einzu-
bringen, wird es in späteren Lebensabschnitten
kaum noch nachholen können und schon gar nicht
die Notwendigkeit von Kultur sehen.

Das Papier des Kulturministeriums benennt zahlrei-
che Projekte in den verschiedenen kulturellen Spar-
ten. Der Aktionsplan wäre aber gescheitert, wenn es
nur bei der Auflistung des bereits Erreichten bliebe.
Der Übergang zu der offenen und gebundenen

(Beate Raudies)

Ganztagsschule wird ein entscheidendes Tätigkeitsfeld sein, die kulturelle Bildung von jungen Menschen nachhaltig voranzubringen.

Darum bitte ich Sie, auch diesen Bericht dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Zum Abschluss bedanke ich mich noch einmal beim Kulturministerium für die ausführlichen Darstellungen, die uns bei der weiteren Diskussion sicherlich sehr weiterhelfen werden. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Marlies Fritzen.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Sönnichsen, Sie haben beklagt, dass die Ministerin die Kommune **Schleswig** - oder das **Landestheater** und alle, die daran beteiligt sind - mit 16 Millionen € alleingelassen hat. Sie haben aber keine Alternative genannt, keine einzige. Sie haben gesagt, es würden Hoffnungen geweckt, aber keine Perspektiven gegeben. Der Hesterberg ist - wenn auch mit all den Schwierigkeiten, von denen ich auch immer noch nicht sagen kann, dass wir die lösen werden - zum ersten Mal eine Perspektive für dieses Landestheater,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

und zwar sowohl im Hinblick auf die Liegenschaft als auch, was die kommunalen Finanzen angeht, da war das Landestheater vorher auch mit kommunalen Finanzen zu finanzieren gewesen. Herr Klug hat in der Theaterstrukturkommission, die Intendanten in ein „Theater-Konklave“ gesteckt und auf weißen Rauch gewartet, von dem Sie genau wissen konnten, dass er niemals aufsteigen würde. Theater ohne Geld sei nicht möglich, sagen Sie. Kulturelles Erbe mit den Kosten, die dafür angesetzt sind, soll auch nicht sein. Das alles klingt doch sehr nach dem Kochschen Gesetz, das wir heute Morgen gelernt haben, das lautet: Mehr Ausgaben bedeuten weniger Schulden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das müssen Sie nicht nur der Finanzministerin immer wieder aufs Neue erklären, auch ich habe für diese Sachen null, aber auch wirklich null Verständnis. Es liegt - da bin ich sicher - nicht daran, dass ich in Mathe nie besonders gut war.

„Theater sind systemrelevant“ - so zitiert die Landesregierung in ihrem Theaterkonzept für Schleswig-Holstein Bundestagspräsident Norbert Lamert. Das hat mir gut gefallen, das habe ich mir gemerkt, deswegen möchte ich das hier wiederholen: Theaterkultur überhaupt ist systemrelevant, weil der Mensch nicht nur von Brot allein lebt. Er lebt auch und mit dem Nachdenken über sich und die Welt, in und mit der Auseinandersetzung mit der Gesellschaft, in der Gestaltung und Identifikation mit seiner Umgebung und seiner Kultur.

Die Ministerin hat es zum Schluss noch einmal angesprochen: Auch das ist die Grundlage dafür, sich einzumischen, mitzugestalten und im Zweifel dann auch politisch aktiv zu werden. Zu all dem tragen die Theater in unserem Land ganz wesentlich bei, und ich sage sehr deutlich: Die Theaterlandschaft in Deutschland ist ein Glücksfall - historisch gewachsen und in ihrer Vielfalt und Struktur einzigartig in der Welt.

35 Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer bundesweit, 570.000 in Schleswig-Holstein in der letzten Saison sprechen eine eindeutige Sprache: Theater lebt und belebt! Die **Theater in Lübeck** und **Kiel** sowie das Landestheater haben seit 2006 rund 40.000 Zuschauerinnen und Zuschauer trotz äußerst schwieriger ökonomischer Bedingungen hinzugezogen, und darauf können sie zu Recht stolz sein.

Damit bin ich beim zweiten Aspekt meiner Rede: Genauso wie unsere Theater systemrelevant sind, sind es auch Steuerzahler. Ich meine die Ehrlichen, die in erheblichem Umfang zur Finanzierung unseres Gemeinwesens und damit auch unserer Theaterlandschaft beitragen. Ohne öffentliche Mittel können unsere Theater nicht sein, ohne öffentliche Mittel wären wir wieder bei privaten, von reichen Mäzenen unterstützten Theatern, wären wir wieder bei den Fürstentheatern der frühen Neuzeit. Es wäre das Ende der demokratischen Theaterlandschaft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Dies kann niemand wollen, und die öffentliche Finanzierung durch uns alle ist deshalb grundlegend und unabdingbar für die freie Theaterkultur in unserem Land zu gewährleisten.

(Marlies Fritzen)

Im Angesicht der Schuldenbremse, zu der ich mich ausdrücklich auch in diesem Zusammenhang bekenne, kommt dies einem Drahtseilakt nahe. Das wissen wir sehr wohl. Ihre pauschale Kritik, Herr Kollege Sönnichsen, ohne auch nur irgendeinen konkreten Gedanken dazu beizutragen, wie man denn aus diesem Dilemma herauskommen könnte, weise ich an dieser Stelle entschieden zurück, weil sie nichtssagend ist.

Die Städte Lübeck und Kiel haben ebenso wie die Gesellschafter des Landestheaters ihre Zuschüsse in den letzten Jahren erhöht. Das Land hat dagegen durch das Aussetzen der Dynamisierung der **FAG-Mittel** für einen Wegfall von 8 Millionen € bei den Theatern gesorgt. Betrachtet man die **Tarifsteigerungen** für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ist der reale Verlust noch höher. Die Theater haben dies durch Sparsamkeit und Kreativität teilweise auffangen können. Neuen Angeboten wie der Kie-ler Sommeroper steht ein reduzierter Spielbetrieb in Lübeck gegenüber. Preiserhöhungen für die Tickets und erste Kooperationen sind weitere Schritte, die die Theater bereits gegangen sind.

Mit einer Eigenwirtschaftsquote von knapp 15 % liegen wir im bundesweiten Vergleich im unteren Mittelfeld, und da - hören Sie mir jetzt zu - geht sicher noch etwas. Das allein wird die Theater aber nicht retten. 80 % der Budgets müssen die Häuser für Personalkosten ausgeben. Selbst mit der von der Landesregierung angestrebten Dynamisierung der FAG-Mittel um 1,5 % bis 2018 werden diese Tarifsteigerungen nicht annähernd aufgefangen. Sie gibt den Theatern allerdings wenigstens etwas Planungssicherheit bis zum Jahr 2018. In dieser Zeit müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, verstärkte Kooperationen auch mit freien Theatern im Land, mehr Kinder und Jugendliche als Zuschauer sowie weitere Kosteneinsparungen sind notwendig. Die Theater wissen das, und sie werden es schaffen.

Die Lösung der Theaterfrage ist ein besonders schwerer Brocken in der Kulturpolitik des Landes. Kulturelle Bildung und die Entwicklung von Perspektiven für die Kultur und Kreativwirtschaft sind weitere. Mit dem berührenden Projekt „Rhythm is it“ haben der Dirigent Simon Rattle und der Tanzpädagoge Royston Maldoom eindrucksvoll gezeigt, welche Rolle kulturelle Bildung für die soziale und persönliche Entwicklung von Jugendlichen spielen kann.

Ich begrüße daher ganz besonders den Ansatz einer verstärkten Vernetzung und Kooperation zwischen Schulen und Kulturschaffenden. Ich sage ausdrück-

lich: Es macht Sinn. Sie haben es auf ministerieller Ebene für nächstes Jahr geplant. Es macht großen Sinn, hier die Ressortschranken zu überwinden und gemeinsam zu agieren. So ist es auf ministerieller Ebene für nächstes Jahr geplant.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Natürlich kann ein Kulturangebot Schule nicht ersetzen, aber **Schule** ist für viele Kinder und Jugendliche der erste und manchmal leider auch der einzige Ort des Kontakts zu und der Auseinandersetzung mit **Kultur**. Wir müssen diesen Raum nutzen und ihnen diesen Raum auch bieten. Kulturelle Angebote in Schulen, Kooperationen mit Künstlerinnen und Künstlern, Kulturschulen als Orte fächerübergreifender kultureller Bildung - dies alles kann dazu beitragen, unsere Kinder und Jugendlichen zu stärken und ihre Sinne auszubilden und zu schärfen.

Theater, bildende Kunst, Museen, die Musik- und Volkshochschulen, die Landesarbeitsgemeinschaften und soziokulturellen Zentren - sie alle leisten wichtige und gute Arbeit im Land, und das seit vielen Jahren unter in der Tat schwierigen Bedingungen, die wir auch nicht ohne Weiteres finanziell verbessern können. Aber unter diesen Bedingungen miteinander zu sprechen und zu überlegen, wie man sich zukünftig aufstellen wird, wie man Schwerpunkte finden wird, wie man vielleicht auch infrage stellt, neue Ideen entwickelt und neue Gedanken weckt, ist notwendig. Der beginnende **Kulturdialog** wird, denke ich, dieses auch gut umsetzen. Wir wollen diese Akteure stärker vernetzen, wir wollen über Perspektiven für die Kulturschaffenden und die Kreativwirtschaft sprechen und diese vor allem gemeinsam entwickeln.

Die Ministerin hat es gesagt, und ich möchte es unterstreichen, weil ich davon überzeugt bin, dass es nicht darum gehen kann, einen Kulturplan oder einen Kulturentwicklungsplan oder so etwas im Rahmen einer solchen Debatte zu entwickeln, der dann in Beton gegossen ist. Es geht darum, Leitlinien und Schwerpunkte künftiger Kulturpolitik zu identifizieren, und das auch und gerade vor dem Hintergrund knapper Kassen. Da geht es nicht darum, sich wegzuducken und wegzusparen, aber es geht schon darum, einen realistischen Sinn zu entwickeln. Dieses würde ich durchaus begrüßen.

Ich freue mich auf diesen Kulturdialog. Ich glaube, dass wir eine ganze Menge Perspektiven entwickeln können. Die Leute sind kreativ, und ich denke, wir als Politik werden das gern begleiten.

(Marlies Fritzen)

Ich freue mich auf die Einladung zu diesen Debatten.

Der Vorhang ist auf, und viele Fragen sind offen, aber es wird immerhin wieder gespielt. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin Spoorendonk! Zuerst möchte ich im Namen der FDP-Fraktion Ihnen, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erstellung der beiden Berichte unseren Dank aussprechen. Ich schließe mich auch gern der Auffassung an, dass die Kinder- und Jugendkultur ein wichtiger, fester Bestandteil der Kultur in Schleswig-Holstein ist, aber eben nur einer. Der Kollege Sönnichsen hat eine ganze Reihe von Bereichen genannt, genauso wie die Kollegin Fritzen. Somit erfüllt der Bericht eigentlich nicht die Intention des Antrags.

Auch bleibt beim Betrachten des Berichts im Ergebnis festzustellen, dass es der Kulturministerin entgegen ihren Ausführungen im August letzten Jahres bis heute nicht gelungen ist, das angekündigte Konzept zur schleswig-holsteinischen **Kulturförderung** vorzulegen. Schade, Frau Ministerin! Sie haben stattdessen eine Kompetenzstelle Schule und Kultur neu geschaffen, nun soll diese bis Herbst 2013 das Konzept zur **kulturellen Grundbildung** erstellen. So steht es im Bericht. Wenn ich es von Ihnen vorhin richtig vernommen habe, kündigen Sie es jetzt erst für das nächste Frühjahr an, also noch ein halbes Jahr später.

Vorsorglich schränken Sie im Bericht auch ein, dass der bislang als internes Arbeitspapier gehandelte Aktionsplan sozusagen als Grundlage gelte und die vordringlichste Aufgabe darin bestehe, Vorhandenes weiterzuentwickeln, und das Ganze in dem viel gepriesenen Dialogprozess der Dänen-Ampel.

Meine Damen und Herren, übrig bleiben schön formulierte Allgemeinplätze, aber nichts Konkretes, schon gar nicht zur Frage, wie die schönen Pläne finanziert werden sollen. Wir Liberale erwarten, dass

Sie dies zur Beratung im Fachausschuss nachreichen. Die weitere Beratung ist ja bereits beantragt.

Dagegen ist der Bericht über die Sicherung der **Theater** in Schleswig-Holstein im Vergleich zum erstgenannten in vielen Teilen erfreulich informativ und ausgesprochen ausführlich.

(Unruhe)

Besonders hervorzuheben ist die getroffene Feststellung, dass sich auch nach Auffassung der Landesregierung die vorhandene Theaterstruktur bewährt habe. Die positive Entwicklung bei den Besucherzahlen und die Erhöhung der Zahl der Veranstaltungen sprechen für die hervorragende Arbeit der Theater. Wir Liberale zollen den Kulturschaffenden unseren Respekt und Dank für die Leistungen, die sie in finanziell ausgesprochen schwierigen Zeiten erbracht haben, wobei das Hauptproblem der von der finanzschwachen öffentlichen Hand abhängigen Theater in den steigenden Personalkosten liegt, die bei drei Theatern mit 1.200 Mitarbeitern nicht unerheblich sind.

Aus diesem Grund stehen wir der Ankündigung, die Dynamisierung wieder einzuführen, positiv gegenüber. Es ist auch aus unserer Sicht ein wichtiges Signal für die Theater in Schleswig-Holstein, dass sie ab 2014 mit einer Steigerung von 1,5 % der **FAG-Zuweisungen** rechnen dürfen - auch wenn das nur die Hälfte von dem ist, was es vorher einmal war, was vorher signalisiert wurde und durchaus im Raum gestanden hat.

Allerdings - da setzt meine Kritik an - sieht die Kulturministerin im vorliegenden Bericht die Dynamisierung von 2014 bis 2018 vor und begründet dies mit einer mittelfristigen Planungssicherheit für die Theater. Die Kollegin Fritzen hat das eben in ihrem Beitrag mehrmals genannt. Der Innenminister dagegen plant nach eigener Aussage im Innen- und Rechtsausschuss, die Dynamisierung zunächst nur für das Jahr 2014 einzuführen. Wie sieht die Landesregierung insgesamt die Versprechungen der Kulturministerin, worauf können sich die Kulturschaffenden verlassen?

Frau Ministerin, wie heißt es in Ihrem Grundsatzpapier so schön: Kultur braucht Perspektive. Ich vermisse diese Perspektive in Ihrem Bericht für die Theater in Schleswig-Holstein.

Meine Damen und Herren, abschließend zur aktuellen Debatte zum Theaterstandort **Schleswig**, der ja einen umfangreichen Teil im Bericht einnimmt. Frau Ministerin, Sie haben sich von Ihrer damaligen Idee, eine Mehrzweckhalle in Schleswig zu

(Anita Klahn)

bauen und dem dortigen Landestheater neuen und adäquaten Spielraum zu liefern, schnell verabschiedet und favorisieren einen Umzug zum Hesterberg. Als besonderes Engagement des Landes loben sie die Übertragung der Liegenschaften.

(Anhaltende Unruhe)

Nach einer Machbarkeitsstudie bewegen sich die Baukosten für den Umbau in Höhe von 16,5 Millionen € auf dem gleichen Niveau wie die Kosten für einen Neubau am bisherigen Standort. Es tritt weder eine Kostenersparnis durch den Umzug des Landestheaters ein, noch sind womögliche Folgekosten im Gutachten berücksichtigt worden. Die Finanzierung des Bauprojekts ist bis jetzt unklar, und selbst für bereits anstehende Sanierungskosten an dem Objekt können Sie kein Konzept hinsichtlich der Kostenbeteiligten liefern.

(Beate Raudies [SPD]: Das ist auch nicht ihre Aufgabe! - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Theater sind kommunal!)

Für die Stadt Schleswig droht eine finanzielle Belastung, der sie nicht gewachsen ist. Sie haben vorhin gesagt, wir tragen gemeinsam Verantwortung dafür. Frau Ministerin, dann sorgen Sie für eine Kulturpolitik in Schleswig-Holstein, die der Realität entspricht, auch der finanziellen. - Vielen Dank.

(Beate Raudies [SPD]: Armselig! Und das von der FDP! - Weitere Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! „Die Bühne scheint mir der Treffpunkt von Kunst und Leben zu sein“, sagte einst Oscar Wilde. Vermutlich ist es das, was das Theater für uns so besonders macht, so unentbehrlich.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnliches hat schon Marianne Tidick in diesem Haus gesagt:

„Theater ist im europäischen Kulturverständnis immer etwas Besonderes gewesen. Das bezieht sich auf den Ort, das bezieht sich aber genauso auf Form und Inhalt.“

(Beifall PIRATEN, Dr. Ralf Stegner [SPD] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Ich glaube, dass diese Einschätzung zeitlos ist. Gerade deshalb ist es so wichtig, sich ernsthaft Gedanken über die Zukunft unserer **Theater** zu machen. Wenn ich an dieser Stelle „ernsthaft“ sage, meine ich damit, dass wir Überlegungen anstellen müssen, die handfest und praktikabel sind, die tatsächlich neue Strukturen durchsetzen.

Bereits im Mai 1995 - vor 18 Jahren! - beklagte dieselbe Marianne Tidick die finanzielle Lage. Die Defizite wachsen, und es ist absehbar: Mit jeden Kürzungen und Sparmaßnahmen sind die Probleme nicht mehr zu bewältigen. Strukturelle Reformen ganz anderer Art sind erforderlich, um den Erhalt, die Finanzierung und die Qualität der Theater dauerhaft zu sichern.

Wenn ich ehrlich bin, hatte ich wenigstens den Hauch einer Vision von diesem Bericht erwartet. Das sollte auch für die **Kulturförderung** insgesamt gelten. Hier wurde ein **Dialog** angestoßen. Es ist kein Geheimnis, dass ich ein Freund dieses Instruments bin, wenn die Aussicht besteht, dass es einen echten und offenen Diskurs gibt. Ich werde diesen ebenso konstruktiv und kontinuierlich begleiten, wie ich es schon beim Bildungsdialo getan habe und immer noch tue.

Diese erhoffte Brise des Aufbruchs, der Anstoß zu einem echten Diskurs ist aber, was die Theater angeht, bisher nicht erkennbar. Ein altes Instrument, einst eingemottet, jetzt entstaubt, die Dynamisierung im FAG, soll nun Erleichterung bringen. 1,5 %, besser als nichts, aber am Ende doch nicht mehr als der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Visionär ist das auf keinen Fall. Darum bin ich mit diesem Bericht nicht zufrieden.

Ich bin unzufrieden, obwohl es viel gibt, was wir gemeinsam gut finden. Wir freuen uns über die Qualität unserer Theater. Wir wollen die Qualität an den Standorten erhalten. Wir freuen uns über den guten Zuspruch, den unsere Theater im ganzen Land erfahren. Das spricht für ihre Anziehungskraft. Trotzdem wissen wir - und der Bericht sagt das auch -, dass ein kostendeckendes Wirtschaften nicht möglich ist. Was tun?

Der Bericht sagt dazu: Verstärkte Zielgruppenarbeit, verstärkte Kooperation, künstlerischer Austausch und Kostenreduzierung, bessere Zusammenarbeit zwischen freien und privaten Theatern. Ich sage dazu: Alles alte Hüte, 100-fach in vielen Debatten der letzten Jahrzehnte vorgetragen, und allesamt ohne nachhaltige Wirkung. Wir müssen muti-

(Sven Krumbek)

ger werden. Das kann den einen oder anderen zunächst irritieren, aber da muss die Politik ran.

In Schleswig erinnern wir uns: In Schleswig-Holstein haben wir drei große über den kommunalen Finanzausgleich finanzierte Theater: Schleswig - heimliche Kulturhauptstadt, dazu komme ich noch -, Kiel und Lübeck, hervorragende Häuser, leider im Schwitzkasten dauerhaften Finanzschwäche.

Ich möchte an dieser Stelle eine offene und ehrliche Debatte über die Frage, wie wir diese Bühnen in ihrer Qualität erhalten können, nicht nur ein bisschen Kosmetik hier und ein wenig Dynamisierung dort.

(Unruhe)

Es werden Fragen zu stellen sein über Leitungsebenen, Infrastruktur, Programmstellung.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Wir werden vielleicht über die Zusammenführung der Bühnen auf der Leitungsebene reden müssen. Das muss, das darf keine Abwertung sein.

(Beifall PIRATEN)

Warum kein Staatstheater mit einer gemeinsamen Verwaltungsgesellschaft? Ich wünsche mir eine Expertenmeinung dazu und würde gern mit Ihnen im Ausschuss darüber reden, ob wir nicht den Schritt gehen, ein externes Gutachten über die Theater zu erstellen, das sowohl die Qualitätswahrung als auch die Kostenoptimierung beleuchtet.

(Beifall PIRATEN)

Wenn sich diese Regierung diesen Schritt nicht zutraut, sollten wir als Ausschuss helfen und die Türen dahin gehend öffnen. Wir brauchen neue Strukturen. Das Herumhütern der letzten Jahre hat keine der Bühnen strukturell vorangebracht und keine Sicherheit geschaffen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Schauen wir einmal nach **Schleswig**. In Schleswig ist die Lage wegen des baulichen Zustands des Theaters und der nötigen Schließung besonders prekär. Ich erhalte Signale von Menschen aus Schleswig, die ihr Theater gern dort behalten wollen, wo es ist. Überlegen Sie sich einmal, wie es wäre, wenn die Kieler Bühne marode wäre und neu gebaut werden müsste, sagen wir einmal auf dem Gelände des ehemaligen MFG-5-Fliegergeschwaders. Das kann sich hier niemand vorstellen. Viele in Schleswig sehen das für ihre Stadt ähnlich. Aber in Schleswig soll das so sein. Ich frage mich, warum.

Warum wird so wenig über die anderen Möglichkeiten ausgeführt? PPP vielleicht? Es gibt da - meine Anfrage belegt das - im Ansatz sehr fruchtbare Gespräche mit der Investitionsbank, auch hinsichtlich eines Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit eines solchen Projekts.

Der Bericht kommt entmutigt zu dem Ergebnis, Schleswig-Holstein betrete mit einem solchen Projekt bundesweit Neuland. Wenn das wirklich der Grund ist, aus dem hier nicht weiter nachgedacht wurde, gebe ich an dieser Stelle die Hoffnung auf eine echte Neustrukturierung der Kulturfinanzierung schon auf. „Neuland betreten - Nein danke?“, hat die Regierung an dieser Stelle gesagt. „Neues machen wir nicht“, hat sie gesagt. Das ist schlimm, sage ich, denn auch die Zeitnot zieht an dieser Stelle nicht. Die ersten Gespräche liefen 2011. Heute wären wir schon zwei Jahre weiter, zwei Jahre, die nicht gut genug genutzt wurden, um wirklich alle Optionen eingehend zu prüfen. Für die Landesregierung soll der Hesterberg, also die zukünftige Spielstätte, die Komplettlösung sein.

Wenn wir über Zeitnot reden, frage ich: Hat die Landesregierung einen Plan, wann die volkskundliche Sammlung nach Molfsee umziehen kann? Wann wird denn da gebaut? Was soll das kosten? Im Bericht findet man darüber nichts. Gut, dass die Kollegin Klahn nachgefragt hat. So sind wir jedenfalls auf dem echten Stand der Dinge.

Ich habe noch einige Fragen, über die ich reden möchte. Sachliche Beratung von außen können wir uns holen. Den Mut, Strukturen zu verändern, müssen wir selber aufbringen. Aber weiterhin gilt: Bei den Themen kulturelle Jugendbildung, Gedenkstättenarbeit finden Sie mich ebenso an Ihrer Seite wie im Kulturdialog. Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit. - Danke.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vieles wurde zu den Theatern schon gesagt. **Theater** inspirieren, unterhalten und geben Denkanstöße. Sie sind aber auch Arbeitgeber und Attraktion für Touristen. Man muss am Theater rechnen können, aber auch die Besucherinnen und

(Jette Waldinger-Thiering)

Besucher begeistern können. Alles das tun unsere Theater.

Damit sie dies auch weiterhin tun können, benötigen sie Planungssicherheit. Es ist darum ausdrücklich zu begrüßen, dass wir endlich wieder ein belastbares und klares Konzept der Landesregierung für die Theater vor uns liegen haben, das allen Spielstätten den Bestand zusichert. Auf dieser Grundlage können wir jetzt diskutieren und die weiteren Entscheidungen treffen.

Jeg vil gerne benytte lejligheden til at sige mange tak til SSF og A. P. Møller Skolen. De har givet husly til Landestheater, så de kunne fortsætte med deres virke.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Ich möchte an dieser Stelle - ich übersetze das jetzt - meinen Dank an den dänischen Kulturverband SSF und die A. P. Møller Skolen ausdrücken, die dem Landestheater Obdach gewährt haben. Es ist heutzutage beileibe nicht selbstverständlich, unbürokratisch und unkompliziert Hilfe anzubieten. In **Schleswig** konnte der Theaterbetrieb überhaupt nur aufrechterhalten bleiben, weil in der Stadt viele Leute, statt nur über die Situation zu lamentieren, Nägel mit Köpfen gemacht haben. Ihnen gilt mein Dank.

(Beifall SPD)

Neben der Diskussion über unsere öffentlichen Theater hat die Ministerin im Mai zu einem **Kulturdialog** in Schleswig-Holstein aufgerufen. Das besondere Anliegen der Landesregierung, ein Kulturkonzept zur Stärkung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung zu erarbeiten, bekommt vom SSW große Zustimmung. Der vorgelegte „Aktionsplan zur Stärkung der Kinder- und Jugendkultur“ beschreibt in Teilen den Status quo der kulturellen Bildung. Nun gilt es, Netzwerke zu knüpfen.

Die Kompetenzstelle **Schule und Kultur** ist durch eine erfahrene Lehrkraft besetzt, die nun die konzeptionelle Weiterentwicklung von Zielen der kulturellen Kinder- und Jugendbildung vorantreiben soll. „Kultur macht stark“ ist ein wichtiges Projekt, um Kultur in Schule zu implementieren. Die Kulturschaffenden in unserem Land sollen in vier Arbeitsgruppen einen Entwurf der Kulturperspektiven Schleswig-Holstein erarbeiten. Ich freue mich ganz besonders über die Einladung der Ministerin; ich nehme gern daran teil. Sie wissen im Zweifel am besten, wie die Potenziale einzusetzen sind. Andererseits bieten die Arbeitsgruppen die Gelegenheit für einen echten Austausch, der ja im täglichen Ge-

schäft nicht immer möglich ist. Ich bin davon überzeugt, dass in diesem Bereich gerade die Minderheiten mit ihren kulturschaffenden Personen interessanten Input geben können.

Ich verspreche mir viel davon, weil hier Neuland erschlossen wird. Dabei bin ich zuversichtlich, dass die Schulen das neue Angebot sehr bald in ihre Arbeit integrieren werden. In unseren Schulen erlebe ich nämlich immer wieder, dass Lehrkräfte und Schulleitung die Ertüchtigung der ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler sehr ernst nehmen. Dazu gehört die Begegnung und die Auseinandersetzung mit Kunst, Theater und klassischer Musik. Das verändert die Sicht auf die Welt und die Menschen und ist Teil eines wichtigen Reifungsprozesses gemäß dem, was Rosa Luxemburg schon vor 100 Jahren erkannt hat:

„Entfremdet und entwürdigt ist nicht nur der, der kein Brot hat, sondern auch der, der keinen Anteil an den großen Gütern der Menschheit hat.“

(Beifall SSW und SPD)

Wir können im Jahr 2013 allerdings nicht über **Theater** und kulturelle Kinder- und Jugendbildung sprechen und dabei die **Finanzen** außer Acht lassen. Darum will ich abschließend auch etwas dazu sagen. Die Dynamisierung bezüglich des FAG begrüße ich ausdrücklich. Die Kompetenzen liegen nämlich bei den Kommunen. Sie sind öffentlicher Träger und haben durch das Einfrieren der FAG-Mittel das strukturelle Defizit aufgefangen. Eine große Kraftanstrengung, um das Theater- und Musikangebot in Schleswig-Holstein für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten! Der Bericht zeigt klar in eine Zukunft der Theater und ihrer Spielstätten. Damit haben wir eine hervorragende Ausgangsposition.

Kulturelle Entfaltung lässt uns teilhaben an der Gesellschaft, ermöglicht die soziale Integration, macht die Bildung ganzheitlich und hilft uns bei der Identitätsfindung. Ich meine: Da geht noch etwas. Kulturelle Bildung bekommt in Schleswig-Holstein eine neue Perspektive. Das tut jedem gut. Kultur ist vielfältig, tut nicht weh und ist nicht mit Politur zu verwechseln. Ich freue mich auf den Dialog. Dialogprozess ist ein schwieriger Prozess. Ich hoffe, dass die Opposition mitmacht, denn in einen Dialogprozess gehören alle, damit wir gemeinsam an den Perspektiven arbeiten können.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Ich möchte gern einen Blick zurückwerfen und deutlich machen, warum das Ganze so wichtig ist. Wenn **Schleswig** aus der Gesellschafterversammlung herausgeht, werden die anderen Kommunen nachziehen. Dann haben 50 % der Landesfläche kein öffentliches Theater mehr. 380 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen auf dem Spiel. Die Arbeitsplätze im kulturellen Bereich im nördlichen Landesteil sind - das wissen Sie selber - nicht unbedingt dicht gesät.

Ein Rückblick! Als das Theater damals in die Schieflage kam, guckte Herr Klug in die Kassen, zuckte mit den Achseln und sagte: Huch, es ist ja alles leer; Schleswig, macht selber irgendetwas daraus! - Erst nach dem Regierungswechsel hat unsere Ministerin das geschafft, wovon Sie nicht einmal geträumt haben. Sie ist gemeinsam mit dem Theater sehr kreativ geworden. Der vorliegende Vorschlag ist ein guter, den Hesterberg zu einer Kulturoase weiterzuentwickeln.

Herr Sönnichsen, Sie hätten sich vielleicht im Vorfeld bei dem CDU-Kreisvorsitzenden informieren sollen. Dann hätten Sie gewusst, was aktuell in der Ratsversammlung gelaufen ist. Kurz vor der Wahl hat die CDU versucht, auf Empfehlung der ehemaligen Kulturbeauftragten Caroline Schwarz den Architekten Bassewitz nach Schleswig eingeladen, dort eine einstündige Begehung gemacht. Zu dem Architekten Bassewitz ist viel Gutes zu sagen, aber zum Beispiel auch, dass er das Astra-Gebäude in Hamburg auf einem sehr weichen Boden gebaut hat. Das war der Grund, aus dem das Gebäude sehr schnell wieder abgerissen werden musste. Wer Schleswig kennt, weiß, dass das Schleswiger Theater - das ist der Grund, aus dem es nicht mehr auf der alten Stelle platziert werden kann - eben auch auf einem sehr weichen Boden steht.

(Johannes Callsen [CDU]: Quatsch!)

- Das ist kein Quatsch!

Noch einmal zur Information, Herr Sönnichsen: Sie haben gesagt, die Partei vor Ort sei dagegen. Am 21. Mai - das ist nicht allzu lange her - hat die Schleswiger Ratsversammlung mit allen Stimmen der CDU der **Weiterentwicklung des Geländes Hesterberg** zugestimmt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hätten sich vorher bei dem CDU-Kreisvorsitzenden informieren sollen.

Herr Krumbeck, Ihr Beitrag hat mir sehr gut gefallen. „Heimliche Kulturhauptstadt“ - das finde ich wirklich prima. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Peter Sönnichsen.

Peter Sönnichsen [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Pauls, seien Sie versichert: Ich habe mir die Gegebenheiten in Schleswig schon im vergangenen September angeschaut und auch die Diskussion sehr aufmerksam verfolgt. Vielen Dank noch einmal für Ihre Hinweise.

Ich will insbesondere auf die Beiträge von Ihnen, Frau Kollegin Raudies, und von Ihnen, Frau Kollegin Fritzen, eingehen: Es ist wesentlich angenehmer, über Kultur zu reden als über Finanzen; das geht auch mir so. Doch wie bei allen Themen, über die wir in den vergangenen Tagen diskutiert haben - Straßenbau, Wachstum, Beamtenbesoldung oder sonst etwas -, kommen auch Sie an dem Thema **Finanzen** nicht vorbei. Wenn Sie Antworten dazu erfragen, dann hinterfragen Sie einmal Ihre Finanzpläne, die Sie mit dem letzten Haushalt aufgestellt haben. Dann finden Sie die auch, das ist überhaupt kein Problem.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das konnte man jetzt nicht verstehen!)

- Die meisten verstehen es, Herr Stegner.

Eine weitere Anmerkung: Ich teile die Auffassung, dass die Kommunen zuständig sind. Das stelle ich nicht infrage. Wenn man sich aber hier hinstellt und sagt, man habe die zündende Idee, dann darf man nicht im nächsten Atemzug sagen: Wie ihr das finanziert, ist eure Sache. - Das ist nicht mein Verständnis von Politik. Das ist auch nicht mein Verständnis von **Kulturaufgaben**.

(Beifall CDU)

Liebe Frau Kollegin Raudies, Sie werden uns sicherlich im Ausschuss erklären, welche Strategien Sie insoweit erkannt haben. Meine Kritik erhalte

(Peter Sönnichsen)

ich hier aufrecht. Dieselben Ankündigungen, die in beiden Berichten enthalten sind, haben wir in diesem Hause schon am 22. August 2012 gehört. Das ist und bleibt zu wenig. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Frau Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für diese Debatte. Sie zeigt, dass es im Ausschuss noch viele Diskussionen geben wird; auch darauf freue ich mich. Ich bin mir sicher, dass wir im Ausschuss noch einige Missverständnisse klären können.

Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich einiges - ich will nicht sagen: unerträglich, aber - nicht so gut fand. Nicht so gut fand ich zum Beispiel, dass überhaupt nicht anerkannt worden ist, dass wir erstmals in diesem Land ein **Theaterkonzept** haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir jemals ein Theaterkonzept hatten. Ich habe mich schon intern, aber auch auf vielen Veranstaltungen bei den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das Theaterkonzept bedankt; das ist etwas, was die Kulturabteilung geleistet hat.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hat Weiteres geleistet. So hat sie Konzepte für Kinder- und Jugendbildung, für die Gedenkstättenarbeit und den Kulturdialog erarbeitet.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Kulturministerium hat begriffen, dass Kultur nicht verwaltet werden darf, sondern gestaltet werden muss. Das haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Ministeriums geleistet. Dafür bin ich ihnen zu Dank verpflichtet. Ich werde sie jedes Mal unterstützen, und ich werde alles von ihnen abwenden; denn es ist unerträglich, dass das nicht einmal wahrgenommen wird.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch etwas: Lieber Sven Krumbeck, ich war ziemlich enttäuscht darüber, dass Ihre Ausführungen zum Thema Theaterkonzept ein wenig unter der Überschrift standen: „Wenn meine Tante Räder hätte, wäre sie ein Omnibus.“ Aus dem Theaterkonzept wird doch sehr deutlich, was der Rahmen ist und was notwendig ist, damit Theater sich auch in den **Kulturdialog** einklinken können. Dieser ist die Klammer für all das, was im Laufe dieses Jahres geleistet wird.

Lieber Kollege Sönnichsen, es ist doch gut, dass ich im August schon Ideen hatte. Dafür bin ich doch hoffentlich gewählt worden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem knappen Jahr als Ministerin habe ich gelernt, dass Regierungsarbeit kleinteilige Arbeit ist. Sie ist so kleinteilig, wie ich es mir im Vorwege nicht hätte vorstellen können.

Noch einmal, lieber Herr Krumbeck: Nichts ist einfacher, als sich hinzustellen und zu sagen: Jetzt mache ich einen Masterplan. - Dann aber heißt es: So what?

Es kommt jetzt darauf an, dass diejenigen, die vor Ort für die Umsetzung verantwortlich sind, tatsächlich mitgenommen werden - auch die Theater, auch diejenigen, die sich in Sachen **Gedenkstätten** engagieren.

Eine letzte Bemerkung zum Standort **Hesterberg**: Vor einem Jahr wusste ich nicht, wo wir heute stehen würden. Ich danke der Stadt Schleswig ausdrücklich dafür, dass sie sich bewegt hat. Fest stand, dass das Land für 2 Millionen € Finanzierung zuständig sein würde; der Rest soll vom Landestheater und von der Stadt Schleswig kommen.

Wir sind auf einem guten Weg. Wir werden diesen Prozess weiter begleiten. Aber das Land hat seine Hausaufgaben gemacht. So ist das!

(Lebhafter anhaltender Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Marlies Fritzen.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Eigentlich traue ich mich gar nicht mehr, aber ich hatte mich schon vorher gemeldet. Ich kann nicht

(Marlies Fritzen)

besser werden, das glaube ich, ich will es trotzdem versuchen.

Es geht mir um das Gedenkstätten Thema, das ist mir noch einmal durch den Kopf gegangen. Daran wird nämlich exemplarisch deutlich, dass Sie von der CDU über dieses Thema, wie ich finde, nicht ehrlich diskutieren. Sie behaupten, es werde nicht genügend Geld gegeben. Auf den Widerspruch zwischen der Forderung nach Mehrausgaben einerseits und der nach weniger Schulden andererseits haben wir schon hingewiesen. Darauf will ich nicht mehr herumreiten.

Über Jahrzehnte hinweg wollte kaum jemand darüber reden. Auch der Landtag bekannte sich nicht zu der **Gedenkstättenarbeit**. Vielmehr müssen die Gruppen vor Ort bis heute mühsam und gegen tausend Widerstände unterschiedlichster, meist ziemlich schlimmer Art für diese Arbeit kämpfen. Der Gedenkstättenverbund verfügte über eine erbärmlich geringe Finanzausstattung. Das hat sich über die Jahre hinweg hingekleckert, ungefähr zehn Jahre lang. Wir versuchen jetzt - zum ersten Mal! -, mit dieser Personalstelle eine neue Struktur aufzubauen.

Herr Sönnichsen, das wissen Sie sehr wohl. Ich finde es nicht anständig, wenn Sie sich hier hinstellen und behaupten, wir gäben den Leuten nicht genügend Geld. Die Struktur, die wir unter schwierigsten Bedingungen aufbauen wollen - ob sie erfolgreich sein wird, weiß kein Mensch -, soll dazu führen, dass man wenigstens in die Nähe von Bundesförderung kommt. Das wissen auch Sie. Das haben wir in den Gedenkstätten Debatten, an denen auch Sie teilgenommen haben, eingehend thematisiert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dass es eine Schräglage zwischen den kleinen Gedenkstätten und den großen, die zum Teil heute schon professioneller arbeiten, gibt, wissen wir auch alle. Deswegen finde ich solche Debattenbeiträge an dieser Stelle vollkommen scheinheilig. Sie vermischen immer wieder Dinge und behaupten etwas, was nicht stimmt. Sie wissen, dass es eine **kommunale Zuständigkeit** gibt, geben aber dem Land die Verantwortung dafür, dass wir alle nicht mehr Geld haben.

Ich habe es in meiner Rede sehr deutlich gesagt - ich wiederhole es, unterstreiche es 27.000-mal und setze dahinter noch ein Ausrufezeichen -: Die **Schuldenbremse** gilt natürlich auch für den **Kulturbereich**. Aber wenn wir uns in diesem Rahmen bewegen, dann sollten wir nicht ständig versuchen,

die Verantwortung der jeweiligen Ebenen zu vertauschen oder diese gar gegeneinander auszuspielen. So kommen wir in keiner Weise weiter. Das ist auch kein Bekenntnis zu kreativer, konstruktiver Kulturpolitik. Von Ihnen habe ich nicht einen einzigen konstruktiven Vorschlag gehört, sondern Sie winden sich immer wieder zwischen kosten- und alternativlos.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Spoorendonk, ich wollte eigentlich, da wir alle ein Interesse an dem **Theaterstandort Schleswig** haben, das nicht parteipolitisch polarisieren, deswegen hatte ich mich zurückgehalten. Aber nach Ihrem Wortbeitrag und dem der Kollegin Pauls möchte ich einmal darauf hinweisen, dass wir im Landtagswahlkampf von Ihnen in diesen Runden, die damals stattfanden, gehört haben, man müsse ja - dies galt als Vorwurf an uns, an CDU und FDP - nur einmal in allen Ecken des Landeshaushaltes fegen, dann bekäme man schon den **Investitionszuschuss für Schleswig** zusammen. Dies müsse doch selbstverständlich möglich sein. Ich sage dieses deswegen, weil das die Erwartungshaltung ist, die Sie in Schleswig selber verursacht haben, an der Sie jetzt gemessen werden.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist doch gar nicht wahr!)

- Doch, das ist genauso wahr. Ich war bei den Gesprächen dabei.

Wenn Sie jetzt allerdings sagen, Sie hätten Ihre Hausaufgaben gemacht, dann muss man sich das konkret ansehen. Sie übertragen ein Grundstück. Die Folgekosten sind völlig ungeklärt. Wir wissen nach der Machbarkeitsstudie, dass es um 16,5 Millionen € geht.

(Zurufe SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Vielleicht können wir uns darauf verständigen, dass jetzt der Abgeordnete Callsen das Wort hat.

Johannes Callsen [CDU]:

Es geht um 16,5 Millionen € Investitionskosten, die dafür erforderlich sind. Das Ministerium macht deutlich, es gibt keine weiteren Landeszuschüsse. Das heißt, nach meiner Rechnung verbleiben nach Abzug des Zuschusses der Stadt Schleswig von 5 Millionen €, was von einer breiten Mehrheit in der Ratsversammlung getragen wird, 11,5 Millionen €, die irgendwo herkommen müssen. Und das ist eine spannende Aufgabe.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Jetzt sagen Sie, es gibt eine Geberkonferenz, die gestern stattgefunden hat, auf der natürlich alle sagen: Natürlich stehen wir hinter dem Theater und dem Standort. - Aber es gibt nicht eine belastbare Aussage zu der Frage, wer denn jetzt wie viel konkret auf den Tisch legt. Das wissen Sie auch. Deswegen sollten Sie hier auch keine falschen Erwartungen wecken.

Die einzige Idee Ihrerseits ist es offenbar, die **Kreisumlage** für das Theater in Schleswig zu erhöhen, das heißt, anderen Gemeinden und Kommunen in die Tasche zu greifen, um dort an anderer Stelle eine Aufgabe zu lösen. Sie bestellen und greifen den anderen in die Tasche. Sie haben noch viele Aufgaben vor sich für Schleswig. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Peter Sönnichsen.

Peter Sönnichsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kollegin Fritzen, ich bin gern bereit, ob hier oder an anderer Stelle, zum Beispiel im Ausschuss, das Thema bis ins Detail mit Ihnen zu diskutieren. Aber, was unpassend ist, ist Ihre Bemerkung „scheinheilig“. Und Unwahrhaftigkeit lasse ich mir von Ihnen auch nicht unterstellen. Das möchte ich hier einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall CDU - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie, ja!)

Wenn Sie die Gedenkstättenarbeit, die ich hier als wichtige und anerkennenswerte Aufgabe dargestellt habe, noch einmal heranziehen, dann bitte ich Sie, in dieser Angelegenheit das auch in vollem Umfang zu machen. Es geht nicht um eine vorhandene oder eingerichtete Stelle. Es geht hier ganz eindeutig darum, dass am zweiten Runden Tisch eine Trä-

gerplattform mit Steuerungsfunktion vorgeschlagen worden ist, deren Kosten Professor Fouquet schon einmal mit 300.000 € ausgerechnet hat, und dass diese, wie immer sie aussehen mag, nicht der Interessenlage der örtlich Handelnden entspricht, die sich mehr Unterstützung in ihrer ständigen Arbeit versprechen. Lesen Sie die Protokolle nach und lesen Sie auch noch einmal das nach, was ich vorhin gesagt habe. Dann können wir darüber weiterreden.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der Kollege Callsen sich gerade noch einmal zu den seinerzeit angedachten 2 Millionen € **Landesförderung zum Landestheater** geäußert hat, möchte ich noch einige Worte an Sie richten. Erstens. Theater ist grundsätzlich eine kommunale Aufgabe. Der Betrieb der Theater wird über das FAG finanziert. Wir werden sehen, ob es möglich ist, und da bin ich guter Hoffnung, dass man dort eine entsprechende Steigerungsrate erzielen kann, damit die Betriebskosten, die dort auflaufen, getragen werden können.

Das andere ist: Wie schaffen wir es, ein Theater am **Standort Schleswig** zu haben? Der Ursprungsgedanke damals war, dass man noch dachte, dass man ein Theater renovieren muss, um es wieder nutzbar zu machen. Wir waren als Land Schleswig-Holstein bereit, möglicherweise 2 Millionen € zu investieren. Aber, und das ist das Entscheidende: Der Rest hätte auch damals von der Kommune und von dem Landestheater kommen müssen.

Jetzt tauscht sich das Ganze, wir nehmen nicht mehr das Gebäude, sondern stellen ein anderes Gebäude, das die Anforderungen bereits erfüllt beziehungsweise in Kürze erfüllen wird, zur Verfügung. Es bleibt dabei, der Rest muss natürlich von der Kommune und von dem Landestheater getragen werden, sodass da kein Unterschied ist. Vorher war es eine Summe Geld, die wir zur Verfügung gestellt hätten, um ein Gebäude zu renovieren. Jetzt geben wir ein saniertes Gebäude, aber die Restsumme, die durch die Finanzierung von Kommune und Landestheater aufgebracht werden muss, wird gleich bleiben.

(Lars Harms)

Ein weiterer Punkt, der für mich persönlich auch ganz wichtig ist, da ich in diesem Bereich auch engagiert bin, ist die **Gedenkstättenarbeit**. Es ist in der Tat so, dass wir zum ersten Mal damit zu tun haben, dass im Innenministerium eine Stelle eingerichtet wird und wir nun die Hoffnung für unsere Gedenkstätten haben, dass wir eben auch **Bundesförderungen**, vielleicht sogar grenzüberschreitend **europäische Förderung** zur Gedenkstättenarbeit generieren können. Das ist etwas, was wir vorher nicht leisten konnten.

Ich kann das aus meiner nordfriesischen Sicht durchaus sagen. In Schleswig und Ladelund hatten wir immer wieder die Schwierigkeiten, solche Projekte durchzuführen, die auch bundesförderwürdig sind. Das lag nicht daran, dass es keinen guten Willen gab, da bin ich auch einig mit dem Kollegen Sönnichsen. Denn es gibt viele kleine Gruppen, die dort immer gearbeitet haben, die unbedingt auch einen professionellen Überbau brauchten im Sinne eines Kümmerers, der es vielleicht einmal möglich macht - für welche Gedenkstätte auch immer in diesem Land -, Förderungen generieren zu können. Das wird jetzt durch das Ministerium zur Verfügung gestellt. Es ist eine sehr wichtige Arbeit, die zeigt, dass gerade diese Regierung, gerade unsere Kulturministerin mit ihren Mitarbeitern die Gedenkstättenarbeit für wichtig und notwendig erachtet und dort neuen Schwung hereinbringen will. Ich bin sehr froh, dass unsere Ministerin genau dieses tut. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Berichte der Landesregierung Drucksachen 18/698 und 18/794 dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

Notwendigen Ausbau der A 7 optimal vorbereiten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/823

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/877

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist, wie ich sehe, nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Volker Dornquast.

Volker Dornquast [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, wir sind alle froh, dass der erforderliche **sechsstreifige Ausbau der A 7** vom Bordscholmer Dreieck bis zum Kreuz Nord-West in Hamburg und der achtstreifige Ausbau auf Hamburger Gebiet bis zum Elbtunnel 2014 nun endlich beginnen wird.

Trotz der Fertigstellung der vierten **Elbtunnelröhre** und der Freigabe aller Fahrstreifen nach der Sanierung der drei älteren Tunnel kommt es fast täglich zu **erheblichen Staus auf der A 7**, mindestens bis Quickborn, meistens jedoch bis Kaltenkirchen oder dazwischen. Das Gleiche gilt auch für die A 23 im Pinneberger Raum.

Sehr geehrter Minister Meyer, es wäre sehr interessant, von Ihnen einen Bericht zu bekommen - das ist aber kein Antrag dafür - über die Dauer und Länge der durchschnittlichen Staus auf diesen Streckenabschnitten. Dieser tägliche Wahnsinn wird dann hoffentlich ein Ende haben. Aber wie immer bei solchen Dingen, bevor ein Wahnsinn ein Ende hat, wird es zu Anfang noch viel schlimmer.

Während der Bauzeit, die auf schleswig-holsteinischem Gebiet voraussichtlich bis 2018 laufen wird und auf dem Hamburger Gebiet weit darüber hinaus, werden erhebliche Belastungen auf uns zukommen.

Wenn wir im Norden dann fertig sind, dann geht es im Süden Hamburgs erst richtig los. Dort ist die gesamte Autobahn geständert und muss dann vollständig ersetzt werden. Jeder kann sich vorstellen, was das für den laufenden Verkehr dort bedeuten wird. Bis alle **Baumaßnahmen** abgeschlossen sind, werden wir voraussichtlich das Jahr 2028 erreicht haben.

Ich habe zu diesem Thema eine Kleine Anfrage an die Regierung gestellt und habe aus der Antwort der Landesregierung den Eindruck gewinnen müssen: Es gibt hier leider noch kein ausreichendes

(Volker Dornquast)

Problembewusstsein, was dort auf uns zukommen wird. Deshalb dieser Antrag.

Die Verkehrssituation, die auf uns zukommen wird, wird die Menschen in der Region an die Grenzen des Zumutbaren bringen. Deshalb darf sich diese Landesregierung nicht darauf zurückziehen, dass der Verkehr, so wie es in der Antwort steht, zweispurig je Richtung weiterlaufen wird. Es wird also alles nicht so schlimm, könnte man daraus ablesen. Wer das tut, der übersieht, dass es auf der ganzen Strecke **Brückenbaumaßnahmen** geben wird, und was das bedeutet, weiß man. Wer das tut, der scheint auch nicht zu wissen, dass diese Autobahn zu Spitzenzeiten bereits heute dreistreifig betrieben wird und zweispurigen Baustellen etwas anderes bedeuten als zweispurig auf normal betriebenen Autobahnen. Deshalb müssen wir versuchen, die Pendler runter von der Straße und rauf auf die Schiene zu holen.

Herr Meyer, Sie behaupten in Ihrer Antwort, dass die zusätzlich gebrauchten **Park-&-Ride-Plätze** von den Gemeinden zu bauen seien und sich das Land gnädigerweise an den Planungen beteiligen werde. Ich kann nur sagen: Dabei wird übersehen, warum dieser Bedarf entsteht. Es geht nicht um normale Park-&-Ride-Plätze im normalen ÖPNV-Betrieb, sondern es geht hier um gezielt geschaffene Park-&-Ride-Plätze, um Pendler von der Straße auf die Schiene zu holen, zumindest während der Baumaßnahmen.

Es reicht auch nicht zu sagen, wir schauen einmal, wie viel Kapazitäten die derzeit fahrenden Züge uns noch bieten und daraus schnitzen wir in irgendeiner Form ein **Paket für Pendler**, sondern wir brauchen eine erhebliche Attraktivitätssteigerung, das heißt eine **Taktverdichtung** und sonstige qualitativ wertvolle Angebote, damit die Autofahrer wirklich eine Alternative zu den Staus wahrnehmen.

Wenn man dann nur auf die Verbesserungspläne der DB-Strecke verweist, die Gott sei dank auf uns zukommen, dann wird dabei übersehen, dass die meisten Pendler auf der Achse der AKN nach Hamburg fahren. Das heißt, diese Achse ist viel wichtiger als die andere.

(Beifall CDU)

Herr Meyer, Sie haben nach eigenen Aussagen keine Planungen für Ausweichstrecken. Das ist für mich eine ganz große Problem. Denn Sie verschlafen hier eine wichtige offenkundig vorhandene Aufgabe. Die beste **Ausweichstrecke** wäre eine **fertiggestellte A 20** - und dieses so bald wie möglich. Aber das wird bis dahin nicht machbar sein.

Das ist uns allen klar. Aber die Bundesstraßen, die wir jetzt haben, müssen freigebracht werden für den Ausweichverkehr. Daher bedarf es Handlung durch die Regierung.

Wir hoffen, dass Sie am 17. Juni 2013 - da haben Sie zu einer Veranstaltung eingeladen; das finde ich gut - viele der Vorschläge aufgreifen, deren Umsetzung ankündigen und dann aber auch diese Ankündigung umsetzen.

Der Änderungsantrag der Koalition - ich finde ihn beschämend - ist eine Zusammenfassung von allgemeinen Floskeln über Verkehrspolitik, aber geht auf die tatsächlichen Probleme in diesem Bereich überhaupt nicht ein. Das zeigt, wie lax mit solchen Dingen von Ihnen umgegangen wird. - Schönen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Besonders sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Ihr Antrag liest sich, als hätten Sie Grund, davon auszugehen, dass in den letzten Jahren keine, aber auch gar keine Vorbereitung für den **Ausbau der A 7** in Schleswig-Holstein stattgefunden hätte. Sie wissen, dass das nicht so ist. Bereits die Vorgängerregierungen sind sehr aktiv gewesen, auch zu Ihrer Regierungszeit.

Ich nenne ein paar Eckpunkte: 2005 hat Minister Rohwer bereits Gespräche über die Ausweitung der DEGES, der Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH, geführt. Das Ziel: Die **DEGES** sollte für die ganze Bundesrepublik Deutschland tätig sein, damit auch Schleswig-Holstein ihre Fachkompetenz nutzen kann. Wie Sie wissen, hatte diese Initiative Erfolg.

In ihrem Koalitionsvertrag 2005 verabredeten CDU und SPD den Ausbau der A 7. Man konnte durchaus erwarten, dass das Verkehrsministerium, damals unter Minister Austermann, diesen Beschluss umsetzte und mit den Vorbereitungen begann. 2008 erwarb Schleswig-Holstein dann Anteile an der DEGES. Die Bauvorbereitung des Ausbaus der A 7, die Durchführung des Vergabeverfahrens für das **ÖPP-Projekt** und die Abwicklung des

(Kai Vogel)

Vertrages in der Bauphase wurden an die DEGES übertragen.

Wie Sie wissen, fanden zwischen 2005 und 2012 ungefähr drei oder vier Austausche von CDU-Wirtschafts- und Verkehrsministern statt. Trotzdem gelang es dem Ministerium, die Planung für die A 7 weiterzuführen. Ende 2011 wurde - dann inzwischen unter Minister de Jager - das **Vergabeverfahren für das ÖPP-Projekt** gestartet. Die Vergabeunterlagen sind außerordentlich umfangreich. Wir von der SPD finden das richtig. Denn aus unserer Sicht ist Bürokratie kein Selbstzweck, sondern dient dazu, dass allen Interessen und Belangen von Bürgerinnen und Bürgern, von der Wirtschaft und von anderen Betroffenen Rechnung getragen wird. Inzwischen liegen für alle sechs Bauabschnitte Planfeststellungsbeschlüsse vor, vier von denen haben bereits Bestandskraft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die A 7 wird ausgebaut, weil sie für uns in Schleswig-Holstein, in Deutschland und für den Verkehr zwischen Deutschland und Dänemark eine so bedeutende und besonders intensiv genutzte Nord-Süd-Verbindung darstellt.

(Volker Dornquast [CDU]: Kommen Sie mal zum Thema!)

Gerade wegen dieser großen Bedeutung kommt es darauf an, die A 7 auch während der **Bauphase** weiter nutzen zu können. Hierfür sollten wir parallel auf zwei Wege setzen.

Erstens. Die A 7 selbst sollte provisorisch so erüchtigt werden, dass sie weiterhin als Verkehrsader funktioniert.

Zweitens. Wo immer möglich, sollte auch der **öffentliche Personenverkehr** auf Straße und Schiene ausgebaut werden. Das betrifft gerade die Pendlerinnen und Pendler, die in Schleswig-Holstein wohnen und in Hamburg arbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir es klug anstellen, schaffen wir in Punkto ÖPNV mit dem Ausbau der A 7 sogar einen Mehrwert. Das finde ich ganz besonders gut. Wenn es uns gelingt, attraktive Verbindungen nach Hamburg, nach Kiel und Flensburg zu etablieren, dann kann es gelingen, Menschen dauerhaft für öffentliche Verkehrsmittel und **effizientere Mobilität** zu gewinnen, auch über die Bauphase hinweg.

Dazu gehören unter anderem vernetzte Verkehre. Ich nenne Park-&-Ride, Bike-&-Ride, Car-Sharing und Mitfahrportale, damit die individuelle Mobilität effizient, billiger und umweltfreundlicher wird. Die

Stärkung und **Attraktivitätssteigerung der Bahnverbindungen** auf den Strecken Hamburg-Kiel und Hamburg-Flensburg gehört ebenfalls dazu.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir werden es schaffen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir die A 7 so ausbauen werden, dass Störungen möglichst gering gehalten werden. Gute Planung gehört dazu, ebenso der enge Kontakt mit allen Akteuren. Die gesammelte Kompetenz der Beteiligten zu nutzen - das können wir. Denn wie Sie wissen, setzt unsere Landesregierung auf Dialog. Daher wird der Verkehrsminister natürlich auch aktuell über neue Stände berichten. Einer gesonderten Aufforderung bedarf es dafür nicht. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wertes Herr Kollege Dornquast, Ihr vorgelegter Antrag sieht die **Nutzung von ÖPNV** nur als notwendiges Übel vor, wenn gerade einmal die Straße nicht verfügbar ist. Das ist zu kurz gesprungen und zeugt auch von einer gewissen Konzeptlosigkeit. Denn im 21. Jahrhundert müssen wir eine andere Verkehrspolitik machen.

Sie betreiben das, was Sie bereits im letzten Plenum getan haben, indem Sie in einem Antrag forderten, die AKN zur S 21 auszubauen, aber selbstverständlich - ich zitiere - „nur als Alternative während der Bauzeit der A 7“. Das reicht nicht.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte.

Volker Dornquast [CDU]: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass Sie natürlich mit Ihrer letzten Aussage, die Sie gemacht haben, völlig falsch liegen. Der Antrag zur Elektrifizierung der S 21 hat nichts mit Baustellenverkehr an der A 7 zu tun, sondern ist völlig un-

(Dr. Andreas Tietze)

abhängig davon zu sehen. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

- Das nehme ich gern zur Kenntnis. Aber da sind wir wieder unterschiedlicher Meinung. Wir gehen von einem Verbundsystem in einer modernen Mobilitätspolitik aller öffentlichen Nahverkehrsmittel aus und nicht von einer separaten Sichtweise. Deshalb haben wir da unterschiedliche Auffassungen in der Verkehrs- und Mobilitätspolitik.

Im Übrigen haben die Wählerinnen und Wähler hier tatsächlich die Wahl. Sie können sich entscheiden, ob sie eine moderne **Verkehrsmobilitätspolitik** oder eine rückwärtsgewandte Politik des Straßenbaus wählen. Denn Ihre Forderungen angesichts des Klimawandels und der von Ihrer Kanzlerin in der EU vereinbarten **CO₂-Einsparziele** müssen auch im personenbezogenen Individualverkehr erbracht werden. Darum kommen Sie nicht herum.

Deshalb müssen Sie sich auch dieser Tatsache einmal stellen.

Was ist es für ein ökologischer und volkswirtschaftlicher Unsinn, Investitionen zur nachhaltigen Verkehrsverlagerung vorzunehmen und, nachdem die geliebte Autobahn fertiggestellt ist, zu sagen: Liebe Leute, jetzt benutzt ihr bitte wieder das Auto! - Nein, es geht um die integrierte Gesamtsichtweise. Es geht um eine Umsteuerung des Verkehrs, und es geht hier nicht um Lückenbüßerei-Politik, die Sie hier wiederholt vorlegen.

Ihre Denke, der **Bau neuer Fernstraßen** sei nötig, um die regionale Wirtschaftskraft zu stärken - das will ich an dieser Stelle auch einmal sagen, das behaupten Sie an vielen Stellen -, ist auch falsch. Es gibt eine neue Studie im Auftrag der Bundestagsfraktionen, die genau das Gegenteil - -

(Zuruf CDU: Welcher?)

- Von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!

(Zurufe FDP und CDU: Aha!)

- Wir beauftragen auch Wissenschaftler. Die haben das einmal gründlich untersucht.

(Zurufe CDU und FDP)

Erstens. Die Baukosten übersteigen alle angesetzten Planungsmittel.

Zweitens. Die prognostizierten Verkehrsflüsse, die zur Begründung für den Bau von Autobahnen herangezogen werden, wurden alle weit unterboten.

Drittens. Es sind keine spürbaren regionalwirtschaftlichen Effekte eingetreten - übrigens auch

nicht bei der A 20, die Sie ja unbedingt südlich der Elbe weiterbauen wollen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Fakten ignorieren führt nicht weiter. Darauf müssen wir uns einmal verständigen. Ich gestehe Ihnen zu: Es gibt Nachholbedarfe, ja, auch im Straßenbau. Das haben wir für die Westküste gestern auch diskutiert. Aber vor allen Dingen brauchen wir eine klare Politik für eine **Verkehrswende** in Schleswig-Holstein und keine Lückenbüßerei.

In einem Zeitungsbericht letzte Woche hat sich übrigens Bundesverkehrsminister Ramsauer geäußert. Ich sehe zwar die vielen Spatenstiche, die er für Neubauten macht; aber er handelt nicht so. Es gibt einen riesigen Investitionsstau. Die Mittel der Zukunft werden nicht reichen, um alles, was Sie in der Wunsch-dir-was-Liste haben, zu finanzieren.

Sicher, es gibt ein hohes Verkehrsaufkommen in Hamburg. Wir fordern in unserem Antrag einen Maßnahmenplan, der tatsächlich an einen Missing Link, an die Verkehrswende andockfähig ist. Deshalb haben wir moderne Mobilitätsthemen wie Umsteuerung, Car-Sharing und so weiter genannt. Wir wollen die Probleme nicht bei den Leuten abladen. Hier geht es um ein richtiges **Pendlermanagement**.

Ich bin auch offen dafür - wir haben es jetzt bei den Landesstraßen gesehen, da haben wir Mittel in die Hand genommen -, darüber zu diskutieren, ob wir zusätzliche Halte in Glückstadt brauchen, ob wir uns gerade bei der Frage Netzmitte noch einmal anschauen müssen, ob der Halt Pinneberg nicht doch wichtig ist. Wir brauchen mehr Leute, mehr Pendlerinnen und Pendler in Schleswig-Holstein auf der Schiene und nicht weniger.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Peter Lehnert?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Lehnert, bitte, sehr gern.

Peter Lehnert [CDU]: Lieber Kollege Dr. Tietze, mir wird bei Ihrem Beitrag nicht ganz klar, ob BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN generell dafür ist, die A 7 sechsspurig auszubauen. Ich frage Sie auch, ob Sie dafür sind,

(Dr. Andreas Tietze)

das Planfeststellungsverfahren zur A 20 mit Blick auf das Gutachten der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Zukunft weiterzuführen.

- Lieber Herr Kollege, ich habe ausgeführt, dass diese Ausbaumaßnahme beschlossen ist. Wir werden sie nicht verhindern. Insofern ist es völlig egal, ob wir dafür oder dagegen sind. Diese Maßnahme befindet sich in der Umsetzung.

(Beifall CDU und FDP)

Sie reden über ein Übergangsmanagement, wir reden über ein Zukunftsmanagement, darüber, wie wir Verkehrsströme in der Zukunft leiten. Das ist der Unterschied. Wir sagen: Es gehört natürlich eine Vernetzung dazu: Park & Ride, Bike & Ride, moderne Verkehrslenkungssysteme. Da ist der jetzige Ausbau nicht der Weisheit letzter Schluss. Wir wollen mit diesem integrierten Ansatz umsteuern. Auch wenn die A 7 fertiggestellt ist, werden Sie die Staus am Elbtunnel nicht verringern. Sie müssen mehr Leute auf die Schiene bringen.

Die Leute kommen schneller nach Hamburg rein - das weiß jeder, der nach Hamburg fährt. Ich mache das jetzt auch häufiger. Jeder, der nach Hamburg reinfährt, kommt schneller dahin, wenn er mit dem Zug fährt. Mit dem Auto braucht er doppelt so lange. Das sind Tatsache und Wahrheit hier in Schleswig-Holstein.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, der Abgeordnete Lehnert begehrt nach einer weiteren Zwischenfrage.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, hatten Sie etwas bei meinen Ausführungen nicht verstanden?

Peter Lehnert [CDU]: Verstanden habe ich es schon. Weil wir aber hier im Plenarsaal des Schleswig-Holstein Landtages sind, hätte ich gern von Ihnen eine konkrete Aussage, ob Sie dafür oder dagegen sind, die A 7 sechsspurig auszubauen. Dass die Maßnahme stattfindet, wissen wir alle gemeinsam. Aber Sie müssen doch eine politische Position dazu haben.

- Ich persönlich bin eindeutig dagegen. Aber ich habe es leider nicht verhindern können, dass es jetzt gebaut wird, um es deutlich zu sagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Insofern nehme ich die Realität zur Kenntnis und stelle mich den Herausforderungen, die in der Zukunft notwendig sind, damit eine solche Maßnahme in der Zukunft integriert und nicht isoliert geplant wird. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Stegner, Sie sind wirklich ein Genie. Sie haben erkannt, dass ich jetzt rede. Herzlichen Glückwunsch dazu!

(Beifall FDP)

Herr Dr. Tietze, ich muss ganz ehrlich sagen, ich nehme mit Ekel und Abscheu zur Kenntnis, dass die grüne Bundestagsfraktion Lobbyistenverbände dafür bezahlt, dass sie ihr Papiere schreiben, aus denen Sie politische Schlussfolgerungen zieht. Das ist wirklich ein Skandal sondergleichen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ihre Fraktionsvorsitzende hat heute gesagt, Anwaltskanzleien seien Lobbyisten. Wer eine solche Sichtweise hat, der muss sich das anhören.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die A 7 - -

(Anhaltende Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir den Abgeordneten wieder zu Wort kommen lassen könnten.

Christopher Vogt [FDP]:

Ich unterbreche Sie nur ungern bei Ihren Unterhaltungen. Ich setze neu an und sage, dass die A 7 die Hauptschlagader der **Verkehrsinfrastruktur** unseres Landes ist und in den kommenden Jahren sein wird.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Der Kanal!)

(Christopher Vogt)

- Herr Stegner, mit dem Auto ist es relativ schwierig, über den Kanal durchs Land zu kommen. Das ist eine Sache für sich.

Meine Damen und Herren, wir - mit Ausnahme der Grünenfraktion - freuen uns, dass die A 7 auf die Herausforderungen der Zukunft endlich mit einer Baumaßnahme vorbereitet wird, die nicht einige Monate, sondern mehrere Jahre dauern wird. Dabei gilt es aus unserer Sicht, bereits im Vorwege alles Mögliche zu tun, dass die A 7 nicht zum Dauerstau wird und in einem Atemzug mit der Erneuerung der A 1 genannt wird, wo das immer wieder für sehr viel Unmut sorgt.

Bisher war mein großer, vielleicht auch der einzige Hoffnungsträger im verkehrspolitischen Bereich innerhalb der Koalition Verkehrsminister Meyer. Ich bin ihm im Nachhinein dankbar, dass er den verkehrspolitischen Teil des Koalitionsvertrages relativiert oder korrigiert hat, gerade wenn ich mir die Rede von Dr. Tietze noch einmal in Erinnerung rufe.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die Antwort der Landesregierung, des Wirtschaftsministers, die schon angesprochen wurde, auf die Anfrage des Kollegen Dornquast hat mich verwundert. Die Probleme werden auf die **Landesweite Verkehrsservicegesellschaft** abgewälzt und man verweist auf Verbesserungen in der **Struktur des ÖPNV**, die unabhängig vom Ausbau der A 7 bereits getroffen worden sind. Ansonsten sollen sich die Kommunen doch bitte selbst um die Errichtung von Park-&-Ride-Parkplätzen kümmern. Wenn Sie dabei Beratung haben wollen, können Sie sich gern melden. Alternative Strecken werden nicht in Betracht gezogen.

Das klingt so ein bisschen wie: Es wird schon alles irgendwie werden. Eigene Ideen oder ein nachvollziehbares und mit Hamburg abgestimmtes Gesamtkonzept hat die Landesregierung offenbar nicht. Das ist aus meiner Sicht ein recht schwaches Bild, das da bisher abgegeben wurde. Wir stehen immerhin rund ein Jahr vor Baubeginn. Immerhin ist die Landesregierung schon einen Schritt weiter. Sie hat das Problem zwar erkannt, aber noch keine Lösung dafür präsentiert.

Der Hamburger Senat ist offenbar, wenn man sich die Antworten auf die entsprechende Anfrage anschaut, noch nicht so weit. Er hat das Problem nach wie vor gar nicht erkannt.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns anschauen, was bei der Erneuerung der A 1 passiert ist: Da

ist die Zahl der Unfälle während der Baumaßnahme deutlich angestiegen. Wenn man einen Baustellenunfall verursacht, dann hat das weitaus größere Folgen als bei einem normalen Autobahnstück. Das heißt also, der Stau dort hat sich massiv gesteigert. Ich befürchte, dass das auch bei der **A 7** passieren wird, wenn man nicht für stärkere **Entlastung während der Baumaßnahme** sorgt.

Der Minister selber ist ein täglicher Nutzer der A 7 und weiß das; die Logistikbranche und andere Unternehmen, die auf die A 7 wirtschaftlich angewiesen sind, und, Herr Dr. Tietze, auch die Tourismusbranche, auch an der Westküste und im Norden des Landes, gehören dazu. Zigtausende Pendler, die jeden Tag die A 7 nutzen, sollten erfahren, wie die Landesregierung auf diese umfangreichen Baumaßnahmen vorbereitet ist. Unternehmen sollten erfahren, worauf sie sich einstellen müssen. Bisher ist kein erkennbares Konzept vorhanden.

Das ist ein fatales Signal an die Wirtschaft in unserem Land, an die Tourismuswirtschaft, an die Logistikwirtschaft. Deshalb finde ich es auch richtig, dass die CDU nach ihrer Kleinen Anfrage einen Antrag gestellt hat, in dem ein Konzept gefordert wird. Wir werden dem CDU-Antrag heute zustimmen. Den Koalitionsantrag werden wir ablehnen.

Den ersten Absatz hat wahrscheinlich Dr. Tietze geschrieben. Das ist schöne grüne Lyrik. Die anderen beiden sind komplett inhaltsleer. Insofern werden wir den Antrag ablehnen. Immerhin wird es zu diesem Thema Mitte Juni eine Veranstaltung des Ministeriums mit der Logistikinitiative geben. Das ist schon mal ein guter Anfang. Vielleicht entsteht daraus etwas. Aber das wird ein Maßnahmenpaket während der Bauphase nicht ersetzen. - Ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Uli König das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Schön, dass Sie noch da sind. - Das **Bauprojekt Autobahn A 7** soll bis zum Ende des Jahres 2018 abgeschlossen sein. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, ist es zwingend notwendig, auf mehreren Streckenabschnitten gleichzeitig zu bauen. Trotz der eingeplanten Erholungsstrecken wird dies zu gravierenden Auswirkungen auf den

(Uli König)

Verkehrsfluss und auf die **Verkehrsbelastungen** im gesamten norddeutschen Raum führen. Aus diesem Grund teile ich ausdrücklich die Forderung der CDU-Fraktion. Die Landesregierung ist angehalten, einen Managementplan dahin gehend vorzulegen, wie sie der vermutlich höheren Verkehrsbelastung entgegenwirken will.

Ich halte es im Übrigen für eine Selbstverständlichkeit, dass sich eine Landesregierung bei einem solchen Vorhaben mit den Nachbarbundesländern in Kooperationen über eine Strategie vor, während und nach der Bauphase verständigt.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN], Volker Dornquast [CDU] und Peter Lehnert [CDU])

Wie wir seit dem letzten Bericht zum Projekt PRO-FI wissen, scheint eine solche Sorgsamkeit in der Planung nicht immer gewährleistet zu sein.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Nein, gar nicht. - Bevor es jedoch an dieser Stelle zu konkreten Maßnahmen wie zum Beispiel einer Takt- und Kapazitätsverstärkung des schienengebundenen Nahverkehrs oder einem Ausbau von Park-&-Ride-Plätzen kommt, wie von der CDU in Ihrem Antrag vorgesehen, würde ich gern einen offiziellen Bericht der Landesregierung darüber erbiten, wie der sich abzeichnende erhöhte Verkehrsbelastung zu begegnen ist.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Der Bericht sollte vor allen Dingen Aufschluss darüber geben, welcher Teil der sich abzeichnenden Mehrbelastungen durch die vorhandene Infrastruktur aufgefangen werden kann und welche **zusätzlichen Maßnahmen** ergriffen werden müssten. Sollte sich herausstellen, dass eine Erhöhung des Taktes oder der Ausbau weiterer Park-&-Ride-Plätze erforderlich ist, bin ich gern bereit, Ihrem Antrag zuzustimmen. Aus diesem Grund beantrage ich Ausschussüberweisung, und ich freue mich darauf, mit Ihnen im Wirtschaftsausschuss darüber zu reden.

(Beifall PIRATEN und des Abgeordneten Peter Lehnert [CDU])

Präsident Klaus Schlie:

Für den SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die landesweite und **internationale Bedeutung** der **A 7** ist unbestritten. Sie ist die längste Autobahn in Deutschland und die Verbindung von Skandinavien mit Mitteleuropa. Es ist unbestritten: Die Autobahn muss dringend ertüchtigt werden, und es muss eine Anpassung an die verkehrlichen Erfordernisse erfolgen. Dafür setzen wir uns hier im Landtag bereits seit Langem parteiübergreifend ein.

(Beifall SSW)

Der Termin für den lang ersehnten Baubeginn rückt nun immer näher. Startschuss hierfür ist das zweite Quartal 2014. Der sechsspurige Ausbau auf schleswig-holsteinischer Seite geht vom Bordscholmer Dreieck bis nach Hamburg und ist in sechs Abschnitte aufgeteilt. Dies ist ein schleswig-holsteinisches Verkehrsprojekt, mit dem sich bereits mehrere schleswig-holsteinische Verkehrsminister befasst haben; auch CDU-Minister. Von daher kann ich nicht nachvollziehen, dass die Kollegen Lehnert und Dornquast nun so tun, als wären vonseiten des Verkehrsministeriums bisher überhaupt keine Vorarbeiten geleistet worden. Dies ist mitnichten der Fall.

Im Dezember 2011 hat Minister de Jager dem Landtag berichtet, dass das Vergabeverfahren nun endlich in Gang gesetzt wurde. Um eine zeitnahe Realisierung der Maßnahme sicherzustellen, haben Bund, Hamburg und Schleswig-Holstein die Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES) mit der **Planung** und dem Vergabeverfahren beauftragt. Dort verfügt man über das vorhandene Know-how für eine Projektierung in dieser Größenordnung.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Meyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dornquast?

Flemming Meyer [SSW]:

Ja.

Volker Dornquast [CDU]: Ist Ihnen nicht bewusst, dass es bei dieser Diskussion um zwei völlig verschiedene Dinge geht? - Das eine sind Vorbereitung und Planung für den Bau dieser Autobahn. Dies ist von den CDU-Ministern selbstverständlich gut vorangetrieben worden. Etwas anderes ist die **Durchführung der Baumaßnahme** mit möglichst

(Flemming Meyer)

wenig Verkehrsbehinderungen. Ist Ihnen dieser Unterschied nicht bewusst?

- Mir ist klar, dass das ein Unterschied ist. Wenn man aber eine Firma wie DEGES beauftragt, dann nehme ich an, dass man so etwas in der Planung berücksichtigt. Das müsste eigentlich so sein.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man hat damit die Vorbereitung des Ausbaus und die Durchführung des Vergabeverfahrens für das ÖPP-Projekt sowie die Abwicklung des Vertrages an die DEGES übertragen. Das gilt auch für die Vorbereitung des Ausbaus.

Die täglich zu vernehmenden Staumeldungen in und um Hamburg sind insbesondere für die Pendler und für die Spediteure eine Pestilenz.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

Im Stau zu stehen bedeutet eine Vergeudung von Lebenszeit. Güter, die auf der Straße stehen, können nicht in Umlauf gebracht werden. Staus sind volkswirtschaftliches Gift. Daher ist es gut, dass dieses Problem nun endlich angegangen wird. Wir stehen damit aber auch vor einer großen Herausforderung.

Es ist nicht davon auszugehen, dass die **Bauzeit** die **Stausituation** verbessern wird. Auch die Umlandgemeinden werden hiervon nicht gänzlich verschont bleiben. Es ist jedoch vorgesehen, die bestehenden Fahrstreifen so weit wie möglich aufrechtzuerhalten. Auch wenn die CDU von diesem Vorhaben nicht überzeugt ist, gilt: Die A 7 wird weiter genutzt werden können. Dies wird insbesondere für den überregionalen Verkehr wichtig sein.

Wo immer es möglich ist, werden wir dafür sorgen, dass der **öffentliche Personennahverkehr** auf Schienen und Straßen intensiviert wird. Zudem muss auf eine bessere Verknüpfung und Vertaktung von Bus und Bahn hingearbeitet werden. Dies werden wir auch angehen. Es ist aber nicht nur die Landesebene gefragt. Auch die kommunale Ebene muss sich in dieser Angelegenheit ihrer Verantwortung bewusst sein. Dort wird die Einrichtung von Park & Ride-Plätzen notwendig sein, um das Umsteigen von dem Auto auf die Bahn zu erreichen. Zudem gilt es, Mitfahrangebote und Pendlerportale zu stärken. Dadurch wird die Mobilität der Pendler weiter gewährleistet. Dies könnte langfristig den positiven Effekt haben, dass die Menschen an alternative Mobilitätsmöglichkeiten herangeführt werden.

Der Ausbau der A 7 ist ein Verkehrsprojekt auf der wichtigsten Nord-Süd-Verbindung Deutschlands. Das Interesse hieran ist selbstverständlich sehr groß. Daher ist es zu begrüßen, dass die Landesregierung gemeinsam mit der DEGES Informationsveranstaltungen durchführt, um mit den Betroffenen über Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren. Sie sehen, der Dialog ist bereits in vollem Gang.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herr Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe bei diesem Antrag ein bisschen den folgenden Eindruck: Die Vorbereitung der Ausbauarbeiten der A 7 lag bei einem CDU-Minister, insofern ist alles gut. Jetzt kommt das Management, und das muss ein SPD-Minister machen. Auf einmal wird alles schlecht. So einfach ist die Welt natürlich nicht. Sie können mir nicht unterstellen, dass wir die **Probleme** auf der A 7 nicht kennen würden. Herr Vogt hat darauf hingewiesen, ich fahre fast jeden Tag auf der A 7. Daher sind mir die Dinge bekannt.

Ich sage aber sehr deutlich: Wenn wir eine solche Autobahn, die eine zentrale Entwicklungsachse für Schleswig-Holstein ist, auf sechs Fahrspuren ausbauen, dann wird es natürlich Zumutungen und Einschränkungen geben. Das ist überhaupt keine Frage. Politisch hoffe ich, dass diejenigen, die hier den Antrag gestellt haben, nicht auf eine sogenannte Selffulfilling Prophecy hoffen, nach dem Motto: Es wird Staus geben, und es gibt einen Minister, den wir dafür verantwortlich machen können. So einfach können wir uns das nicht machen.

(Beifall Jens-Christian Magnussen [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass wir das vernünftig managen. Das werden wir auch tun, Sie werden das erleben, meine Damen und Herren.

Ein solcher **Ausbau der A 7** ist eine ganz große **Koordinierungsaufgabe**. Diese wird nicht dadurch einfacher, dass wir hier ein ÖPP-Modell haben, denn das bedeutet im Verfügbarkeitsmodell, dass derjenige, der das plant und baut, selbst entscheiden kann, wann er innerhalb der vier Jahre, die vorgese-

(Minister Reinhard Meyer)

hen sind, welchen Abschnitt baut. Das macht die Koordinierung nicht einfacher, die wir länderübergreifend mit Hamburg leisten.

Ich kann Ihnen sagen, was es hier alles gibt, nämlich gemeinsame **Projektgruppen** und **Abstimmungsgespräche**. Wir haben insbesondere die Erfahrungen mit der Baustelle auf der A 1 zwischen Hamburg und Bremen, die wir auswerten. Wir wollen einen Lerneffekt haben. Die DEGES führt eine Verkehrssimulation durch. Es gibt in jedem Monat einen Jour fixe der Beteiligten. All das läuft bereits.

Was heißt das konkret? - Es beginnt mit den Vorgaben, die wir bei der Verkehrslenkung, bei den Informationen und hinsichtlich der Vergabebedingungen schon gemacht haben. Das bedeutet, Großraum- und Schwertransporte sind zu berücksichtigen. Wir wollen in der Baustellenphase die volle Anzahl der Fahrstreifen - vier Stück - erhalten. Es wird Mindestbreiten für die Fahrstreifen geben, Höchstlängen für die Baustellen, und es gilt für Schleswig-Holstein, dass wir in dieser Zeit auf den parallelen Strecken keine Bautätigkeit vornehmen.

Wichtig ist auch, dass wir mit dem Auftragnehmer vereinbaren werden, dass es einen **Verkehrskordinator** gibt, weil wir natürlich die Öffentlichkeit über all das, was auf der Strecke passiert, zeitnah informieren müssen. Viele Informationswege werden wir dort nutzen. Es wird entsprechende Plattformen geben. Eine Internetseite ist eingerichtet. Sie sehen: Da ist eine ganze Menge passiert.

Auch bei der **Verkehrslenkung** sind bereits Maßnahmen vorgesehen, wie die zusätzliche Installation von Stauwarnanlagen, die Nutzung bestehender Verkehrsbeeinflussungsanlagen für Ausweichverkehre, die wir in bestimmten Teilen brauchen, zum Beispiel, um den Verkehr von Neumünster in Richtung A 21 zu leiten, und keine parallelen Bautätigkeiten. Aber, Herr Dornquast, ich sage auch: Dass wir bewusst den Verkehr zum Beispiel auf die B 4 lenken - bei all den Kommunen, die an der Strecke liegen -, kann nicht der richtige Weg sein. Ich glaube, das, was wir tun, wird das Richtige sein.

Aber - das ist das Gute an dem CDU-Antrag - das ist vor allen Dingen eine Chance für die Schiene und den ÖPNV. Deswegen müssen wir das Angebot verbessern. Wir haben schon darauf hingewiesen: Ab Dezember 2014 startet das **Netz Mitte** mit einer höheren Frequenz und mit einer höheren Kapazität auf den Strecken zwischen Hamburg und Kiel und Hamburg und Flensburg - Halbstundentakt Kiel-Hamburg und statt alle zwei Stunden von Flensburg nach Hamburg stündlich. Das wird das

Angebot erhöhen. Das gilt übrigens auch für die AKN, denn wir werden ab 2015 neue Fahrzeuge mit erhöhter Sitzplatzqualität und -kapazität einsetzen. In der Tat sollten wir im Ausschuss darüber reden, wie wir Park-&-Ride-Parkplätze zusammen mit den Kommunen an den richtigen Stellen bereitstellen können. Das ist sicherlich eine Anregung, die wir brauchen.

Aber wir müssen auch über den Güterverkehr, der über die Autobahn läuft, nachdenken - das heißt **kombinierter Ladungsverkehr** -, zum Beispiel über ein neues KLV-Terminal in Neumünster. Das ist der richtige Weg, um mehr Verkehr von der Autobahn auf die Schiene zu bekommen.

Wir haben eine ganze Menge Maßnahmen entworfen. Wir sind dabei, das Verkehrsmanagement aufzustellen. Das machen wir gemeinsam mit Hamburg. Wir werden am 17. Juni 2013 vieles von dem intensiver bei einer öffentlichen Veranstaltung in Neumünster vorstellen. Alle sind herzlich eingeladen. Ich glaube, es wird auch wichtig sein, dort noch einen weiteren Schwerpunkt daraufzusetzen, dass wir die Chancen, die die Schiene während der Bauphase der A 7 hat, insbesondere für den öffentlichen Personennahverkehr, darstellen. Ich bin gern bereit, im Ausschuss weiter über die Fortschritte zu berichten. Meine Damen und Herren, Sie können sehen: Wir haben einen Plan. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/823 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/877 als selbstständigen Antrag dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig der Fall. Dann haben wir so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkte 28 und 43 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführungsorgane und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen veröffentlichen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/824

(Präsident Klaus Schlie)

b) Aktionärsrechte stärken - Vorstandsvergütungen durch Hauptversammlung festlegen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/725

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 18/841

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wer übernimmt die Berichterstattung aus dem Finanzausschuss?

(Zurufe)

- Dem Finanzausschuss hat das vorgelegen.

(Zurufe)

- Das ist ein völlig neuer Antrag? Dann erteile ich nach Absprache zwischen den Fraktionen jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Breyer das Wort. Die Abgeordneten der anderen Fraktionen geben ihre Reden zu Protokoll.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, Sie haben das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Danke, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gibt es eigentlich etwas Selbstverständlicheres als dass ein Unternehmer weiß, wie viel er seinen Mitarbeitern zahlt? Ist es nicht selbstverständlich, dass bei öffentlichen Unternehmen die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat zu wissen, wie viel sie Aufsichtsrats- und Geschäftsführungsmitgliedern zahlt? - In Hamburg ist das selbstverständlich. Dort gibt es einen **Corporate Governance Kodex**, demzufolge die Verfügung der Mitglieder der Geschäftsführung einzeln, aufgeteilt nach erfolgsunabhängigen, erfolgsbezogenen und anderen Komponenten offenzulegen sind.

(Volker Dornquast [CDU]: Aber in Lübeck nicht!)

In Nordrhein-Westfalen gibt es seit Jahren ein **Offenlegungsgesetz**.

Auf internationaler Ebene gibt es seit 2006 **OECD-Leitsätze zur Corporate Governance** in staatseigenen Unternehmen, in denen es heißt: In Bezug auf die Vergütung der Board-Mitglieder und der Geschäftsführung gilt die Offenlegung personenbezogener Daten als gute Praxis.

In Schleswig-Holstein gibt es bisher keine individualisierte Veröffentlichung, und deswegen ist es gut, dass es uns PIRATEN gibt, um die Landesregierung zu veranlassen, tätig zu werden.

(Beifall PIRATEN - Zurufe)

Wir haben in den letzten Jahren immer wieder beobachten dürfen: Wo es an einer öffentlichen Kontrolle der Höhe der Bezüge fehlt, kommt es immer wieder zu sprunghaften Anstiegen der Vergütung. Beispiel Hamburger Hafengesellschaft: Vom Jahr 2010 bis 2011 stieg das Jahresergebnis um 4 %, die Vergütungen bei den Vorständen explodierten aber um bis zu 117 %. Beispiel UKSH: Der Landesrechnungshof kritisiert seit Jahren eine ungewöhnlich hohe und stark ansteigende Höhe der **Vorstandsgehälter** trotz bekannt schlechter Finanzlage. In allen anderen Bundesländern sei es möglich gewesen, deutlich niedrigere Gehaltsvereinbarungen vorzunehmen. Trotz Beschluss des Landtages sei die Vergütung nicht reduziert worden.

Wir haben in öffentlichen Unternehmen teilweise höhere Vergütungen, die teilweise ein Vielfaches der Vergütung von Bürgermeistern oder des Ministerpräsidenten betragen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unerhört!)

Deswegen muss klar sein: Wir brauchen zwar gute Manager auch für öffentliche Unternehmen, aber die Höhe ihrer Bezüge muss dem kritischen Auge der Öffentlichkeit standhalten.

(Beifall PIRATEN)

Das letzte Wort muss immer der Eigentümer haben, also in dem Fall die Bürger. Die haben eine klare Meinung dazu. Laut Meinungsumfragen halten 91 % der Bürgerinnen und Bürger Managergehälter für zu hoch.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wundert nicht!)

Wir PIRATEN fordern mit unserem Antrag an dieser Stelle eine verbindliche und individualisierte **Veröffentlichung der Bezüge** der Aufsichtsrats- und Geschäftsführungsmitglieder öffentlicher Unternehmen des Landes und der Kommunen. Veröffentlicht werden sollen auch Erfolgsbeteiligungen, Boni, was für Altersvorsorge gezahlt wird und welche Vereinbarungen für den Trennungsfall getroffen sind - siehe HSH Nordbank.

(Christopher Vogt [FDP]: Und das Alter!)

Wir wollen, dass das nicht irgendwo in Geschäftsberichten versteckt wird, sondern auf einem zentra-

(Dr. Patrick Breyer)

len Internetportal abrufbar und weiter verwendbar ist. Es freut mich, dass die Landesregierung angekündigt hat, diesen Ball aufzunehmen.

Allerdings halte ich es andererseits nicht für akzeptabel, dass meine Anfrage nach der Höhe der Bezüge gegenwärtig überhaupt nicht beantwortet worden ist. Die Frau Finanzministerin ist nicht mehr da. Sie hat gesagt: Bei Unternehmen mit nur einem oder zwei Geschäftsführern geht eine anonymisierte Veröffentlichung nicht. Wie ist es mit den anderen öffentlichen Unternehmen? Da wäre eine Veröffentlichung sehr wohl möglich. Ansonsten hätte ich doch erwartet, die Information zumindest nicht öffentlich zu erhalten. Ich werde da noch einmal nachfragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin sicher, dass die von uns jetzt angestoßene gesetzliche Grundlage für eine Veröffentlichung der Bezüge die Transparenz über die Verwendung von Steuergeldern verbessern und die Akzeptanz öffentlicher Unternehmen stärken wird. Für uns PIRATEN muss klar sein: Wir wollen einen transparenten Staat und keine gläsernen Bürger. - Danke.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Danke. Ich gehe davon aus, dass wir in der Sache abstimmen?

(Zurufe: Ausschussüberweisung!)

- Dann würde ich darum bitten, den Antrag auf Ausschussüberweisung zu stellen.

Peter Eichstädt [SPD]:

Dieser Antrag ist hiermit gestellt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Danke. - Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/824 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung zu b). Herr Abgeordneter Dr. Breyer, da gab es tatsächlich eine Beschlussfassung des Finanzausschusses, dazu hätte auch berichtet werden können. Ich gehe davon, dass das zusammengefasst war.

Ich lasse also über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 18/841, abstimmen. Wer der Ausschussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Charta für Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/825

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. In der Aussprache verfahren wir wie bei dem vorherigen Tagesordnungspunkt. Das Wort erhält der Abgeordnete Uli König für die Fraktion der PIRATEN, die Abgeordneten der anderen Fraktionen geben ihre Wortbeiträge zu Protokoll.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Stellen Sie sich vor: Sie stehen morgens auf, und vor Ihrem Haus steht ein Bulldozer.

(Zurufe)

Der freundliche Bauarbeiter erklärt Ihnen, dass er jetzt eine Umgehungsstraße durch Ihr Haus bauen möchte.

(Zurufe)

Außerdem hätten Sie schon vor Monaten Protest einlegen können.

(Zurufe: 42! - Beifall PIRATEN)

- Genau, sehr schön, 42. - Die Pläne hätten im Keller des Planungsbüros ausgelegen.

Ganz so schlimm wie in der hier beschriebenen Szene aus „Per Anhalter durch die Galaxis“ ist es in unserem Land zum Glück nicht. Es kommt aber häufiger vor, dass Bürger von den **Windeignungsflächen** vor ihrer Haustür erst erfahren, wenn die Frist für einen Widerspruch abgelaufen ist.

Ziel unseres Antrags ist es, diese Situation zu minimieren. Momentan muss sich der Bürger aktiv informieren, um von Infrastrukturvorhaben, die ihn betreffen, zu erfahren.

Hand aufs Herz: Wer von Ihnen liest regelmäßig die **amtlichen Bekanntmachungen** von Bund, Land und Kommunen durch, wenn er nicht zufälligerweise im lokalen Bauausschuss sitzt?

(Uli König)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ralf Stegner! - Beate Raudies [SPD]: Jetzt lernt ihr erst einmal Kommunalpolitik! Dann reden wir weiter! - Anhaltende Unruhe)

Dieser Antrag soll ein niedrigschwelliges **Informationsangebot über Infrastrukturvorhaben** für jedermann schaffen. Nach unseren Vorstellungen soll eine zentrale Stelle im Internet geschaffen werden, bei der sich die Bürger informieren können. Natürlich ist nicht jeder internetaffin, das haben auch wir inzwischen verstanden.

(Beifall - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weshalb gucken Sie mich so an? - Heiterkeit)

- Ich habe Herrn Peters angeguckt,

(Zurufe)

weil er so schön geklatscht hat. - Deswegen wollen wir die klassischen **Informationsveranstaltungen** vor Ort. Nach unseren Plänen kann sich der einfache Hausmann, der sich um die Kinder kümmert, genauso einfach über Projekte, die ihn betreffen, informieren wie die Managerin mit ihrem 16-Stunden-Tag - und das, ohne im Bauausschuss zu sitzen.

(Beifall PIRATEN)

Stellen Sie sich vor, Sie werden automatisch **per E-Mail informiert**, wenn im Radius von 5 km um Ihr Haus ein Bauprojekt geplant wird. Wenn wir die Daten zu diesem Projekt als Open Data zur Verfügung stellen, ist das heute schon möglich.

(Beifall PIRATEN)

Das ist keine Science-Fiction, sondern einfache Informatik, auch wenn manche von Ihnen den Unterschied vielleicht nicht verstehen.

(Olaf Schulze [SPD]: Und wenn sie keinen Internetanschluss haben! - Weitere Zurufe)

- Wollen Sie eine Frage stellen?

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter König, Sie haben das Wort. Wenn jemand eine Frage stellen wollte, würde ich das sehen und Sie fragen.

Uli König [PIRATEN]:

Ich habe noch 2 Minuten 30 Sekunden; das können wir bis zum Anschlag ausreizen. - Nur ein informierter Bürger kann frühzeitig Verbesserungsvorschläge zu Projekten einbringen, und nur so kann Akzeptanz in der Bevölkerung geschaffen werden.

Nur wenn im Vorfeld das Ob möglicher Großvorhaben ergebnisoffen mit den Bürgern besprochen wird und ernsthaft Alternativen diskutiert werden, haben solche Projekte eine Zukunft.

(Beifall PIRATEN)

Es ist für das Land und die Politik effektiver, diese Plattform zu schaffen, anstatt sich in langwierigen Gerichtsprozessen mit den Bürgern auseinanderzusetzen, die wichtige Projekte verzögern.

Ich glaube, ich brauche hier niemandem mehr von Stuttgart 21 oder Einflugschneisen für den BER zu erzählen. Auch die demokratische Missgeburt des Vorhabens einer festen Fehmbarnbelt-Querung oder die mangelhafte Bürgerbeteiligung bei der Entscheidung über neue Höchstspannungsleitungen in Schleswig-Holstein sind Ihnen bekannt.

(Beifall PIRATEN - Unruhe)

Dialogveranstaltungen nur über die Umsetzung bereits vorgefasster Entscheidungen werden von den Bürgern zu Recht als Farce empfunden.

(Beifall PIRATEN)

Niemand möchte über die Farbe eines Castor-Behälters entscheiden; die Bürger wollen entscheiden, ob der Castor-Behälter kommt.

(Beifall PIRATEN)

Eine **frühe Bürgerbeteiligung** erhöht die Akzeptanz von Entscheidungen über Infrastrukturvorhaben, vermeidet spätere Proteste und Klagen, senkt dadurch die Dauer des gesamten Planungsverfahrens und spart Steuergelder, die bei einem späteren Ausstieg aus dem Projekt verloren gehen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich hoffe, Sie stimmen unserem Antrag zu.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister Meyer hat mir mitgeteilt, dass er seinen Redebeitrag ebenfalls zu Protokoll geben wird. Damit liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Soll der Antrag an einen Ausschuss überwiesen werden?

(Widerspruch)

- Also Abstimmung in der Sache?

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich beantrage Ausschussüberweisung! - Weitere Zurufe)

(Präsident Klaus Schlie)

- Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/825 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

(Zurufe)

- Mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss. - Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Zielvereinbarungen mit den Hochschulen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/822

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, über den Berichts Antrag mit der Maßgabe abzustimmen, dass der Bericht gegenüber dem Bildungsausschuss gegeben wird. Wer dem Antrag mit dieser Änderung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einmütig der Fall, dann haben wir so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 44 auf:

Resolution zum Nord-Ostsee-Kanal

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/739

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 18/853

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 18/873

Ich erteile dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Christopher Vogt, das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Vielen Dank, Herr Präsident, und Kollege Tietze für die technische Unterstützung. - Ich verweise auf die Vorlage.

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke Ihnen, Herr Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht?

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Nein, zur Abstimmung!)

- Erst einmal zum Bericht. Das ist nicht der Fall.

Jetzt eine Wortmeldung zum Abstimmungsverfahren. Herr Abgeordneter Dr. Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ziel unseres Antrags war ja, in diesem Haus einen möglichst breiten Konsens zu erzielen. Weil das zumindest bei einigen Punkten erreicht werden kann, bitte ich darum, nach der Abstimmung über den Änderungsantrag die Beschlussempfehlung nummernweise abzustimmen.

Präsident Klaus Schlie:

Wir kommen zuerst zum Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 18/873. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der PIRATEN in der Fassung der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 18/853, abstimmen. Es ist beantragt worden, einzeln über die arabischen Nummern abzustimmen.

Ich rufe Nummer 1 auf. Wer Nummer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit hat dieser Punkt eine Mehrheit gefunden.

Ich rufe Nummer 2 auf. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. - Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der PIRATEN. Damit ist dieser Punkt so beschlossen.

Ich rufe Nummer 3 auf. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist dieser Punkt so beschlossen.

Ich rufe Nummer 4 auf. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Frak-

(Präsident Klaus Schlie)

tionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das bei Enthaltung der anderen Fraktionen so beschlossen.

Ich rufe Nummer 5 auf. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe Nummer 6 auf. Wer ist dafür? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dieser Punkt ist bei Enthaltung der anderen Fraktionen angenommen.

Ich rufe Nummer 7 auf. Wer ist dafür? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Nummer 8 auf. Wer ist dafür? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist auch dieser Punkt so beschlossen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf: Gesamtabstimmung!)

Wir müssen noch über den Antrag insgesamt abstimmen. Wer dem Antrag in der Fassung der Drucksache 18/853 insgesamt seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des

SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen.

Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags**Drucksache 18/862**

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 18/862. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar nicht der Fall.

Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 18/862 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung. Ich schließe die Sitzung und wünsche ein angenehmes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16:12 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Gemeinsame Beratung

a) **Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführungsorgane und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen veröffentlichen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/824

b) **Aktionärsrechte stärken - Vorstandsvergütungen durch Hauptversammlung festlegen**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/725

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/841

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Meine Damen und Herren! **Anlass der PIRATEN, diesen Antrag zu stellen, dürfte wohl der Fall von Jürgen Oelrich (51) sein, der als Betriebsratsvorsitzender der Stadtwerke Lübeck rund 250.000 € Gehalt zu viel kassiert hatte, was nun ja auch höchstrichterlich festgestellt worden ist.**

Folge aus dem Fall: Image-Schaden für die Stadtwerke Lübeck, Image-Schaden für die Gewerkschaften, Image-Schaden für die Stadt Lübeck, Vertrauensverlust in die Politik im Allgemeinen. Die Folgen für Herrn Oelrich brauche ich dabei gar nicht zu erwähnen.

Meine Damen und Herren, gerade in Zeiten, in denen wir eh schon über niedrige Wahlbeteiligungen klagen - siehe Stegner am Wochenende zur Kommunalwahl -, ist das Thema Transparenz insbesondere bei öffentlichen Unternehmen, Stadtwerken, des UKSH, unserer Landesproblembank HSH wichtig und überfällig. All diese Unternehmen stehen im besonderen Blickpunkt der Bürgerinnen und Bürger.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, zu wissen, wie die Geschäftsführer und Vorstände öffentlicher Unternehmen, seien es Sparkassen, Stadtwerke, Wohnungsbaugesellschaften oder Krankenhäuser, bezahlt werden. Denn die Bürgerinnen und Bürger haften mit Ihren Steuergeldern!

Wir wollen gerne mit Ihnen im Ausschuss darüber diskutieren und auch nach Lösungen suchen, die auf verfassungsrechtlich sicherem Boden stehen und unserem Land gut tun. Dass da von den kommunalen Landesverbänden Gegenwind kommen wird, ist klar. Weil Sie lieber auf eine freiwillige Lösung setzen. Gerade weil bei öffentlichen Unternehmen, die formal dem Land oder einer Kommune gehören, sollten wir in einem demokratischen Rechtsstaat kein Geheimnis aus der Höhe der Bezahlung der Organmitglieder dieser Unternehmen machen.

Für Beamte, Tarifbeschäftigte oder auch Abgeordnete und Mitglieder einer Regierung ist das allgemein anerkannt. Wir halten eine mögliche Veröffentlichung auch für Vorstände, Geschäftsführungen oder Aufsichtsratsmitglieder für unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung für diskussionswürdig und freuen uns über die Debatte in den Ausschüssen.

Peter Eichstädt [SPD]:

Meine Damen und Herren! Die Erwartung nach mehr Transparenz bei Managergehältern in Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung ist groß in der Bevölkerung. Und sie ist auch berechtigt. Sie ist Ausdruck einer aufgeklärten, durch das Internet an zunehmende Transparenz gewöhnten Gesellschaft, ist aber auch Ausdruck für die Forderung nach Gerechtigkeit und Ausgewogenheit.

Es hat in den vergangenen Jahren im Besonderen bei Gehältern, Boni und Abfindungen eine Spirale nach oben gegeben, die zu als unmoralisch empfundenen Bereicherungen geführt hat. Es waren in der Vergangenheit vor allem Fälle, die mehr zufällig oder von investigativ arbeitenden Journalisten aufgedeckt wurden, welche in der Bevölkerung das Gefühl hervorgerufen haben, dass da in unserer Gesellschaft etwas nicht richtig, nicht maßvoll, nicht gerecht läuft. Und wenn über steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten von Abfindungen dann auch noch der Staat - und das sind wir alle - an der Finanzierung solcher Exzesse beteiligt wird, ist das überhaupt nicht akzeptabel.

Hier als Voraussetzung für öffentliche Kontrolle und Bewertung mit möglichst großer Transparenz zu reagieren ist richtig. Es ist deshalb gut und notwendig, dass wir die Voraussetzung schaffen, dass zumindest die Einkommen dort, wo öffentliche Trä-

ger an Unternehmen beteiligt sind, offengelegt werden. Damit ist zwar noch keine direkte Begrenzung dieser Entwicklung erreicht, aber Transparenz schafft zumindest die Voraussetzung, solche überbordenden Zahlungen kritisch zu bewerten - und das fördert vielleicht auch das Schamgefühl der Empfänger.

Wir begrüßen deshalb die Absicht der Regierung, dem Landtag ein Gesetz zuzuleiten, das die Offenlegung von Geschäftsführer- und Aufsichtsratsvergütungen und Sondervergünstigungen grundsätzlich ermöglicht. Wir wissen aber auch, dass dabei eine ganze Reihe von Aspekten zum Beispiel datenschutzrechtlicher Bestimmungen zu beachten sind. Ebenfalls muss ein Weg gefunden werden, wie eine solche Transparenzregelung auch wirksam für Kommunen gestaltet werden kann. Und ob beziehungsweise wie es möglich ist, auch ohne Zustimmung der Empfänger solche Zahlen zu veröffentlichen, ist zu prüfen.

Nun haben wir zum einen den Antrag der PIRATEN auf dem Tisch, der im Kern ein relevantes Thema anspricht. In der Antwort auf die Kleine Anfrage von Herrn Breyer hat die Finanzministerin schon wichtige Hinweise gegeben, welche Aspekte bei einem Transparenzgesetz zu beachten sind. Dass Herr Breyer in seiner Presseerklärung nun gleich behauptet, er habe die Ministerin mit seinem Antrag quasi vor sich her getrieben, ein solches Gesetz zu erarbeiten, halte ich nun aber doch für überzogen.

Zum Antrag der FDP, der sich mit der Stärkung von Aktionärsrechten befasst, ist nicht viel zu sagen. Der Ausschuss hat einstimmig seine Annahme empfohlen. Der Ausschuss hat zu dieser Thematik auch einen Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Umdruck 18/1200 - beschlossen.

Die Forderung, nach Möglichkeiten zu suchen, wie steuerrechtlich für alle Unternehmensformen sichergestellt werden kann, dass Gehaltsexzesse - zugegeben, ein etwas unscharfer Begriff, aber er beschreibt das politische Grundanliegen zutreffend - künftig nicht über die Abzugsfähigkeit von extrem hohen Gehältern und Abfindungen als Betriebsausgaben von der Allgemeinheit finanziert werden, ist nur konsequent. Das ist die konsequente Weiterentwicklung des Anliegens des FDP-Antrages; schade, dass Sie nicht mitmachen und somit auf halbem Wege stehen bleiben.

Umso erstaunlicher, dass auch hier die Gemeinsamkeit endet und FDP, CDU und - für mich überr-

schend - auch die PIRATEN hier nicht mitstimmen oder im Ausschuss zumindest nicht mitgestimmt haben. Aber zum Glück ist unser Landtag durch öffentliche Protokolle und öffentliche Sitzungen, Videoübertragung und Audioprotokoll ja so transparent, dass die Menschen sich leicht selbst ein Bild davon machen können, warum gerade hier nur die regierungstragenden Fraktionen zustimmen.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Wer hat's erfunden?“, so lautet die Frage im Werbespot eines Herstellers von Hustenbonbons. Und die Antwort kennt inzwischen jedes Kind: die Schweizer nämlich. Genau die stecken mit ihrem positiven Volksentscheid zur Demokratisierung des Aktienrechts hinter einem radikalen Umdenkensprozess, wie er in Deutschland noch vor sehr kurzer Zeit für völlig undenkbar gehalten wurde. Das Aktienrecht verändert und öffnet sich. Ein entsprechender Beschluss des Bundeskabinetts liegt inzwischen vor. Das ist gut so. Künftig muss der Aufsichtsrat von börsennotierten das von ihm entwickelte Vergütungssystem für die Vorstandsmitglieder jährlich der Hauptversammlung zur Beschlussfassung vorlegen - und zwar in allen Einzelheiten. Feste und variable Bestandteile werden auf diese Weise in aller Öffentlichkeit nicht nur offengelegt und diskutiert, sondern auch entschieden - und zwar von der Hauptversammlung der Aktionäre. Gehaltsexzessen soll damit einen Riegel vorgeschoben werden.

Eine solche Vorgehensweise empfiehlt sich eigentlich für alle Unternehmen. Die Eigentümer sollen direkt über das Vergütungssystem beschließen. Das heißt nicht, dass jede Einzelheit der Vermögensverhältnisse der jeweiligen Manager veröffentlicht werden muss. Es geht vielmehr darum, das System, nach dem sich eine Bezahlung eines Managers richtet, transparent zu machen.

Bereits 2011 meldete der Spiegel, dass streichen würden. Die Zahlen dürften mittlerweile noch höher liegen. Wir haben darum im Finanzausschuss ganz bewusst das Wort Gehaltsexzess gewählt. Ein Ende dieser Exzesse war lange Jahre nicht in Sicht, weil sich viele Unternehmensfürsten und Topmanager in Deutschland als besonders hartnäckig erwiesen hatten. Daran änderten nicht einmal gesetzliche Änderungen etwas. So empfiehlt das „Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung“ aus dem Jahre 2009, die Bezüge am nachhaltigen Unternehmenserfolg statt an kurzfristigen Ergebnissen auszurichten; tatsächlich geändert hat sich an der Praxis wenig. Obwohl doch eigentlich jeder normal

denkende Mensch hier sagen würde, dass Nachhaltigkeit der richtige Ansatz wäre! Es ist für das Unternehmen und auch für die Gesellschaft besser, dass sich Managerbezüge beispielsweise auch am Erhalt von Arbeitsplätzen und der damit verbundenen Kompetenz der Mitarbeiter ausrichten. Einen entsprechenden Antrag haben wir vorgelegt. Ich bin zuversichtlich, dass das klappen wird. Man hat hier erkannt, dass man entschlossen vorgehen muss, um Bewegung in dieses starre System der Aktiengesellschaften bringen zu können, gerade, um die Gehaltsexzesse beenden zu können.

Der vorliegende Antrag der PIRATEN nimmt die öffentlichen Unternehmen in den Blick. Dort muss ja eigentlich, weil es sich um öffentliche Gelder handelt, besonders Sorgfalt walten. Dass das nicht per se der Fall ist, lehren uns immer mal wieder die Schlagzeilen in den Zeitungen. Allerdings möchte ich an dieser Stelle auch klipp und klar sagen, dass wir uns bei den öffentlichen Unternehmen in einer völlig anderen Liga bewegen. Hier dreht es sich meistens eben nicht um hohe Millionenbeträge bei den Managergehältern, sondern um vergleichsweise kleinere Summen. Die sind zwar auch ärgerlich, aber wir sollten nicht Äpfel und Birnen vergleichen. Pauschalierungen helfen uns in der Debatte nicht weiter.

Bei den öffentlichen Unternehmen geht es zunächst einmal um die Transparenz. Die ist dringend geboten, aber natürlich kein Allheilmittel für alle strukturellen Probleme öffentlicher Unternehmen. Nur weil etwas bekannt ist, ist damit zwangsläufig nicht schon alles geregelt. Was hilft es uns, wenn jeder mann googeln kann, was der Geschäftsführer des Sparkassen- und Giroverbandes oder einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft verdient? Das führt nur zu einer Neiddebatte und einem Shitstorm, was langfristig die Manager aus den öffentlichen Unternehmen vertreiben würde. Diese Art von Transparenz ist kontraproduktiv.

Was dagegen transparent sein sollte, sind Struktur und Systematik der öffentlichen Unternehmen. Dabei sind es vor allem die Anreize, die der Öffentlichkeit, also letztlich dem Eigentümer, klar sein müssen. Diskutieren wir also darüber, ob die Manager für die optimale Rendite oder den Erhalt von Arbeitsplätzen Zuschläge erhalten. Bekommen sie ihr Geld, weil sie ein Unternehmen nach ökologischen Kriterien ausrichten oder weil sie das öffentliche Unternehmen durchrastern, um Löhne drücken zu können? Das sind Fragestellungen, die für die Öffentlichkeit in Bezug auf öffentliche Unternehmen wichtig sind. Eigentlich brauchen wir

zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen in der Grundstruktur keine Unterschiede zu machen. Bei beiden Unternehmen geht es darum, nachhaltige Kriterien für die Gehaltsstruktur der Manager festzulegen, und in beiden Bereichen geht es um eine nachvollziehbare Struktur und weniger um die absoluten Beträge, die dann auch zur Auszahlung kommen. Es gibt eigentlich nur einen Unterschied: Bei privaten Unternehmen richtet sich der Transparenzgedanke an die Hauptversammlung also die Anteilseigner oder Eigentümer des Unternehmens und bei öffentlichen Unternehmen richtet sich der Transparenzgedanke an die Öffentlichkeit. Bei der Deutschen Bahn reicht es also nicht, dass nur der Anteilseigner - der Bund - die Kriterien für die Gehaltsstruktur kennt. Hier muss auch die breite Öffentlichkeit im Vorwege informiert sein, um sich eine Meinung bilden zu können.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Meine Damen und Herren! Die Entwicklung der Gehälter, Boni und Abfindungen der Unternehmensmanager hat sich in den letzten Jahren von der allgemeinen Einkommensentwicklung völlig verabschiedet.

Nach einer Studie der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz verdient ein DAX-Vorstand heute 54-mal so viel wie ein durchschnittlich Beschäftigter seines Unternehmens. Mitte der 90er-Jahre war es noch das 14-fache. Mit einer gerechten Einkommensverteilung hat diese Entwicklung nichts zu tun. Im Gegenteil:

Diese Entwicklung gefährdet den sozialen Frieden in unserem Lande. Die Schweizer Volkinitiative „gegen die Abzockerei“ hat eine richtige Antwort auf die Gehaltsexzesse in den Chefetagen gegeben und ein Signal für ganz Europa gesetzt. Die Entwicklung in unserem Land zeigt für mich ganz klar: Im Kampf gegen ausufernde Managergehälter müssen auch die deutschen Gesetze verschärft werden.

Es ist deshalb vernünftig, auch bei uns - wie in der Schweiz - die Aktionärsrechte zu stärken und die Inhaber der Unternehmen darüber entscheiden zu lassen, wie ihre Vorstände vergütet werden sollen. Im Detail wird hier allerdings noch einiges zu klären sein: etwa die Frage, ob den Aktionären nur ein Vetorecht gegen die vom Aufsichtsrat bewilligten Gehälter eingeräumt wird, oder ob sie eigene Gehaltsvorschläge machen dürfen, oder die Frage, ob die Aktionäre nur den Maximalverdienst für das Vorstandsteam insgesamt oder auch für die einzelnen Verträge festlegen dürfen.

Wem es wirklich ernst damit ist, den Gehaltsexzessen auf den Chefetagen den Kampf anzusagen, der darf bei einer Änderung des Aktienrechts allerdings nicht stehen bleiben. Was wir zusätzlich benötigen, ist eine Beschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Gehältern und Abfindungen. Nach dem geltenden Steuerrecht können sie noch unbegrenzt als Betriebsausgaben abgesetzt werden. Jeder, der in Deutschland Steuern bezahlt, muss damit letztlich für die Explosion der Managergehälter mitbezahlen. Ich halte es deshalb für notwendig, bei der Abzugsfähigkeit von Gehältern eine Grenze einzuziehen - eine Grenze, die beispielsweise bei 500.000 € pro Kopf und Jahr liegen kann.

Die Deckelung der Abzugsfähigkeit bestimmter Kosten - zum Beispiel für Geschenke oder für Bewirtungskosten - ist im Steuerrecht ja keine unübliche Maßnahme. Ihre Ausdehnung auf Managergehälter würde gewährleisten, dass es nicht auf Kosten des Gesamtsteueraufkommens - und damit der Allgemeinheit - geht, wenn die Hauptversammlung überhöhte Managergehälter durchwinken sollte.

Wer den Anspruch erhebt, dass die Vergütung von Vorständen, Geschäftsführern und Mitgliedern der Aufsichtsgremien maßvoll und transparent sein muss, der muss das auch in seinem eigenen Verantwortungsbereich regeln. Hier gibt es beim Land und in den Kommunen noch erheblichen Nachbesserungsbedarf.

Es muss selbstverständlich werden, dass sich Bürgerinnen und Bürger darüber informieren können, was in den Chefetagen der letztendlich von ihnen finanzierten öffentlichen Unternehmen verdient wird. Hamburg ist mit seinem Transparenzgesetz in Vorlage gegangen, seit verganginem Oktober hat die Allgemeinheit dort Einblick in die Bezüge der Manager öffentlicher Unternehmen.

Mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage der PIRATEN zu den Managergehältern in öffentlichen Unternehmen hat die Landesregierung zugesagt, eine Grundlage zu schaffen, die die Offenlegung von Geschäftsführer- und Aufsichtsratsvergütungen grundsätzlich ermöglicht. Wir wollen gemeinsam mit dem Parlament darüber beraten, wie wir unseren Anspruch der Transparenz von Geschäftsführer- und Aufsichtsratsvergütungen in öffentlichen Unternehmen umsetzen können und welche Grundlage geschaffen werden muss - ob gesetzlich oder unterhalb einer Gesetzesänderung -, indem wir die Verträge entsprechend gestalten. Dabei ist es unser Anspruch, das Informationsrecht der Allgemeinheit und den Datenschutz in einen vernünftigen Ausgleich zueinander bringen.

Ich freue mich auf eine inhaltlich spannende Beratung im Ausschuss. Die Landesregierung wird sich am Wettbewerb um die beste Idee gerne beteiligen. Ich freue mich auf eine Debatte, mit der wir Neuland betreten und mit der wir deutlich machen, dass Transparenz und Bürgerfreundlichkeit die Leitlinien unserer Politik sind. - Vielen Dank.

Charta für Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/825

Petra Nicolaisen [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Erhalt und vor allem auch die Schaffung einer modernen und belastbaren Infrastruktur sind gerade für uns als Flächenland von großer Bedeutung. Dies gilt für Straßen, für die Schiene und in Zeiten der Energiewende umso mehr auch für die Stromnetzinfrastuktur. Und wenn wir auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen sind, dann muss es auch möglich sein, eine solche in ausreichend effektiven Verfahren zu beschließen und damit die Realisierung zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag der PIRATEN suggeriert einen Zustand, der so nicht existiert. Bürgerwille und Infrastrukturplanung sind keine Gegensätze. Die Bevölkerung erwartet von Politik und Verwaltung vielmehr zu Recht, dass die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen umgesetzt werden.

Dabei setzen wir explizit auch auf die Beteiligung der Menschen. Entsprechende Beteiligungsverfahren sind daher im Bauplanungsrecht zu Recht vorgesehen, und sie sind auch notwendig. Aber ich sage auch, dass die bisherigen Beteiligungsmöglichkeiten die verschiedenen Interessen sachgerecht berücksichtigen. Die hier diskutierten Vorschläge der Kollegen von den PIRATEN würden bei ihrer Umsetzung zu einer nicht zu vertretenden Verzögerung und zu einer weiteren Bürokratisierung führen. Im Ergebnis besteht die Gefahr, dass Infrastrukturvorhaben nicht mehr umgesetzt werden könnten, weil bereits in der Phase erster Planungen solche Projekte totdiskutiert werden können. Das Verfahren würde bei schon heute teilweise bestehender Überlänge möglicherweise derart verzögert, dass eine Realisierung am Ende am Zeitablauf scheitert.

Immer wieder wird beklagt, die Bürokratie sei in unserem Land zu stark ausgeprägt und verzögere

notwendige Projekte über Gebühr. Wenn wir jetzt ernsthaft darüber diskutieren, ob wir vor die Realisierung weitere Verfahrensschritte und weitere Verkomplizierungen vorschalten sollten, geht dieser Schritt in die falsche Richtung. Nicht zu vergessen sind auch die Kostensteigerungen, die durch neue Beteiligungsverfahren entstehen.

Meine Damen und Herren, ich bin nicht gegen Bürgerbeteiligung. Im Gegenteil. Ich halte es für wichtig, dass die Bevölkerung auch bei Großprojekten gehört wird und dass ihre Anregungen auf- und ernst genommen werden. Aber eine sinnvolle Bürgerbeteiligung ist ohnehin erst möglich, wenn die Planungen einen gewissen Grad an Konkretisierung erreicht haben und eine Beteiligung nicht im luftleeren Raum, sondern an konkreten Planungsaussagen erfolgt. Nur dann macht sie Sinn.

Liebe Kollegen der PIRATEN, wie stellen Sie sich die Bürgerbeteiligung denn konkret vor? Wann sollen wo welche Bürger beteiligt werden? An dieser Stelle will ich nur darauf hinweisen, dass zu den Infrastrukturprojekten schon die Bürgerforen gibt. Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich bin gern bereit, darüber zu reden, wie bisher bestehende Beteiligungsmöglichkeiten verbessert werden können. Ich halte es aber für einen Trugschluss zu glauben, eine ausufernde Beteiligung der Bevölkerung sei gleichzeitig eine qualitativ hochwertige Beteiligung. Ein mehr an Masse ist nicht gleich ein mehr an Klasse.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Meine Damen und Herren! Sie sind ja lustig! Gerade versuchen wir, mit den Bürgerinnen und Bürgern neue Wege für eine moderne, zeitgemäße, echte Beteiligung zu entwickeln, da kommen Sie gleich wieder mit verbindlichen Vorschriften! Ja, wir wollen Beteiligung. Wir wissen, dass die bisherigen konventionellen Verfahren allein nicht ausreichen: Planung ist zu formalisiert, Unterlagen sind zu komplex und Abstimmungsprozesse zu frustrierend. Das muss sich dringend ändern.

Der Koalitionsvertrag, den SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW miteinander verabredet haben, setzt Maßstäbe in Sachen Mitbestimmung. Wir wollen echte Teilhabe ermöglichen, damit sich Menschen aktiv und informiert an politischen Prozessen beteiligen. Dialog ist das Zauberwort. Bürgerinnen und Bürger reden mit, auf gleicher Augenhöhe. Eines von vielen Beispielen ist der Bürgerdialog am 8. Juni, bei dem Ministerpräsident Albig mit Bürgerinnen und Bürgern über Landesentwicklung diskutieren wird.

Teilhabe und Mitbestimmung ist nichts, das man anderen gewährt. Beteiligungsrechte schaffen auch, das wird häufig vergessen, einen echten Mehrwert, weil die großartigen Kompetenzen von immer mehr Menschen in Entscheidungsprozesse einfließen. Wer beteiligt und es damit ernst meint, hat etwas davon. Beteiligung nützt denen, die letztlich die Entscheidungen zu treffen haben, denen, deren Ideen und Vorstellungen Gehör finden, der Gesellschaft, die von mehr Demokratie, Transparenz und Kompetenz profitiert, und sie nützt in der Sache, weil gute Ideen, wichtige Bedenken und alternative Möglichkeiten frühzeitig ins Verfahren kommen.

Dass es ganz ohne Formalien geht, glauben auch wir nicht. Einige Eckpunkte, zum Beispiel zum Thema Bürgerbegehren und Volksentscheid, haben wir auch fest geplant. Was viel wichtiger ist, ist eine Beteiligungskultur auf allen Entscheidungsebenen. Die souveräne Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern muss zu einem Qualitätsmerkmal werden. Wir müssen eine Haltung zur Beteiligung entwickeln. Diese Haltung, das Bewusstsein um den Wert von Beteiligung - auch als ein Mittel gegen Politikverdrossenheit - kann man nicht verordnen, genau so wenig wie man Kollegialität verordnen kann.

Für uns gilt, dass Beteiligung, Teilhabe und Mitbestimmung lebendige Prozesse sind. Mag sein, dass wir in einigen Jahren weitere verbindliche Rahmenbedingungen festlegen, weil wir sie brauchen. Ich möchte aber davon abraten, dies zu früh zu machen. Und machen wir uns doch nichts vor: Beteiligung muss man auch lernen.

Bürgerinnen und Bürger müssen sich auf den Weg machen und sich mit einbringen, mit ihrer Zeit und ihrem Wissen und sie müssen lernen und erfahren, dass es sich lohnt. Ebenso müssen die Verantwortlichen für Planungen und Entscheidungen lernen und akzeptieren, dass Beteiligung Wertschöpfung ist und nicht Machtverlust. Dabei ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen von besonderer Bedeutung. Wenn wir das konsequent und gut machen, dann tun wir was gegen Politikverdrossenheit und für gelebte Demokratie.

Hier hat Rot-Grün die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bereits 2003 in die Gemeindeordnung geschrieben, und wir haben im Februar diese Verpflichtung mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Bürgerbeteiligung nochmals unterstrichen.

Je mehr Prozesse man festschreibt, desto stärker schließt man die nicht genannten aus. Wir sind gerade dabei auszuloten, was mit Teilhabe und Betei-

ligung alles möglich ist. Ich bin überzeugt davon, dass wir damit noch längst nicht am Ende sind, im Gegenteil: Ich glaube, dass wir, wenn wir weiter in die Dialogprozesse einsteigen, darin Chancen finden, an die wir jetzt noch gar nicht denken.

Ich glaube, dass wir aus diesen Prozessen lernen können, auch für die Partizipation an Regierungspolitik, an Infrastrukturplanung, an gesellschaftlicher Zukunftsgestaltung. Dazu gehört mehr als eine neue formalisierte Beteiligungskaskade beim Bau von Wasserwegen, Straßen-, Schienen- oder Energienetzen.

Letzten Endes, das muss allen klar sein, werden viele Entscheidungen auch von gewählten Vertreterinnen und Vertretern zu treffen und von hochqualifizierten Fachleuten umzusetzen sein. Von daher brauchen wir vor allem eine ehrliche Beteiligung, die nicht mehr verspricht als sie halten kann.

Von mir hören Sie heute ein klares Bekenntnis zu Teilhabe, Mitbestimmung und echter Beteiligung. Was Ihre „Charta für Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben“ betrifft, bin ich aber noch skeptisch. Lassen Sie uns im Ausschuss weiter darüber diskutieren.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal muss die Frage erlaubt sein, seit wann der Landtag eigentlich Chartas behandelt. Mir war das bisher nur aus dem Völkerrecht bekannt, und ich dachte bisher auch immer, der Landtag würde Gesetze und Anträge beschließen. Aber bei den PIRATEN lernt man anscheinend nie aus.

Meine Damen und Herren, wenn man den heute vorliegenden Antrag lesen würde, ohne dass man sich vorher mit den vorhandenen Möglichkeiten Bürgerbeteiligung beschäftigt hätte, dann könnte man glauben, dass die PIRATEN die Bürgerbeteiligung gerade erfinden würden. Dabei gibt es bereits heute zahlreiche und umfassende Möglichkeiten. Wie das derzeit laufende Raumordnungsverfahren zur Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung mit seinen zahlreichen Stellungnahmen von Bürgern und Bürgerinitiativen zeigt, gibt es daran ja auch ein großes Interesse in der betroffenen Region.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion ist grundsätzlich für eine transparentere Politik mit angemessener Bürgerbeteiligung, wir dürfen aber auch nicht übersehen, dass das Planungsrecht bereits heute teilweise zu kompliziert ist und die Ver-

fahren zu lange dauern, was zu Kostensteigerungen und Frustration bei vielen Bürgerinnen und Bürgern führt.

Es stellen sich bei diesem Thema doch zwei zentrale Fragen:

Erstens: Haben wir nicht bereits eine umfassende Beteiligung der Bürger, deren Möglichkeiten bisher vielleicht einfach zu wenigen Bürgern bekannt sind? Die Antwort darauf lautet aus meiner Sicht: Ja, wir haben bereits eine frühzeitige Bürgerbeteiligung bei großen Infrastrukturprojekten. Die Bürger haben im Rahmen der strategischen Umweltprüfung (SUP) die Möglichkeit, sich formell bereits bei der Aufstellung der Bedarfspläne zu beteiligen. Dies wird vor allem im Zuge der Verabschiedung des neuen Bundesverkehrswegeplanes zum Tragen kommen. Nach der Beteiligung im Rahmen der SUP können sich die Bürger im Raumordnungsverfahren direkt zu elementaren Fragen, wie zum Beispiel dem Streckenverlauf und technischen Ausführungsmerkmalen, äußern. Abschließend werden die Bürger im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens ein drittes Mal beteiligt. Ich denke, es wäre eine große Verbesserung, wenn verstärkt über diese Möglichkeiten aufgeklärt würde, wobei wir in Schleswig-Holstein mit der Planung der Stromtrasse an der Westküste und der Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung zwei Beispiele haben, bei denen die Bürgerbeteiligung meines Erachtens gut funktioniert.

Die zweite zentrale Frage ist: Können wir die Bürgerbeteiligung überhaupt noch sinnvollerweise weiter ausweiten, und wo stoßen wir an unsere Grenzen? Sie fordern heute in Ihrem Antrag, bei allen Infrastrukturmaßnahmen bereits vorher die Bürger einzubinden. Damit fordern Sie de facto einen Volksentscheid zu jedem Infrastrukturprojekt in unserem Bundesland. Ich stelle mir wirklich die Frage, wie sie sich das in der Praxis vorstellen. Sollen nur die Menschen befragt werden, die direkt betroffen sind oder grundsätzlich alle Schleswig-Holsteiner? Wer entscheidet, wer betroffen ist und wer nicht betroffen ist? Wollen Sie die Menschen per Internet befragen, oder wollen sie einmal im Monat einen Volksentscheid einberufen? Wenn man nur einmal die Projekte betrachtet, die derzeit laufen, dann stellt man fest, dass wir an allen vier Autobahnen in Schleswig-Holstein große Baustellen haben, es werden derzeit sieben Ortsumgehungen gebaut und etliche weitere Sanierungsmaßnahmen sind im Gange. Eine Fülle an Projekten, bei der eine landesweite Bürgerbeteiligung nicht möglich wäre und meines Erachtens auch gar nicht sinnvoll ist! Die

von den PIRATEN aufgestellten Forderungen würden zu einer Blockade der meisten Infrastrukturprojekte in Schleswig-Holstein führen.

Meine Damen und Herren, wir haben bereits heute eine gute Beteiligungsmöglichkeiten bei der Planung und Durchführung von Infrastrukturprojekten. Einige der im Antrag formulieren Forderungen sind ja auch mitnichten neu oder gar revolutionär, sondern schon heute Realität. Bei der Aufklärung über die Möglichkeiten und der Veröffentlichung von Informationen gibt es mit Sicherheit noch Luft nach oben. Wir müssen uns deshalb natürlich die Frage stellen, wie wir die bereits vorhandenen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung optimieren können und an welchen Stellschrauben wir dafür drehen müssen. Das Rad neu erfinden müssen wir nicht, und neue Blockade-Möglichkeiten von Infrastrukturprojekten brauchen wir auch nicht. Wir werden dem Antrag der PIRATEN deshalb nicht unsere Zustimmung geben. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Flemming Meyer [SSW]:

Meine Damen und Herren! Im Koalitionsvertrag hat die Bürgerbeteiligung nach meiner Meinung einen angemessenen Platz erhalten. Die Koalitionsfraktionen nehmen den echten Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Politik beziehungsweise der Verwaltung nämlich sehr ernst. Im Gegensatz dazu wird im vorliegenden Antrag das Anliegen der Bürgerbeteiligung zur Karikatur ihrer selbst. Die Bürgerin beziehungsweise der Bürger soll das richten, was Planer und Verwaltung vermurksen. Infrastrukturmaßnahmen werden als per se störend und, was Standort und Bauphase angehen, als Fehlplanungen dargestellt.

Darum auch der Vorschlag einer Charta, die die Bürgerbeteiligung nach dem Willen der PIRATEN festschreiben soll. Der Begriff der Charta ist dabei nicht zufällig gewählt; ich kannte das Wort bislang nur im Zusammenhang mit Menschenrechten. Aber das ist kein Zufall, denn so erfährt das Thema bereits in der Überschrift eine Skandalisierung, die den Tenor des gesamten Antrags bestimmt.

Ich finde es sehr bedauerlich, dass öffentliche Infrastrukturvorhaben mit einem derartigen generellen Misstrauen begegnet wird. Wir haben im Land viele gute Beispiele für Infrastrukturvorhaben. Es gibt sogar Vorhaben, die von Anfang an zusammen mit den Anliegern oder Nutzern geplant wurden. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. So wurde beispielsweise in Flensburg ein Kinderspielplatz auf

Duburg komplett neugestaltet. Die Kinder hatten sich unter anderem eine Art Burg gewünscht, was auf dem Dach eines Hochbunkers umgesetzt wurde. Sie wurden von den Planern befragt und um ihre Meinung gebeten. Die Lütten haben gerechnet und gezeichnet und mit den Planern gemeinsam ein neues Konzept entwickelt, das sich bewährt hat. Inzwischen wird der Platz fleißig genutzt, weil auch die Eltern entsprechende Rückzugsmöglichkeiten haben. Das alles wertet den gesamten Margarethenplatz auf. Die Kinder pflegen ihren Spielplatz; der Vandalismus wurde deutlich weniger. Das ist ein gelungenes Beispiel, wie es laufen könnte. Hier ist die Verwaltung mit viel Engagement auf die Bewohner des Quartiers zugegangen und einen konstruktiven Dialog geführt.

Ich kenne natürlich auch Infrastrukturvorhaben, die gründlich in den Hose gegangen sind, weil Planer vom grünen Tisch weg an den Bedürfnissen der Nutzer oder Anwohnern vorbei geplant oder sich schlichtweg verrechnet haben. Das war wohl der Fall bei der Itzehoer Gutenberg-Schulhalle, wo bei der Kostenkalkulation die Außenanlagen schlicht vergessen worden waren, sodass die Stadt noch einmal Geld für die Parkplätze nachschießen musste.

Geben solche Begebenheiten Anlass, von vorneherein bei Infrastrukturvorhaben von Problemen auszugehen? Nein, das denke ich nicht.

Wir sollten uns davor hüten, das Misstrauen der Bürger zu schüren. Das sind billige Propagandapunkte, die man da schießen kann. Konstruktiv finde ich das nicht.

Völlig verwirrend wird es im Antrag, wenn es um zukünftige Maßnahmen geht. Unter Nummer 1 bin ich über den Satz gestolpert, wonach die Bürger bereits vor einem Vorhaben den Wunsch äußern sollen, darüber informiert zu werden. Das geht schlichtweg nicht, weil man sich keine Informationen über etwas wünschen kann, das es noch gar nicht gibt. Erst kommt das Vorhaben und dann im besten Fall zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern die Umsetzung, und nicht erst der Informationswunsch und dann das passende Projekt.

Gleiches gilt für den vierten Punkt, wonach die Genehmigungsbehörde die Bürger bereits vor der Antragstellung einbinden soll.

Bürgerbeteiligung ist bei uns bewährte Praxis. Sie ist rechtlich definiert und im Bau- und Planungsbereich weitreichend geregelt. Ich gebe zu, dass das Beteiligungsrecht durchaus Defizite hat und Verbesserungswürdig ist. Darüber können wir gern diskutieren. Aber ich muss ehrlicherweise sagen, dass

der Antrag der PIRATEN für so eine Diskussion wenig zielführend ist. Er ist geprägt von Misstrauen gegenüber Infrastrukturmaßnahmen und in weiten Teilen so nicht umsetzbar.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugter Befürworter der Bürgerbeteiligung. Bürgerbeteiligung kann Projekte durch das Wissen und die Erfahrungen der Beteiligten, vor allem konkret vor Ort, bereichern und verbessern. Gerade Infrastrukturprojekte können an Akzeptanz gewinnen oder rechtzeitig abgeblasen werden.

Allerdings: die Art der Bürgerbeteiligung muss immer etwas sein, was zum Projekt passt. Geht es um besseres Verständnis, geht es um das Ob oder nur um das Wie, haben wir zusätzliche Gelder oder nicht. Kurzum: Diese Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume müssen klar kommuniziert werden.

Nicht jede Entscheidung wird allen „schmecken“. Das geht auch gar nicht. Wichtig ist, offen für den Blickwinkel des anderen zu sein. Es ist vielfach auch schon wichtig zuzuhören, sich mit Argumenten auseinanderzusetzen und Entscheidungen nachvollziehbar zu machen.

Meine Damen und Herren, es gibt positive und negativ Beispiele von Infrastrukturprojekten: Stuttgart 21 ist sicher ein abschreckendes Beispiel. Das Dialogforum zu Fehmarnbelt-Querung und die Bürgerbeteiligung zur 380-kV-Leitung an der Westküste sind für mich positive Beispiele.

In Kürze wird das Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren in Kraft treten. Die betroffene Öffentlichkeit soll danach frühzeitig über die Ziele, die Mittel und die Auswirkungen des Projektes unterrichtet werden, und sie soll im Rahmen dieser frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung haben.

Zudem sollen zukünftig zum Beispiel Planfeststellungsunterlagen zusätzlich auch im Internet veröffentlicht werden. Das dies nur eine Soll-Vorschrift ist, liegt daran, dass noch nicht alle Behörden über die notwendige Technik verfügen und die Darstellung von großformatigen Plänen im Internet noch immer schwer handhabbar ist. Das ist ein Anfang, der auch der Intention des Antrags der Fraktion der PIRATEN entspricht. Die Regelungen des Landes-

verwaltungsgesetzes sollen insoweit harmonisiert, also entsprechend angepasst werden.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung lebt bereits das Prinzip der Bürgerbeteiligung und will es weiter ausbauen. Ich erinnere nur an das Gesetz zur Bürgerbeteiligung und vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, an den Bildungsdialog und an den Bürgerkongress des Ministerpräsidenten in der nächsten Woche.

Bei den Planungs- und Genehmigungsprozessen von Straßenbauvorhaben wird in Schleswig-Holstein zum Beispiel bereits eine intensive kommunikative Begleitung frühzeitig - vor dem eigentlichen Planfeststellungsverfahren - praktiziert. Überzeugende Anregungen aus solchen Informationsveranstaltungen werden selbstverständlich in die Planungen der Straßenbauverwaltung aufgenommen, sodass die Bürger insoweit Einfluss auf die Planungen nehmen können. Über den Ausbau der A 7 werden wir am 17. Juni in Neumünster ausführlich informieren.

Sehen wir uns ein Beispiel genauer an: Dialogforum Fehmarnbelt-Querung. Nach einigen Anfangsschwierigkeiten ist es gelungen, Projektgegner und Projektbefürworter in einen konstruktiven Dialog zu bringen. In dem Dialogforum sitzen knapp 30 Vertreter unter anderem von den Vorhabenträgern, Gemeinden und Bürgerinitiativen gegen eine Feste Fehmarnbelt-Querung. Die Sitzungen des Dialogforums werden live im Internet übertragen. Vor den Sitzungen hält der Sprecher regelmäßig eine Bürgersprechstunde ab und berichtet darüber. Sämtliche Unterlagen der Sitzungen, Fragen und Antworten, Resolutionen sowie die Aufzeichnungen der Sitzungen sind auf einer eigenen Seite des Dialogforums im Internet abrufbar. Am 16. Mai 2013 kam die Runde bereits zum zehnten Mal zusammen.

Zur Schienenanbindung zwischen Lübeck und Puttgarden auf Fehmarn wurde ein dem eigentlichen Planfeststellungsverfahren vorgeschaltetes Raumordnungsverfahren durchgeführt. Alle Untersuchungen wurden online gestellt, aber auch im Dialogforum diskutiert. Die 8.300 eingegangenen Stellungnahmen - davon 300 online; das Online-Verfahren wurde erstmalig durchgeführt - zeigen die große Bedeutung des Themas und das große Interesse. Die Stellungnahmen werden helfen, eine sozial- und raumverträgliche Trassenführung zu ermitteln.

Es zeigt sich, dass es richtig ist, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig bei der Planung von großen Infrastrukturprojekten zu beteiligen. Das führt zu

mehr Legitimation und höherer Planungssicherheit.
Genau das macht die Landesregierung.